

# hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg  
Juli-August 7-8/2015



BANK OF GREECE  
BERLIN...  
H C

JA WO SIND WIR DENN...?  
SELBST IM UNRECHTSTAAT  
DER DDR WAR FKK  
NIE EIN PROBLEM.



TIL



Ganze vier Wochen haben die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst für eine Aufwertung ihrer Arbeit gestreikt. Das ist ihnen nicht leicht gefallen, denn sie fühlen sich verantwortlich für die zu betreuenden Kinder. Ihnen ist klar, dass es für die Eltern ausgesprochen schwierig ist, eine andere Betreuung zu organisieren. Dass die Beschäftigten dennoch zu diesem Mittel gegriffen haben, zeigt, wie ernst es ihnen mit der Forderung nach besserer Eingruppierung ist. Wir alle erwarten immer mehr von den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, wenn wir unsere Kinder in die Kita und nachmittags in GBS und GTS schicken. Sie sollen nicht nur verwahrt werden, sondern die Anforderungen der Eltern sind hoch. Diese verantwortungsvolle und hochqualifizierte Arbeit muss aufgewertet und deshalb gut bezahlt werden.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) hat allerdings von vornherein immer nur kleine Verbesserungen für einzelne Berufsgruppen in der Eingruppierung vorgeschlagen. Nach ihren Vorschlägen wären die Erzieherinnen und Erzieher in der Grundeingruppierung S 6 geblieben.

Auch bei der Aufwertung der Kita-Leitungen hat die VKA keinen Vorschlag gemacht, der die tatsächliche Anzahl der Beschäftigten – nicht nur nach Vollzeitäquivalenten – berücksichtigt. So würde es nur eine Verbesserung für wenige geben. Insbesondere im Bereich der sozialen Arbeit hielt die VKA an ihrer Argumentation fest, dass es keine qualitativen Veränderungen in dem Berufsfeld gegeben habe und somit keine Aufwertung erforderlich sei.

Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Gewerkschaften

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring**

## Erster Schritt zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes?

ten und Arbeitgeber haben die Schlichtung angerufen. Das Schlichtungsergebnis sieht für wenige Gruppen eine Eingruppierung in höhere Entgeltgruppen vor. Auf dem ersten Blick werden insbesondere Kita-Leitungen besser vergütet. Auch für Erzieher\_innen sind kleine

Verbesserungen vorgesehen, nicht jedoch für Sozialarbeiter\_innen. Insgesamt blieb das Ergebnis unter den Erwartungen. Deshalb wird aktuell eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Wie die Verhandlungen nach diesem bundesweiten Ergebnis in Hamburg mit dem Arbeitgeberverband Hamburg (AVH) weitergehen, bleibt abzuwarten. Die nächsten Verhandlungstermine sind im August.

Außerdem berichten wir hier mit großer Freude, dass wir nach dem Rücktritt von Regina Tretow einen neuen 2. stellvertretenden Vorsitzenden in unserem Team haben: Sven Quiring. Sven ist verbeamteter Lehrer, Sonderpädagoge, am ReBBZ-Mitte, einer der Fachgruppenvorsitzenden Sonderpädagogik / Inklusion und

Mitglied im Gesamtpersonalrat. Sein Schwerpunkt ist die schulische Inklusion. Wir Drei freuen uns auf die Zusammenarbeit untereinander und für die GEW!

Euch allen wünschen wir erholsame Ferien und sonnige Urlaubstage!



Foto: Stefan Gierlich

# Bildungspolitik

<b>Arbeitszeit 3</b>	
Urteil in Niedersachsen	26
<b>Inklusion</b>	
Grundsätzliches	28
<b>Sprachförderung</b>	
Gleichbehandlung für alle	31

## Mehr Druck Seite 8

Die Schlichter in der Tarifaueinandersetzung im Kita-Bereich haben gesprochen. Die Delegierten haben den Vorschlag abgelehnt. Jetzt werden die Betroffenen an der Basis in einer Urabstimmung darüber befinden.

## Mehrsprachig Seite 31

Viele Schüler\_innen nicht-deutscher Muttersprache drohen zu Bildungsverlierer\_innen zu werden. Umso notwendiger sind differenzierte Sprachförderkonzepte.

## Mehr Theorie Seite 28

Was im Alltag manchmal unterzugehen droht, ist die Besinnung auf das Fundament des Handelns. Ohne diese ließe sich das hoch ambitionierte Ziel der Inklusion nicht verwirklichen.

## Mehr Entlastung Seite 13

Die Lehrer\_innenarbeitszeit stand im Mittelpunkt des Frühjahrs-Gewerkschaftstages. Ein Meilenstein in Sachen weniger Stunden vor der Klasse wurde ins Rollen gebracht.



# GEW

<b>Kita-Streik</b>	
Das Tagebuch	8
<b>Gewerkschaftstag 1</b>	
Bericht	13
<b>Gewerkschaftstag 2</b>	
Grundschulen in Not	16
<b>Lehrer_innen-Arbeitszeit 1</b>	
Meilenstein	18
<b>Arbeitszeit 2</b>	
Studie zur Belastung	21
<b>Stark vor Ort</b>	
Erfolgreich	38
<b>Fußballturnier</b>	
Aktive gesucht	39
<b>Fair Childhood</b>	
Frühe Solidarität	55
<b>Service</b>	
Ansprüche bei Krankheit	57
<b>Nachruf</b>	
Helga Hirsch	60
<b>Fachtagung</b>	
150 Jahre berufsbildende Schulen	62
<b>Unterrichten im Ausland</b>	
Informationsveranstaltung	63

# Schwerpunkt

Kita-Streik \_\_\_\_\_ 8

## Magazin

Schulname  
Was bewegt \_\_\_\_\_ 34

Gesundheit  
Relaxen in der Schule \_\_\_\_\_ 37

Griechenland  
Verantwortung übernehmen \_\_\_\_\_ 40

Palästina  
Lernen unter besonderen Bedingungen \_\_\_\_\_ 44

Anti-Sexismus  
Pick up... \_\_\_\_\_ 47

Nazi-Biographien  
Rudolf Fehling \_\_\_\_\_ 50

Nicaragua  
Schulpartnerschaften \_\_\_\_\_ 56

LesePeter  
Aktuelle Empfehlungen \_\_\_\_\_ 58

Ehrung  
Michael Magunna \_\_\_\_\_ 59

## Rubriken

hlz-Notiz \_\_\_\_\_ 3

Leser\_innenbriefe/Nachrichten \_\_\_\_\_ 6

gb@-Seminare \_\_\_\_\_ 61

Rätsel \_\_\_\_\_ 64

Aus der Spannung... \_\_\_\_\_ 65

Impressum \_\_\_\_\_ 65

GEW-Termine \_\_\_\_\_ 66

Foto: flickr - creative commons, leraprreta-fotogake



### Die Sonne scheint weiter Seite 40

Ob mit oder ohne Grexit – die Schönheit des Landes bleibt. Was auch bleibt, ist die historische Schuld und die hieraus resultierende Verantwortung der Deutschen. Ein Interview mit dem Alt-68er, Arzt und Historiker Karl-Heinz Roth.

### Feminismus konkret Seite 47

Sogenannte ‚Pick Up Artist‘ brüsten sich damit, aggressive ‚Aufreißtipps‘ zu verkaufen. Sie inszenieren sexualisierte Gewalt wie eine Wettkampfdisziplin. Das Bündnis ‚Pick up Feminism‘ lässt sich das nicht bieten und mobilisiert erfolgreich gegen die selbsternannten ‚Alphamännchen‘.

### Palästina Seite 44

Was es für Kinder heißt, unter der Bedingung der Besetzung zu lernen, hat unser Kollege Reinhard Kober erfahren und aufgeschrieben.

### Solidarität Seite 56

Jeder Euro zählt und je ärmer ein Land, desto wirksamer die Hilfe. Seit vielen Jahren engagieren sich deswegen GEW-Kolleg\_innen für Schulen in Nicaragua. Wir sammeln weiter!

Foto: Nicaragua-Komitee



## Israel/Palästina

*hlz5-6/2015, S. 6 (zum Leserbrief von Oliver Thron)*

Ja, auch ich habe mich über den Beitrag „Palästina“ geärgert. Ich war, wie man ja meinem Bericht in der HLZ über die Schmidtschule entnehmen konnte (s. hlz 12/2014, S. 35), nicht nur mal kurz, sondern im Sommer 2014 drei Monate (während des Gaza - Krieges) in Ostjerusalem. Und dann im Februar/März diesen Jahres noch einmal für vier Wochen. Ist man etwas länger da und arbeitet man noch mit palästinensischen Menschen (in erster Linie arabische Christen aus den palästinensischen Gebieten und aus Jerusalem) zusammen, bekommt man schon einen kleinen Einblick in die Wirklichkeit. Das Wichtigste daraus ist erst einmal: Glaube nicht einfach alles, was die Leute dir erzählen. Und zwar beide Seiten. Irgendwann z. B. konnte ich die Gräueltatsvideos, die man morgens beim Frühstück auf den Mobiltelefonen zu sehen bekam, nicht mehr sehen. Und ich habe mich auch über Berichte geärgert, in denen z. B. der Mord an den israelischen Jugendlichen verharmlosend wurde (waren „verschwunden“) und der Mord an einem arabischen Jugendlichen breit als Gräueltat ausgewalzt wurde. Für mich waren es beides grausame Verbrechen.

Man sollte sich davor hüten, sich auf eine Seite zu schlagen. Wenn man das Leben der Jugendlichen dort sieht, dann kann man schon verstehen, wieso sie zu Attentätern werden. Weil sie nämlich z. B. trotz Studium keinerlei realistische Chance auf eine angemessene berufliche Tätigkeit haben und, das ist ja hier

nicht anders, zugänglich sind für radikale Parolen. Und wenn man Tag täglich beobachtet, wie israelische Soldaten (Besatzung) mit den Jugendlichen umgehen, dann finde ich die Diskussion über „Gefahrengebiete“ in Hamburg einfach nur lächerlich. Um zu sehen, wie willkürlich in Jerusalem damit umgegangen wird, reichte es, sich am Freitag auf die Dachterrasse meines Aufenthaltsortes zu begeben und das Treiben vor dem Damaskustor zu beobachten. Oder zu sehen, wie jüdische Siedler unter Polizeischutz aus reiner Provokation auf den Tempelberg gehen.

Aber wie gesagt: wer aus den Informationen einer Seite ein Bild zimmert, beteiligt sich an der Propaganda dieser Seite. Das zu lassen bedeutet ja nicht, dass man nicht dafür eintritt, dass der Friedensprozess wieder in Gang kommt. Ich persönliche habe da so meine Zweifel angesichts der Lage. Dennoch werde ich (inshallah) im nächsten Jahr wieder für drei Monate nach Jerusalem gehen. Es lohnt sich, mit allen zu reden. Denn da sind sie meist freundlich.

ANDREAS HAMM  
Leiter der Rechtsschutzstelle

## Es heißt:

*hlz5-6/2015, S. 64*

„Wie kann es sein, dass trotz jahrzehntelanger Mühen um die Aufarbeitung des Nazismus, von den Menschen nicht wahrgenommen wird,...“

Das ist so.

1. Es ist aber auch so:

Hamburg hat am 4. Mai 1945 kapituliert und ist an dem Tag von den Engländern vom Nationalsozialismus befreit worden.

Hamburg gedenkt jährlich offiziell der Befreiung vom

Nationalsozialismus am 4. Mai. So auch 2015 in der KZ - Gedenkstätte Neuengamme. Das offizielle Hamburg und viele andere Hamburger waren beteiligt, zudem auch wieder Überlebende des KZ aus vielen anderen Nationen.

2. Bisher haben die Opfer des Nationalsozialismus im Mittelpunkt gestanden. Um die Ursachen und die reale Beteiligung des deutschen Volkes an Hitlers 1000jährigem Reich machte man sich – nach meinen Erfahrungen – nur wenig Gedanken.

Ist es möglich: Kaum ein Geschichtslehrer der GEW kennt die letzten beiden Absätze von Hitlers „Mein Kampf“?

Ich bitte deshalb die GEW, sie möge einen Arbeitskreis einsetzen, der die Gründe und damit auch bessere Wege zur Aufklärung aufzeigen soll, um die „transgenerationale Verantwortung“ zukünftigen Schülern bewusst zu machen. [...]

Der Bundespräsident Gauck hat sich in seiner Rede vom 6. Mai 2015 zum Ende des Hitlerkrieges sehr deutlich entschuldigt – im Namen des deutschen Volkes – für die Verbrechen, die deutsche Soldaten an Millionen sowjetischer Soldaten begangen haben.

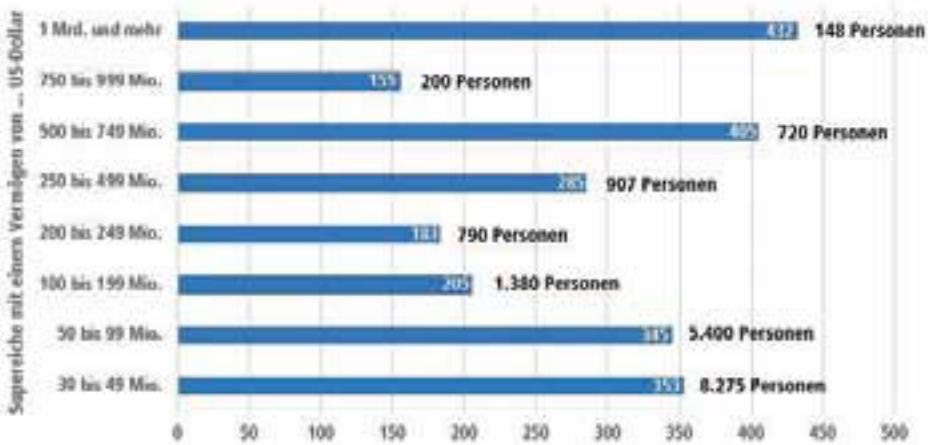
Im Deutschen Bundestag hat am 8. Mai 2015 der Historiker Prof. Heinrich August Winkler eine Rede gehalten und aufgezeigt, warum Hitler die Macht bekam und warum das deutsche Volk sich dieser Macht beugte. [...]

Es ist eine Aufgabe der Geschichtslehrer, die bisherigen Lehrpläne so umzugestalten, dass es in der nächsten Generation nicht mehr die oben angeführte Gleichgültigkeit

## Riesenvermögen in der Hand weniger

Der Vermögenszuwachs der superreichen Deutschen betrug 2013 14,4 Prozent. Die ca. 18.000 Superreichen besitzen zusammen ein Geldvermögen von rund 2,3 Billionen US-Dollar – ohne Yachten oder Gemälde.

Das Vermögen der Superreichen in Deutschland



Die Ungerechtigkeit der Verteilung von Vermögen – und damit auch von Chancen – macht jedoch erst der Blick auf den Sockel der Pyramide deutlich: Denn die unteren 50 Prozent der Bevölkerung besitzen noch nicht einmal 0,1 Prozent des Vermögens. Der durchschnittliche Arbeitnehmer in Deutschland hätte schon 284 Jahre vor Christus anfangen müssen, sein gesamtes Einkommen zu sparen, um eine 50-Millionen-Dollar-Yacht zu kaufen. Der Wert der Yacht entspricht somit circa 2300 Jahresgehältern des durchschnittlichen Arbeitnehmers in Deutschland.

Quelle: Grafik: DGB/Daten: UBS, Wealth-X 2013.

geben wird.

Der „Bertini-Preis“ ist ein Beispiel, dass sich die Jugend trotzdem immer wieder der Vergangenheit stellt.

Eine konkrete Aufgabe wäre es, wenn Schüler und Lehrer gemeinsam sich um die Stolpersteine kümmern könnten.

In Hamburg fehlen noch über 15 000 Stolpersteine.

Ich hoffe, meine Zeilen regen an.

PETER BURMESTER,  
Pensionär der ehemaligen  
Jugendbehörde,  
zeitweilig stv. Vorsitzender des  
Personalrates.

## Anmahnung...

In der letzten Zeit haben wir keine Mühe und Zeit gescheut, zu Beiträgen der hlz (Politik - TTIP, Geschichte - I. Weltkrieg, Soziologie - Pegida) Ergänzungen oder gar Gegenpositionen zu entwickeln. Veröffentlicht wurde nichts! [...]

Schlussendlich ist die ziemlich laue Begründung zu Pegida, dass „die Bewegung nicht mehr so richtig auf die Füße kommt“ (Joachim, Red.). Also ad Acta! Dass weiterhin Ausländerunterkünfte brennen, Jagd auf Nicht-Deutsche gemacht wird, uniformierte Beamte Asylbewerber quälen, die offizielle Politik ganz im Sinne von Pegida Verschärfungen im Ausländerrecht betreibt, ist dann nicht von Belang.

Weltrekordzahlen von Flüchtlingen sind das Resultat durch Zerstörung der Lebensgrundlagen durch herrschende Ökonomie, Politik und Militär. Die erfolgreich konkurrierenden Ökonomien in Westeuropa und Nordamerika sind die Nutznießer ihrer geschäftlichen Dominanz auf dem Weltmarkt und hinterlassen den unterlegenen Ländern eines mit Sicherheit: Not und Elend. Das will man

natürlich nicht vor seiner Haustür haben und hat sich regelrecht verbarriadiert. [...]

Uns stellt es nicht zufrieden, wenn wir mit dem Hinweis „aktualitätsbezogener Artikel“ mitgeteilt bekommen, dass er „leider auf die nächste Ausgabe“ (Joachim, Red.) verschoben werden musste. Das Verschieben wird zur Nicht-Veröffentlichung.

Wir verhehlen nicht, dass wir gegen den Mainstream anstinken und eine Minderheitenmeinung kundtun. Ob seitenweise „Nazibiographien“, die fast ausgabenweise publiziert werden; die Namensgebung einer Schule als Dauerbrenner Sinn machen, stellen wir in Frage. Gibt der herrschende demokratische Betrieb nach Innen und Außen wirklich nicht genug zu Beurteilendes her?

F. BERNHARDT, R. GOSPODAREK,  
beide im Ruhestand

# Bewegende Wochen

Seit dem 23.3. sind die Kolleg\_innen auf der Straße. Ein Ende ist nicht abzusehen

Zum 31.12.2014 wurde die Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) aus dem Tarifvertrag TVÖD von den Gewerkschaften gekündigt.

2009 war die Entgeltordnung für den SuE geschaffen worden, da der 2005 vereinbarte TVÖD auch vier Jahre nach der Einführung noch keine allgemeingültige Entgeltordnung enthielt. Die Merkmale für die jeweiligen Beschäftigtengruppen stammen zum großen Teil noch aus dem alten BAT aus den 1970er Jahren und waren ohne inhaltliche Anpassung in die neue Entgeltordnung nur überführt worden. Mit der Kündigung der Entgeltordnung SuE wurde der Weg frei gemacht, um auf dem Verhandlungswege die schon vor Jahren wegen der immensen Zunahme der Anforderungen als notwendig erachtete Aufwertung des gesamten Sozial- und Erziehungsdienstes zu erreichen.

Nach fünf erfolglosen Verhandlungstagen in den ersten vier Monaten des Jahres, begleitet von drei einzelnen Warnstreiktagen in Hamburg am 23.03., 07.04. und 16.04., erklärten die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert.

Nach einer durchgeführten Urabstimmung, die eine 93%ige (ver.di) bzw. 97%ige (GEW) Zustimmung für einen unbefristeten Streik ergab, begann ab dem 08. Mai 2015 der Erzwingungsstreik in Kitas und anderen Einrichtungen aus dem Berufsfeld des Sozial- und Erziehungsdienstes.

## Streikunterbrechung:

Ab Freitag, den 05.06. Streik unterbrochen; Beginn der Friedenspflicht ab Sonntag,

den 07.06. 2015 wegen Schlichtungsanrufung; voraussichtliches Ende der Schlichtung am 22.06.

Donnerstag, d. 11.06.

„Streikparty“ auf der MS „Stubnitz“ am Rand der Hafencity, um sich gemeinsam über die letzten Arbeitstage auszutauschen, den Zusammenhalt während der

Streiktage und Wochen aufrecht zu halten und den Feierabend bei untergehender Sonne, bei Musik und Tanz und Softgetränken ein wenig zu feiern.

Sonnabend, d. 13.06.

Besuch einer der vier Großdemonstrationen des DGB mit insgesamt 28.000 Teilnehmenden, Hamburger Kolleginnen und Kollegen fuhren nach Hannover.

Informationen an die Kolleginnen und Kollegen während der streikfreien Tage, um sie weiter auf dem Laufenden zu halten, gab es leider kaum, da aus den Schlichtungsverhandlungen kein Wort nach außen drang.

Mehrheitlich war zu verneh-



Fotos: Stefan Gierlich

Und immer wieder: Wir sind viele und wir sind laut



men, dass die Unterbrechung des Streikes wenig Zustimmung erfuhr. Dennoch entschieden die Gewerkschaften, in die Schlichtung zu gehen, um sich nicht vorwerfen zu lassen, diese „friedliche“ Möglichkeit einer Einigung außer Acht gelassen zu haben. In der Bevölkerung ist nicht zuletzt durch die Arbeitsniederlegung verstanden worden, wie wichtig der Sozial- und Erziehungsdienst in einer Gesellschaft ist. Ob nun die kommunalen Arbeitgeberverbände ebenfalls diese Einsicht haben, wird sich am 22.06. ergeben (haben).

Je länger die Tarifauseinandersetzung andauert, umso bedeutender sind die Solidaritätserklärungen. In den letzten Tagen erhielten wir vom Landesfrauenrat Hamburg folgende Soli-Erklärung:

*Liebe GEW Hamburg, der Landesfrauenrat Hamburg, mit über 60 Mitgliedsverbänden, die größte politische Frauenlobby in Hamburg unterstützt die Forderung nach einer fairen und angemessenen Bezahlung von Erzie-*

*hungs- und Sozialberufen.*

*Die erzieherischen und sozialen Berufe gelten als typische Frauenberufe und werden entsprechend schlecht bezahlt. Der niedrige Lohn ist auch oft Ausdruck von fehlender Wertschätzung der Tätigkeit. Dies ist nicht akzeptabel. Erzieher\_innen leisten einen immens wichtigen Beitrag in und für unsere/r Gesellschaft. Sie verdienen mehr Anerkennung, die sich auch in Geld ausdrücken muss – jetzt! Viel Erfolg im Kampf.*

Eine weitere Unterstützungserklärung erhielten wir aus dem Bereich der Hamburger Wissenschaft mit folgendem Begleitschreiben:

*... anbei übersende ich Ihnen erneut die Stellungnahme aus dem Bereich der Hamburger Wissenschaft Soziale Arbeit zum Streik der Mitarbeitenden des Erziehungs- und Sozialbereichs. Diese Stellungnahme hat sich inzwischen der „Fachbereichstag Soziale Arbeit“ zu eigen gemacht, die nationale Repräsentanz der ca. 80 Fachbereiche*

*bzw. Fakultäten Soziale Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland, darüber hinaus verschiedene einzelne Fachkolleginnen und Fachkollegen. Viel Erfolg wünsche ich... (Stellungnahme siehe Kasten S. 10)*

Für die Hamburger Beschäftigten ist der Weg klar aufgezeigt: Entweder es gibt ein „vernünftiges“ Ergebnis, auf das die Hamburger Besonderheiten angewandt werden können oder es gibt solch ein Ergebnis nicht. Beide Varianten ziehen Folgen nach sich, die allerdings nicht unabhängig von der Haltung des Hamburger Arbeitgeberverbands, AV-H, verlaufen werden. Denn nach wie vor existiert die Möglichkeit, dass der AV-H unabhängig von einer bundesweiten Regelung Angebote der Aufwertung an die Hamburger Landesverbände der Gewerkschaften darlegt und in eigene Verhandlungen eintritt.

JENS KASTNER  
Sprecher der FG Kinder- und Jugendhilfe, GEW-Hamburg

KITA

## Es geht um Aufwertung

Die Empfehlung der Schlichter bedeutet kein Ende im Tarifkonflikt

Wir befinden uns im beginnenden Sommer des Jahres 2015 nach Christus. In ganz Deutschland ist der Sozial- und Erziehungsdienst von der Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission entsetzt ... In ganz Deutschland? Nein! Zweier von streikerfahrenen Beschäftigten aus Kitas und anderen Bereichen der Sozial- und Erziehungsarbeit bevölkerte Gewerkschafts-Landesverbände, GEW und ver.di, wollen die

Schlichtungsempfehlung höchstens als Grundlage für den Einstieg in die Hamburger Tarifverhandlungen akzeptieren. Und das Leben ist nicht leicht für die Anbieter und Inanspruchnehmer der Kita-Plätze, die als Betroffene in den Lagern der tarifgebundenen Kita-Träger, der Eltern und der Kinder zu finden sind...

Doch wie kam es dazu?

Nach drei Warnstreiktagen, danach einem vier Wochen andauernden Streik, der durch die

Anrufung der Schlichtungskommission unterbrochen wurde, berieten und verhandelten der Verband der kommunalen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes drei Tage und Nächte lang, um dann mit einer fast einstimmig (eine Enthaltung und eine Nein-Stimme) beschlossenen Empfehlung zu enden.

Die beteiligten Gewerkschaftsvertreter von ver.di, dbb und GEW sowie die Delegierten der Vka mussten die Einigungsempfehlung in ihren Tarifkommissionen und ver.di zusätzlich in der Streikdelegiertenkonferenz darlegen und beraten. Die Arbeitgeberverbände erreichten unter Mühen die notwendige 75%ige Zustimmung zur Schlichtungsempfehlung. Die Gewerkschaften beschlossen, die Gewerkschaftsmitglieder



Da war es noch Winter, als der Streik begann

direkt zu befragen. Nun werden ab dem 29. Juni die Mitglieder zu Versammlungen eingeladen, auf denen die Schlichtungsempfehlung dargestellt und bewertet wird. Auf diesen Versammlungen wird es auch um die zentrale Frage gehen, ob durch eine Wiederaufnahme der Arbeitskämpfmaßnahmen die Aussicht besteht, der Arbeitgeberseite ein erhöhtes Angebot abzurufen.

Zur Erinnerung: Gefordert war eine Aufwertung der Tätigkeiten. Es ging nicht um die prozentuale Steigerung der Tabellenwerte.

Durch die um eine Entgeltgruppe gesteigerte Eingruppierung der Leitungskräfte (in den unteren Entgeltgruppen sogar um zwei Entgeltgruppen) ist eine Aufwertung erreicht worden. Ob dies bei den Erzieher\_innen durch die Neuschaffung zweier zusätzlicher Entgeltgruppen S8a und S8b ebenso zu bewerten ist, muss von den neu gefundenen Werten dieser „Entgeltgruppen“ und der Auswirkung der rückgeführten Stufenlaufzeiten abhängig gemacht werden. Bei

den Kinderpfleger\_innen, sozialpädagogischen Assistent\_innen und Beschäftigten in der Behindertenhilfe und der Sozialarbeit wurden die Tabellenwerte mal mehr, mal weniger deutlich erhöht; das entspricht daher nicht der geforderten Aufwertung, sondern ist einer prozentualen Erhöhung gleichzusetzen. Nicht erreicht wurde die Berücksichtigung neuer Berufe, wie z.B. der Kindheitspädagog\_innen – aber dazu später.

Erschwert wird die Bewertung der Empfehlung der Schlichtungskommission durch den Umstand, dass die Kosten der geforderten Aufwertung, die mit ca. 10% Mehrausgaben beziffert wurden, mit der Höhe der Mehrausgaben, die den kommunalen Arbeitgeberverbänden durch die Umsetzung der Schlichtungsempfehlung entstehen würden (ca. 3,3% Steigerung), gegenüber gestellt werden. Reduziert man die Betrachtung auf den Vergleich der Forderungs- und Einigungsempfehlung, dann ist der Abstand zu groß und müsste bei

den Gewerkschaften zur Ablehnung führen. Die Schwierigkeit in den kommenden Wochen wird sein, den komplexen Sachverhalt nachvollziehbar zu machen, um dann zu der Entscheidung zu kommen, ob tatsächlich ein Einstieg in die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe gelungen ist oder nicht.

Für die Hamburger Beschäftigten und Arbeitgeber stellt sich die Situation ein wenig anders dar.

Da in Hamburg noch keine Verhandlungen geführt wurden, gibt es für Hamburg auch keine Schlichtungsempfehlung, die zu einem Ergebnis führen könnte. Rein formal betrachtet, wurden in Hamburg nur die Streikmaßnahmen unterbrochen und könnten jederzeit wieder aufgenommen werden. Da aber beide Tarifvertragsparteien sich bisher über den Ablauf einig waren, ist zunächst die Frage zu stellen, ob in Hamburg nun anhand der Schlichtungsempfehlung schon in die Verhandlung eingestiegen wird oder ob für eine höherwertige Grundlage weiter gekämpft werden soll.

Sie könnte in der vorliegenden Fassung als Basis dienen, denn:

Anders als bundesweit gibt es in Hamburg bei den tarifgebundenen Trägern keine in S6 eingruppierte Erzieher\_in, sodass ein Aufstieg in S8a nicht stattfinden kann. Die Hamburger Erzieher\_in ist, wie auch in einigen anderen Großstädten, schon in S8 eingruppiert.

Allerdings ist die Hamburger S8 geringerwertig als die bundesweite S8 (es gibt keine Endstufe 6 und der Betrag der Stufe 5 ist niedriger als S8 Stufe 5 bundesweit), sodass hier sogar eine Angleichung nur dieser Stufe(n) ein Plus bedeuten würde. Die Hinführung/Kürzung der langen Stufenlaufzeiten in der S8 für Erzieher\_innen bei den Stufen 4 und 5 bei grundsätzlicher Überführung in die neue Entgeltgruppe S8b mit den rückgeführten

Stufenlaufzeiten bei Stufe 4 = 6 Jahre und Stufe 5 = 8 Jahre wären ebenfalls eine positive Veränderung.

(Die normalen Stufenlaufzeiten der SuE-Tabelle lauten: Stufe 1 = 1 Jahr, Stufe 2 = 3 Jahre, Stufe 3 = 4 Jahre, Stufe 4 = 4 Jahre, Stufe 5 = 5 Jahre; und die abweichenden Stufenlaufzeiten für Erzieher\_innen in S8 lauten: bei Stufe 4 = 8 Jahre und Stufe 5 = 10 Jahre.)

Die dann zu erfolgende Umgruppierung in die neue S8b würde auch eine Entgeltsteigerung bedeuten. – Aber es wäre keine Aufwertung der Erzieher\_in, sondern „nur“ eine Erhöhung ihres Entgelts. Eine Aufwertung geschähe, wenn die Erzieher\_in, ähnlich wie die Leitungen, in eine höhere Entgeltgruppe wechseln würde. Mit der Eingruppierung in die Entgeltgruppe S10 wäre die Aufwertung vollzogen. Diese Forderung darf im Ergebnis nicht unterschritten werden.

Ähnlich verhält es sich mit

den Kinderpfleger\_innen bzw. sozial-pädagogischen Assistent\_innen. Die Schlichtungsempfehlung sieht eine Erhöhung um 50% des Unterschiedsbetrages der Entgeltgruppe S 4 und S5 vor. In Hamburg gibt es keine S3 für diese Beschäftigten, wie es bundesweit üblich ist. Auch hier bedeutet die Empfehlung „nur“ eine Entgelterhöhung und keine Aufwertung. Diese würde erfolgen, wenn die Eingruppierung in S5 oder S6 erfolgen würde. Die Eingruppierung in S6 wäre folgerichtig, da die meisten der SPAs und Kinderpfleger\_innen in Hamburg hauptsächlich Erzieher\_innentätigkeiten ausüben und die S6 bundesweit die Eingangsingruppierung für die Erzieher\_innen ist und als Konsequenz aus der Schlichtungsempfehlung unbesetzt sein würde.

Hamburgs Arbeitgeberverband AV-H hat die Chance, die in der Öffentlichkeit vorhandene Unterstützung der Forderung

nach Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienst mit den oben genannten Vorstellungen umzusetzen. Der Hamburger Senat könnte durch die Bereitstellung entsprechender Mittel in das Kita-Gutscheinsystem den tarifgebundenen Kita-Trägern die Umsetzung dieser Forderung vereinfachen und unter Beweis stellen, dass in Hamburg die gesellschaftlich schon vollzogene Anerkennung und Wertschätzung des Sozial- und Erziehungsdienstes auch finanziell umgesetzt wird.

Dann, aber auch nur dann könnte wieder Ruhe in das kleine „Dorf“ Hamburg einziehen und die organisierten Beschäftigten gemeinsam mit den Kita-Trägern, Eltern und Kindern den Abschluss dieser Tarifauseinandersetzung feiern und wieder in Frieden ihrer Arbeit nachgehen.

JENS KASTNER  
Sprecher der FG Kinder- und Jugendhilfe, GEW-Hamburg

## Zu früh für Kindheitspädagog\_innen?

In der Tarifauseinandersetzung zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes wollte die GEW auch erreichen, dass neue Berufe, wie z.B. der Beruf Kindheitspädagog\_in in die Entgeltordnung SuE mit aufgenommen werden. Es stellte sich schon bei der Aufstellung dieser Forderung als schwierig dar, bei den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hierfür Gehör zu finden.

Letzten Endes müssen wir festhalten, dass es in dieser Tarifrunde nicht gelungen ist.

Aber damit haben wir uns nicht zufrieden gegeben. Die Schwierigkeit, einen neuen Beruf in die Entgeltordnung aufzunehmen, ist anhand der Forderung nach Aufwertung offensichtlich, was uns aber dennoch gelungen ist, war das eine oder andere Gespräch über diese neue Berufsgruppe zu führen. Der Gesprächseinstieg gelang mit Hilfe des abgebildeten Werbeträgers sehr gut. Die AG Kindheitspädagogik der Hamburger GEW hatte diesen Werbeträger erstellt. Sowohl die Arbeitgebervertreter, als auch ver.di-Chef Frank Bsirske schenken diesem Thema Interesse. Fast alle anwesenden Arbeitgebervertreter\_innen nahmen diesen Hinweis auf die Kindheitspädagogik aufgeschlossen entgegen. Für die Hamburger Kolleg\_innen der AG Kindheitspädagogik eine weitere Möglichkeit, über die im QR-Code hinterlegte Internetseite bundesweit für ihre von der GEW getragenen Interessen zu werben.

Damit ist zumindest der Grundstein gelegt, um zukünftig den Eingang in die Entgeltordnung zu finden und eine größere Beachtung dieses neuen Berufes zu erlangen.

JENS KASTNER



Ohne Schiebung keine Lösung

# Stellungnahme zum gegenwärtigen Arbeitskampf der Fachkräfte aus dem Erziehungs- und Sozialbereich von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der drei Hochschulbereiche in Hamburg, die Studiengänge der Sozialen Arbeit vertreten

## Für ein Ende der falschen Bescheidenheit

Die Fachkräfte aus den Sozial- und Erziehungsdiensten kämpfen zurzeit bundesweit um statusverbessernde Einkommenserhöhungen. Damit wehren sie sich gegen die überaus bescheidenen Gehälter, die den Bereich der Sozialen Arbeit kennzeichnen.

Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Lehrverantwortung für jene Studiengänge, an denen der akademische Teil der Fachkräfte aus den Erziehungs- und Sozialdiensten in Hamburg ausgebildet wird, unterstützen wir diesen Kampf um die Anerkennung der Sozialberufe! Wir freuen uns über den Mut der Fachkräfte und ihrer Gewerkschaften VERDI, GEW und DBSH, die gegenwärtige tarifliche Eingruppierung der Fachkräfte im Erziehungs- und Sozialbereich jetzt in Frage zu stellen und sich damit offensiv gegen die Zumutung der hier üblichen Gehälter zu wehren.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Forderungen berechtigt sind! Sie entsprechen der Qualifikation, der Bedeutung und der Leistung jener Fachkräfte, die im Erziehungs- und Sozialbereich Verantwortung übernehmen. Sie tragen den ständig steigenden Anforderungen an entsprechende professionelle Tätigkeiten Rechnung und entsprechen zudem der Bedeutung, den diese Erziehungs- und Sozialdienste für die Adressatinnen und Adressaten haben. Schließlich entsprechen sie dem allgemeinen Interesse, das diese Gesellschaft an der qualifizierten Gewährleistung entsprechender Fachleistungen hat.

Hamburg im Mai 2015

## Unterstützende

### **Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie des Rauhen Hauses in Hamburg**

Prof. Dr. Christof Beckmann, Prof. Dr. Kathrin Hahn, Dipl. Psych. Hans Josef Lembeck, Prof. Dr. Michael Lindenberg, Prof. Dr. Tilman Lutz, Prof. Dr. Thomas Möbius Volljuristin, Maarit Müller Prof. Dr. Matthias Nauerth, M.A. Päd. Annegret Otte-Frank, Prof. Dr. Johannes Richter, Prof. Dr. Gabriele Schmidt-Lauber, M.Ed. Soz. Päd. Tilman Wahne, Dipl. Ök. An-

neke Wiese, Dr. Sabine Zohry

### **Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit**

Prof. Dr. Olga Burkova, Departmentleitung Soziale Arbeit HAW Hamburg, Prof. Dr. Bergs-Winkels, Studiengangsleitung Bildung- und Erziehung in der Kindheit, Prof. Dr. Andreas Langer, Studiengangsleitung Department BA Soziale Arbeit, Prof. Dr. Dieter Röh, Studiengangsleitung MA Soziale Arbeit, Prof. Dr. Daniela Ulber, Studiengangsleitung Bildung und Erziehung in der Kindheit sowie alle Professor\*innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen des Departments Soziale Arbeit HAW Hamburg

### **Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Arbeitsbereich**

#### **Sozialpädagogik / außerschulische Bildung**

M.A. Soz.Päd. Andrea Bargsten, Dipl. Erzw. Anna Franze, Dipl. Soz. Päd. Mathias Gintzel, Dipl. Päd. Valentin Halder, Dipl. Pol. Lutz Peters, M.A. Soz. Päd. Moritz Schwerthelm Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker Dipl. Päd. Stefanie Trude

### **Darüber hinaus unterstützen diese Stellungnahme:**

- Fachbereichstag Soziale Arbeit (FBTS) (die nationale Repräsentanz der ca. 80. Fachbereiche bzw. Fakultäten Soziale Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland)
- Fachbereich Sozialwesen der Hochschule RheinMain
- Prof. Dr. Marion Gerards, Kath. Hochschule NRW, Abt. Aachen
- Prof. Dr. Ute Antonia Lammel, Dekanin, Kath. Hochschule NRW, Abt. Aachen
- Prof. Dr. Leonie Wagner, HAWK - Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen, Fakultät Management, Soziale Arbeit, Bauen, Studienbereich Soziale Arbeit

Verantwortlich:  
PROF. DR. MATTHIAS NAUERTH, PROF. DR. CHRISTOF BECKMANN Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie, Horner Weg 170, 22111 Hamburg, mnauerth@rauheshaus.de

# Utopie ist machbar

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie wir angesichts unseres Ziels, ‚nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse‘, die Arbeitsbelastung von Lehrer\_innen reduzieren können

„Der frühe Vogel fängt den Wurm“, mit dieser Volksweisheit im Hinterkopf hatte sich wohl die neue Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank vorgestellt, die Delegierten positiv auf die rot-grüne Politik einstimmen zu können. Das klappte nur mäßig, obwohl entgegen der Erwartung vieler ihre Vorstellung in ungewöhnlicher Frische überkam. Fünf Wochen im Amt - da lässt sich naturgemäß außer Allgemeinplätzen noch nicht viel sagen. Sie wolle Fehlentwicklungen aufarbeiten, versicherte sie. Von der Sache verstehe sie ja was, habe sie doch in den letzten Jahren an der Uni-Lüneburg in der Wissenschaftsverwaltung diesbezügliche Erfahrungen sammeln können. Ja und von den 100 Millionen, die man beim BaFög einspare, weil bekannter-

maßen der Bund diese Aufwendungen übernommen hat, seien immerhin 40 Millionen über fünf Jahre - so sei es im Koalitionsvertrag festgeschrieben - für den Wissenschaftsbereich vorgesehen. Dass die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse an der Uni oftmals prekär sind, sei ihr bewusst. Da sei einiges zu tun.

Vielleicht war es der frühen Stunde oder aber auch der Aussichtslosigkeit, auf konkrete Fragen konkrete Antworten zu kriegen, geschuldet, dass man die Senatorin nicht weiter mit kritischen Fragen traktierte und sie ungeschoren davorkommen ließ. Den Wurm auf jeden Fall kriegte sie nicht zu fassen. Denn kurze Zeit später konnte der stellvertretende Vorsitzende Fredrik Dehnerdt unsere Kritik an diesem Koalitionsvertrag zu-

sammenfassen mit den Worten: „Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse sein“. Die 40 Millionen über 5 Jahre könnten noch nicht einmal die Tarifsteigerungen auffangen, geschweige denn zur Finanzierung zusätzlicher Stellen genutzt werden. Überhaupt sei das, was im Koalitionsvertrag an bildungspolitischen Festschreibungen zu finden sei, marginal. Selbst bei den 120 Stellen, die man zusätzlich für die Inklusion schaffen wolle, sei nicht klar, ob sie nicht einfach nur durch Umschichtungen zustande kommen sollen. Umso entschlossener forderte er eine Umkehr im Denken, was die Einnahmeseite des Staates betreffe. Es könne nicht sein, dass sich auf der einen Seite die Rekordmeldungen, die Steuermehreinnahmen betreffend, stapelten, es aber auf der anderen Seite bei den Bildungsausgaben zum Stillstand gekommen sei. Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass die gerechten Forderungen, die unsere Kita-Kolleg\_innen zurzeit gezwungen sind, durch Streik durchzusetzen, allemal auch finanzierbar seien. Man erwarte von der Hamburger Regierung, dass sie ihre Möglichkeiten der Einflussnahme nutze, damit der Tarifkonflikt zu einem gütlichen Ende komme.

Angesichts der sozial gespaltenen Stadt, materiell wie bildungsmäßig, müsse der Staat endlich reagieren, so Fredrik in seiner Begründung zum Antrag: *Rot-Grün in die Verantwortung nehmen – Bildungspolitik stär-*



Die Neue: Will Fehlentwicklungen aufarbeiten – Katharina Fegebank als Wissenschaftssenatorin

Fotos: hlz

## Was sonst noch geschah

Gewählt wurde als Nachfolger für Regina Tretow als **Zweiter stellvertretender Vorsitzender Sven Quiring**. Unsere Vorsitzende würdigte in diesem Zusammenhang noch einmal die Leistung von Regina und unterstrich die gute Zusammenarbeit mit ihr im Vorstand. Dass es in der vorletzten Ausgabe der hLz zu der fälschlichen Angabe kam, sie sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten (s. hierzu Reginas Gegendarstellung in hLz 5-6/2015, S. 6), sei dem Umstand des längeren krankheitsbedingten Ausfalls geschuldet gewesen, so Anjas Begründung.

Aus Zeitgründen wurden folgende Anträge zur Beschlussfassung an den Landesvorstand verwiesen:

Eine Positionierung der Hamburger GEW zur **Olympiabewerbung**. Der Antrag beinhaltet explizit die sportpolitischen (einschließlich der Auswirkungen auf den Schulsport) und häuslicher Voraussetzungen sowie Fragen der Nachhaltigkeit und der Risikoabschätzung, die aus Sicht des Antragstellers Norbert Baumann gegeben sein müssen, um das Projekt – auch in Hinblick auf die vom Senat angestrebte Volksbefragung – unterstützen zu können. (S. dazu auch Artikel in hLz 1-2/2015, Seite 38) Zwischenzeitlich wurde der Antrag auf der Landesvorstandssitzung (LV-)Sitzung am 23.6. angenommen.

Organisation und Durchführung eines **Fachtages zur Inklusion** seitens des Hamburger Landesverbands der GEW noch in diesem Jahr mit dem Titel: *Armut erzeugt Exklusion – schlechte Bildungspolitik verhindert Inklusion*, „denn wir wissen“ – so heißt es im Antrag – „dass Deprivation und anregungsarme, isolierende Lebensbedingungen im frühen Kindesalter reduzierte Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und damit erst Benachteiligungen und Behinderungen produzieren.“ Antragsteller ist die Fachgruppe Sonderpädagogik/Inklusion (Ebenfalls angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6.)

Für den Erhalt und den Ausbau des **Türkischstudiums für das Lehramt** an der Uni Hamburg. Dass es einer Begründung bedarf, ist eigentlich schon der Skandal. Aber der Bleiberechtsausschuss lässt es sich nicht nehmen, Selbstverständliches anzuführen: „(...)Türkisch ist nach Deutsch die zweitgrößte Sprache, die in Deutschland gesprochen wird. Laut offizieller Statistik der Schulbehörde sprechen ca. 15 000 Schüler\_innen Türkisch in ihren Familien. (...) Eine Lehrer\_innenausbildung für das Fach Türkisch gibt es außer in Hamburg nur noch in Duisburg/ Essen. (...) Daher ist dieser Studiengang für den norddeutschen Raum unverzichtbar.“ (Ebenfalls



**Unser neuer 2. stellvertretender Vorsitzender Sven Quiring vom Fachbereich Sonderpädagogik/Inklusion**

angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6.)

**Sprachförderung** erhalten und ausbauen. Diese wurde u.a. abgebaut, weil viele Schulen in ihrer Not die Stunden für andere Zwecke verwandt haben. Durch die sprunghafte Zunahme der Flüchtlingskinder gebe es naturgemäß einen entsprechenden Mehrbedarf. Abschließend heißt es im Antrag: „Es ist zu befürchten, dass das Sprachförderkonzept aus Kostengründen wieder zurückgefahren wird zugunsten der Inklusion und damit beide notwendigen Förderbereiche gegeneinander ausgespielt werden.“ Dem ist sich entgegenzustellen. (S. Artikel auf Seite 29; ebenfalls angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6.)

Angesichts des **Flüchtlingsdramas** auf dem Mittelmeer fordert der Bleiberechtsausschuss: **Fähren statt Frontex!** Ein 10 Punkte-Plan, um das Sterben zu beenden. Wir wollen dem Sterben nicht tatenlos zusehen, so der Tenor des Antrages. Weiter heißt es: „Als Aktivisten beteiligen wir uns seit vielen Jahren an den Kämpfen gegen das europäische Grenzregime. Durch ‚Watch the Med‘ und das ‚Alarm-Phone-Projekt‘ stehen wir alltäglich mit hunderten Menschen in Kontakt, die das Mittelmeer überquert haben. (...) Wir fordern die Einsetzung einer humanitären Fährverbindung nach Lybien, die so viele Menschen wie möglich evakuieren soll. (...)“ Der Antrag wurde ebenfalls angenommen auf der LV-Sitzung am 23.6. JG

ken statt ausbremsen. Unsere Forderungen in Hinblick auf Inklusion (+550 Stellen), die ganztägige Betreuung und den Kita-Personalschlüssel seien klar gestellt. Solange der Senat dies gebetsmühlenartig als überzogene Forderungen diskreditiert, wird es in dieser Stadt keine Ruhe geben, so unser stellvertretender Vorsitzende. Dies gelte auch für die übrigen Bereiche. So sei die Belastung für Referendar\_innen, neuerdings „Lehrkräfte in Ausbildung“, was den bedarfsdeckenden Unterricht angehe, viel zu hoch. Wenn denn wirklich eine Ausbildung stattfinden soll, dann, so Fredrik den Antrag zitierend, seien 5 Unterrichtsstunden pro Woche, die Prüfungsphase ausgenommen, die Obergrenze.

Im Bereich der Beruflichen Schulen gelte es, endlich etwas zu unternehmen, um nachhaltig der Ausbildungsplatzmiserie zu begegnen. Wir erwarten, so heißt es im Antrag, „gesetzgeberische Initiativen in Richtung einer Ausbildungsplatzabgabe“ einzuleiten. Darüber hinaus sei die Berufsvorbereitung gleichermaßen auf Stadtteilschulen und Gymnasien hin auszurichten. Die Stellen der dafür abgestellten Kolleg\_innen aus den

Berufsschulen dürfen nicht auf deren Stellenpläne angerechnet werden.

Eine arbeitsmarktpolitische Wüste seien die Volkshochschulen. Es sei ein Unding, zu welchen Bedingungen jene 100 Dozent\_innen mit dem Status „arbeitnehmerähnliche Person“ arbeiten müssten. Die Forderung im Antrag: „Eine Honorarregelung analog der Berliner VHS mit bezahltem Urlaub bzw. Urlaubsentgelt, Zuschüsse zu Sozialversicherungen und Ausfallhonoraren.“

Die Forderungen waren unumstritten und so wurde der Antrag einstimmig angenommen.

### Lehrer\_innen-Arbeitszeit

Nicht so eindeutig war die Meinung in Sachen Arbeitszeit für Lehrer\_innen. Vor der eigentlichen Debatte referierte Frank Mußmann von der Uni Göttingen über eine von ihm zu verantwortende Untersuchung über die Arbeitszeit der Kolleg\_innen in Niedersachsen. Der dortige Landesverband der GEW hatte die Studie in Auftrag gegeben. Allein die natürlich freiwillige Beteiligung der Kolleg\_innen hat alle überrascht. Seit ein paar Monaten dokumentieren an die 4000 Pädagog\_innen minutios

die Zeit, die sie in Verbindung mit ihrer Tätigkeit als Lehrer\_innen ableisten. (Siehe dazu ausführlichen Bericht auf der Seite 20)

Mußmann betonte auf Nachfrage, dass es sich um eine rein quantitative Betrachtung handle, d. h., die speziell für Lehrer\_innen bedeutsame Besonderheit der psychisch-sozialen Belastung werde nicht mit abgebildet. Ungeachtet dieser Einschränkungen kann man gespannt sein, was die Untersuchung zu Tage fördert.

Nach einer inszenierten Debatte, in der mit verteilten Rollen drei Kollegen die jeweiligen Vorzüge einer Arbeitszeitregelung nach Pflichtstunden, alternativem Arbeitszeitmodell und/oder Präsenzmodell priesen, ging es um die Abstimmung eines Antrages des Geschäftsführenden Ausschusses, der, wie es heißt, *Umriss einer neuen, gerechten und fairen Arbeitszeitregelung* aufzeigt (s. Abdruck des Antrages auf S. 17). Umstritten waren dabei, weil als neuerliches Korsett empfunden, u.a. die Prozentangaben der Aufteilung des Arbeitstages nach verschiedenen Bereichen und die 75 Prozentforderung am Ende des Antrages. Hierzu gab es einen Änderungsantrag, der für die am stärksten belasteten Kolleg\_innen in einem ersten Schritt eine 2-stündige Unterrichtsentlastung vorsah, die anteilig auf alle übrigen Kolleg\_innen übertragen werden sollte. Beide Änderungsanträge konnten sich nicht durchsetzen.

Durchsetzen konnte sich dagegen ein Antrag der Grundschulkolleg\_innen, die insbesondere noch einmal auf die prekäre Situation in sozialen Brennpunkten verwiesen. Man sei weit entfernt von einer personellen Ausstattung, die dem Anspruch einer sozialen Kompensation genüge (s. Artikel auf Seite 15).

JOACHIM GEFFERS



**Wer hat Recht? Inszeniertes Streitgespräch für und gegen ein Pflichtstunden-, Arbeitszeit- und/oder Präsenzmodell, v.l.n.r.: Joachim Geffers, Dirk Mescher (Moderator), Matias Töpfer, Roland Kasprzak**

# In Not

Die Fachgruppe Grundschulen empfindet es als Skandal, dass sie als größte Gruppe unter den Schulen im neuen Koalitionsvertrag nicht vorkommen

Wir benötigen mehr Ressourcen zur Umsetzung von Inklusion (wir wollen gute Qualität!), mehr Personal zur Gewährleistung der ganztägigen Betreuung, nicht ständig neue Aufgabenstellungen ohne ausreichende Finanzierung.

Ohne unsere qualitativ gute Arbeit bekämen die Gymnasien keinen Nachwuchs! Statt 4 Prozent Schüler\_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich LSE sind es reale 6,6 Prozent. Die pauschale Zuweisung von sonderpädagogischen Ressourcen ist also viel zu niedrig! Der Spagat, den Grundschulen leisten müssen, wird nicht gesehen! Wir haben in einer Klasse ein Leistungsspektrum von bis zu drei Jahren aufzufangen! Wir fordern mehr Stellen auch für Grundschulen, damit die besten

Lehrer\_innen und Vorschullehrer\_innen den besten Unterricht bereits in der Grundschule inklusive Vorschule geben können! Dafür brauchen wir aber die entsprechenden Mittel. Erzieher\_innen und Sozialpädagog\_innen sind zu Zeiten des inklusiven Unterrichts aus unserer Sicht an Grundschulen unentbehrlich. Sozialpädagog\_innen sollten die Teams in ihrer vielfältigen und anspruchsvollen Arbeit unterstützen: Beratung von Familien, Schnittstelle zum ReBBZ, ASD, Arztpraxen, Begleitung einzelner Kinder im Unterricht und in Pausenzeiten, etc. Auch geeignete Schulbegleiter\_innen sind extrem wichtig, damit Kinder mit speziellem Förder- und Betreuungsbedarf nicht wieder exkludiert werden müssen. Wir brauchen kleine multiprofessi-

onelle Teams und ausreichend Koordinationszeiten.

Die Grundschulen müssen Verlässlichkeit bieten, können die Kinder im Krankheitsfall nicht nach Hause schicken und brauchen deshalb genug Vertretungsreserven. Doch diese werden den Grundschulen abgezogen und von der BSB zentral verwaltet. Wir fordern, dass auch die Grundschulen – wie alle anderen Schularten – selbstbestimmt darüber entscheiden können.

Die KESS-Faktoren wurden an vielen Schulen heraufgesetzt, obwohl sich die Schüler\_innenschaft nicht verändert hat. In Lurup bspw. wurden drei Grundschulen mit dem KESS Faktor 3 eingestuft, obwohl diese Schulen nur ein Drittel ihrer Schüler\_innenschaft aufs Gymnasium schicken (der Hamburger Durchschnitt liegt bei 50 Prozent), 25 Prozent den Hauptschulabschluss machen und 10 Prozent gar keinen Schulabschluss erreichen. Und das soll KESS 3 sein?

Für die Fachgruppe Grundschulen  
SABINE BIELEFELDT,  
KATHRIN JÄNNER

Grundschule Mümmelmannsberg  
(die Kernforderungen wurde auf dem  
Gewerkschaftstag angenommen)



Willkommene Unterbrechung: Streikende Erzieher\_innen konnten sich der Solidarität der Delegierten gewiss sein



# Arbeitszeit von Lehrer\_innen

## Beschluss des Hamburger Gewerkschaftstags der GEW am 27. Mai 2015



1. Die GEW Hamburg bekräftigt ihre Ablehnung der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung („AZM“). Diese Arbeitszeitregelung hat seit ihrer Inkraftsetzung 2003 zu Mehrarbeit, Mehrbelastungen, zusätzlichen Aufgaben ohne Ausgleich, Ungerechtigkeit, Einsparungen, Konkurrenz unter den Kolleg\*innen, Unfrieden in den Kollegien sowie zwischen Schulleitungen und Lehrkräften geführt.

2. Wir wollen eine neue, gerechte und faire Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte in Hamburg erreichen, die folgende Umrisse haben soll:

- Es wird eine Unterrichtshöchstgrenze von 20 Unterrichtsstunden in der Woche bei einer Vollzeitstelle (Teilzeit entsprechend prozentual herunter gerechnet) festgesetzt.
- Die Unterrichtsstunden werden nicht nach Fächern oder Jahrgängen unterschiedlich gewichtet oder faktorisiert.
- Die Arbeitszeitverteilung von Lehrkräften wird (bei einer derzeitigen Wochenarbeitszeit von 46,57 Stunden in den Unterrichtswochen für eine volle Stelle) folgendermaßen beschrieben: 30% Unterrichtszeit, 30% Vor- und Nachbereitung sowie Korrekturen, 20% Kooperations- und Konferenzzeit, 10% Eltern- bzw. Institutionskontakte, 10% Funktionszeiten und Weiterbildung.
- Besondere Funktionen und Belastungen (Leitungstätigkeiten, Fachleitungen, Abiturkorrekturen usw.) werden unter der Beteiligung von Lehrerkonferenz und Personalrat schuljährlich von der Unterrichtszeit abgezogen.
- Es werden vollwertige Arbeitsplätze an der Schule für jede Lehrkraft geschaffen.

3. Wir nehmen Kontakt zu Bildungsbehörde, Senat und Fraktionen in der Bürgerschaft auf mit dem Ziel, Verhandlungen über unsere Forderungen zu beginnen. Wir werden deutlich darauf hinweisen, dass das im rot – grünen Koalitionsvertrag ab S. 85ff beschriebene Ziel, die Unterrichtsqualität an Hamburger Schulen zu erhöhen, nur mit der Umsetzung aller o. g. Punkte verfolgt werden kann.

4. Wir unterstützen alle GEW Betriebsgruppen an Schulen, die sich gegen die Mehrbelastung und Mehrarbeit durch die herrschende LAZVo wehren, durch Veranstaltungen, Material und Aktionen vor Ort. Dazu nehmen wir intensiven Kontakt zu den GEW Vertrauensleuten und anderen GEW Aktiven an den Schulen auf. Aktionen und Auseinandersetzungen an einzelnen Schulen sollen vor Ort geführt, aber auch vernetzt und zusammengebracht werden. Dazu nehmen wir alle gewerkschaftlichen Mittel bis hin zum Arbeitskampf in den Blick.

5. Wir starten (mindestens) gemeinsam mit den GEW Landesverbänden Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin eine überregionale Kampagne zur Reduzierung von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrer\*innen. Erste Planungen dazu haben begonnen, eine Verbreiterung im Koordinierungsvorstand der GEW ist angestrebt. In diesem Rahmen planen wir für den Frühherbst 2015 einen norddeutschen Aktionstag.

6. Als konkreten Einstieg in eine Arbeitszeitentlastung der Hamburger Lehrkräfte fordert die GEW, dass beginnend mit dem Schuljahr 2015/2016 nicht mehr als 75% der Arbeitszeit der Lehrkräfte für Unterricht eingesetzt wird. Das impliziert, dass die Funktionszeiten für Schulleitungsaufgaben (Schulleitungen, Stellvertreter\*innen, Abteilungsleiter\*innen) ab dem nächsten Schuljahr aus extra Zuweisungen der BSB und nicht mehr aus den allgemeinen F-Zeiten finanziert werden. Die 75% Arbeitszeit für Unterricht (U-Zeiten) sollen mit jedem Schuljahr weiter reduziert werden, bis unsere Zielzahlen erreicht sind.

7. Die GEW Hamburg prüft, ob sie sich an einer wissenschaftlichen Untersuchung der realen Arbeitszeit von Lehrkräften, evtl. gemeinsam mit anderen norddeutschen GEW Landesverbänden, beteiligt.

# Wegweisender Beschluss

Auf dem Hamburger Gewerkschaftstag am 27.5.2015 haben die Delegierten der GEW Hamburg einen wegweisenden Beschluss zur Arbeitszeit von Lehrer\_innen gefasst. Dieser Beschluss ist uns nicht leicht gefallen und brauchte einen Vorlauf von zwei Jahren

## Vorlauf seit 2013

Bei der Aschermittwochsdemo im Februar 2013 haben wir deutlich gemacht, dass 10 Jahre Hamburger Arbeitszeitmodell genau 10 Jahre zu viel sind. Wir sind für bessere Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal an Schulen auf die Straße gegangen. Im Dezember 2013 tagte dann die Aktionsgruppe „AZM“ das erste Mal und hat durch verschiedene Aktionen die Diskussion um Arbeitszeit, Arbeitsbelastung und immer neue Aufgaben in den Kollegien und den Gremien der GEW neu eröffnet. Dies war auch deshalb nötig, weil es mittlerweile eine ganze Lehrer\_innen-Generation gibt, die nichts anderes als die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZVO) kennt. Eine dieser Aktionen war die online-Umfrage von Februar bis April 2014, an der sich ca. 700 Kolleginnen und Kollegen aus allen Schulformen beteiligt haben und anhand von 12 Fragen ihre Belastungen deutlich gemacht haben. Dreiviertel der Befragten gaben an, mindestens 30% mehr an Arbeitszeit für ihre Aufgaben zu benötigen und entsprechend gaben über 50% der Befragten an, dass sie ihre Arbeit als stark belastend empfinden.

An die Öffentlichkeit sind wir mit einer Fahrraddemo im April 2014 gegangen. Dabei haben wir auf die verschiedenen Belastungsfaktoren unserer Arbeit aufmerksam gemacht und auf die schlechte Finanzierung

der Bildung in Hamburg hingewiesen. Im OECD-Durchschnitt wird 6,3% des Bruttoinlandsprodukt für Bildung ausgegeben. In Deutschland sind es dagegen nur 5,3% und im Vergleich der einzelnen Bundesländer gibt Hamburg mit 2,9% am wenigsten für Bildung aus. Auch in verschiedenen anderen Bereichen sieht es in anderen europäischen Staaten besser aus: Während die Lehrkräfte in Frankreich nur 1607 Stunden im Jahr arbeiten, sind es in Hamburg 1770; in Dänemark arbeiten die Lehrkräfte in der Primarstufe durchschnittlich 22 Unterrichtsstunden, maximal 26, in Hamburg sind es im Durchschnitt 26,5 und maximal 29 usw. Dies bildete den Auftakt, um sich mit entsprechenden Forderungen an die Parteien in der Bürgerschaft zu wenden und in den Bürgerschaftswahlkampf 2015 einzumischen. Dies haben wir mit dem Beschluss auf dem Hamburger Gewerkschaftstag im November 2014 verdeutlicht, indem wir die Forderung nach maximal 20 Unterrichtsstunden beschlossen. In der Diskussion Anfang Februar 2015 mit den bildungspolitischen Sprecher\_innen der Bürgerschaftsfraktionen haben wir wiederum sehr deutlich auf die Arbeitsbelastung und das Problem des „AZM“ hingewiesen. Seit Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung 2003 sind bereits bis 2008 42 neue Aufgaben hinzugekommen. Weitere Aufgaben durch Inklusio-

sion und Ganztags kamen hinzu, ohne nennenswerte Entlastung. Der Senator war bisher nicht bereit, über eine wesentliche Aufgabenkritik eine spürbare Entlastung zu schaffen. Alle bildungspolitischen Sprecher\_innen waren der Meinung, dass es zu einer Entlastung der Arbeitszeit bei Lehrkräften kommen muss. Während der Koalitionsverhandlungen im Februar und März 2015 haben wir unsere Forderungen noch einmal ganz persönlich an die Koalitionäre herangetragen, aber in Sachen Arbeitszeit der Lehrkräfte hat sich nichts getan. Weiterhin bezahlen die Kolleg\_innen die schulpolitischen Reformen, in dem sie in Teilzeit gehen; 55% der Hamburger Lehrer\_innen haben ihre Arbeitszeit reduziert, nicht zuletzt, weil sie es sonst nicht schaffen. Oder die Kolleg\_innen haben arge gesundheitliche Probleme. Seit der Einführung des „AZM“ ist die Krankheitsrate von 4,9% auf 5,9% angestiegen und wir müssen befürchten, dass demnächst auch die Anzahl der Frühpensionierungen steigt.

Im April 2015 haben wir uns noch einmal umfassend auf der Arbeitszeittagung mit dem Thema beschäftigt (s. hlz 5-6, S. 14f) und u. a. die unterschiedlichen Modelle – neben dem „AZM“ auch das Pflichtstundenmodell und das Präsenzmodell – beleuchtet. Dabei sind die unterschiedlichen Erfahrungen aus den GEW-Landesverbänden Bremen und Niedersachsen mit

eingeflossen und am Ende haben sich die Vorsitzenden der Landesverbände aus Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen mit uns gemeinsam für eine Kampagne zur Reduzierung der Lehrer\_innen-Arbeitszeit ausgesprochen.

Was sind nun die wesentlichen Punkte unseres Beschlusses?

### **Ablehnung der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung**

Wir bekräftigen noch einmal unsere Ablehnung der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung als ein Instrument, das zu Mehrarbeit, Mehrbelastung, Einsparungen, Ungerechtigkeiten, Konkurrenz und Unfrieden zwischen Schulleitungen und Lehrkräften führt.

### **20 Stunden sind genug**

Wir bestätigen den Beschluss vom letzten Gewerkschaftstag im November 2014: 20 Unterrichtsstunden pro Woche vor der Klasse sind genug (Teilzeit entsprechend)!

### **Keine Faktorisierung**

Außerdem sprechen wir uns gegen eine Faktorisierung nach Fächern und Schulformen aus, denn sie ist eins der Mittel, die Unfrieden zwischen den Kolleg\_innen und mit der Schulleitung schürt und auch zwischen den Schulformen. Warum sollen korrekturintensive Fächer einen höheren Faktor als vorbereitungsintensive oder besonders gesundheitsbelastende Fächer haben? Warum ist die Schulform mit der größten Heterogenität in den Klassen und einer daraus folgend sehr hohen Anforderungen an differenziertem Unterricht, nämlich die Grundschule, durchgehend niedriger faktorisiert?

### **Schule ist mehr als Unterricht – Lehrer\_innen haben vielfältige Aufgaben**

In allen anderen Bundesländern gilt das Pflichtstundenmodell und überall gibt es Überlegungen in den Bildungsministerien, wie man bei gedeckelten Haushalten und weiter steigenden Anforderungen an Schule mehr aus den Kolleg\_innen herausholen kann. Also versucht man, weitere Aufgaben an die Kolleg\_innen weiterzugeben. Deshalb weist eine Pflichtstundenbemessung allein keine ausreichende Schutzfunktion mehr auf. Neue Tätigkeiten, die mit der Neubestimmung von Schule zusammenhängen, werden dabei nicht erfasst. Deshalb kehren wir nicht einfach zu einem Pflichtstundenmodell zurück, sondern wollen auch unsere weiteren Tätigkeiten abgebildet sehen in einer neuen Arbeitszeitregelung.

Nach unterschiedlichen Untersuchungen und Studien – auch diejenige, die uns Professor Mußmann nach einer Pilotstudie in Niedersachsen erläutert hat – kann man Umriss der Verteilung von verschiedenen Aufgaben durchaus erkennen: ca. 30 % Unterrichtszeit, 30% Vor- und Nachbereitung, 20% Kooperations- und Konferenzzeit, 10% Eltern und weitere Kontakte, 10% Funktionszeiten und Weiterbildung. Die Pilotstudie in Niedersachsen, die unter Abiturbedingungen durchgeführt wurde, kommt zu einem etwas niedrigerem Umfang an Unterrichtszeit, aber hat von der Aufteilung ähnliche Werte festgestellt. Die eigentliche Studie, die nun in Niedersachsen mit über 400 Schulen aus allen Schulformen läuft, wird sicher noch einmal genauere Einschätzungen möglich machen.

### **Einstieg in die Arbeitszeitentlastung jetzt**

Ganz konkret fordern wir als Einstieg in eine Arbeitszeitentlastung, dass die Unterrichtszeiten bei allen Lehrkräften 75% nicht überschreiten. So war es

bei Einführung des „AZM“ einmal geplant. D.h. bei einem Faktor von 1,35 und einer Vollzeitstelle eine Unterrichtsverpflichtung von maximal 26 Stunden. Um dies zu verwirklichen, müssen die Zeiten für Schulleitungen extra zugewiesen werden und können nicht aus dem bisherigen Topf der F-Zeiten kommen. Die 75% Unterrichtszeiten sollen mit jedem Jahr weiter reduziert werden. Wir treten an die BSB heran, um mit ihr darüber zu verhandeln.

### **Entschlossenheit zeigen**

Um mit der BSB in Verhandlungen einzutreten und diesen auch Nachdruck zu verleihen, müssen wir uns beim Thema Arbeitszeit für Lehrkräfte zunächst auf uns selbst verlassen. Deshalb sind die Betriebsgruppen, die Kolleg\_innen an den Schulen aufgefordert, ihre Belastungen deutlich zu machen. Es gibt schon einige Betriebsgruppen, die sich auf den Weg machen, um auch nach außen deutlich zu machen, dass die jetzige Arbeitszeitregelung eine permanente Überlastung bedeutet. Deshalb unterstützen wir alle GEW Betriebsgruppen an Schulen, die sich gegen die jetzige Mehrbelastung wehren.

Außerdem werden wir mit anderen Landesverbänden zusammen, evtl. auch bundesweit, entsprechende Aktionen oder Kampagnen durchführen. Die gute Zusammenarbeit – nicht nur bei diesem Thema – mit Schleswig-Holstein, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Berlin werden wir fortführen. Wir können hier trotz unterschiedlicher Arbeitszeitregelungen voneinander lernen. Das hat sich bereits auf der Arbeitszeittagung gezeigt und wir haben natürlich mit Spannung den Kampf der Gymnasialkolleg\_innen in Niedersachsen gegen die Erhöhung ihrer Pflichtstunden von 23,5 auf 24,5 verfolgt.

## Auswirkungen des Oberverwaltungsgerichtsurteils auf Hamburg

Das OVG Lüneburg hat entschieden, dass die Pflichtstundenerhöhung verfassungswidrig ist. In der Pressemitteilung des Gerichts (das ausformulierte Urteil folgt später) wird deutlich, dass das Gericht nicht festgestellt hat, dass die neue Pflichtstundenzahl zu hoch ist, sondern dass der Dienstherr die Arbeitszeit nicht nach eigenem Ermessen heraufsetzen kann, ohne vorher die Arbeitszeit der Lehrkräfte, die Belastung und ihre Unterrichtsverpflichtung genauer zu prüfen. Diese Prüfung hat nicht stattgefunden. Dies ist vor der Einführung der Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung allerdings passiert. Auch wenn durch den Grundsatz der „Auskömmlichkeit“ (für den Senat) ein Ergebnis dabei herausgekommen ist, das

wir ablehnen. Also, juristisch bietet uns dieses Urteil des OVG Lüneburg für Hamburg nach jetziger Kenntnis keine Handhabe.

Allerdings ist das Urteil insofern von genereller Bedeutung, weil es von der traditionellen juristischen Betrachtungsweise abweicht, wonach dem Ordnungsgeber (Dienstherr) ein nahezu grenzenloser Gestaltungsraum bei der Festlegung der Unterrichtsverpflichtung zusteht. Das OVG bezieht neuere Urteile des Bundesverfassungsgerichts mit ein, die sich auf die Richterbesoldung beziehen und bei der die Selbstaufzeichnung der Arbeitszeiten von Belang waren. D.h., das OVG Lüneburg hält Arbeitszeitermittlungen, die auf Selbstaufzeichnungen der Lehrkräfte beruhen, durchaus als ein geeignetes Instrument. Damit bekommt die Arbeitszeitstudie, die jetzt in Niedersachsen läuft, ein beson-

deres Gewicht und wir werden genau beobachten, welche politischen Auswirkungen damit verbunden sind.

## Ist eine Arbeitszeitstudie für Hamburg nützlich

Ein weiterer Aspekt in unserem Beschluss ist die Prüfung, ob eine ähnliche Studie wie die in Niedersachsen für Hamburg oder auch unter Beteiligung der anderen Landesverbände hilfreich ist. Dies werden wir tun, wenn es aus Niedersachsen erste Ergebnisse gibt.

## So oder so...

... werden wir nur Fortschritte in diesem Bereich erzielen, wenn wir entschlossen sind und alle gewerkschaftlichen Mittel bis hin zum Arbeitskampf in den Blick nehmen.

ANJA BENSINGER-STOLZE  
Vorsitzende GEW Hamburg

## Bitte vormerken



➤ 10. September: Ganztägige Konferenz zu **150 Jahre Berufsschule** in Hamburg im Großen Saal des Curio-Hauses (s. auch Seite 62)

➤ Auch im September: Arbeitstagung zu **Olympia** (Curio-Haus), Termin wird noch bekannt gegeben

➤ 6. Oktober, 17-20 Uhr im Curio-Haus: Jede\_r, der/die sich mit dem Gedanken trägt, als Lehrer\_in ins Ausland zu gehen, kriegt umfassende Information und sicherlich, wenn er/sie es möchte, auch Einzelberatung auf der Veranstaltung der Arbeitsgruppe **Auslandslehrer\_innen** (AGAL) in der GEW (s. S. 60); Anmeldung erbeten unter [info@gew-hamburg.de](mailto:info@gew-hamburg.de)

➤ 10. Oktober auf Kampnagel: **70 Jahre Kriegsende. 20 Jahre Wehrmachtausstellung**; Veranstalter sind die Ev. Akademie der Nordkirche, die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die GEW. Wünschenswert ist der Besuch mit Oberstufenkursen. Näheres auf unserer Homepage oder in der September-Ausgabe der hlz

*Ggf. rechtzeitig Sonderurlaub beantragen*

# Unübersichtliches Feld

Arbeitszeitstudie 2015/2016 an Niedersächsischen Schulen

Die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern wird in Deutschland kontrovers diskutiert. Ein Grund dafür könnte u.a. das Pflichtstundenmodell sein, welches in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, Lehrerinnen und Lehrer seien nur dazu verpflichtet, Unterricht abzuhalten. Die anderen vielfältigen Tätigkeiten des Lehrberufs (Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, pädagogische Kommunikation mit Eltern und anderen Lehrkräften, aufwändige Korrektur- und Dokumentationsarbeiten, Planung und Durchführung von Fahrten und Veranstaltungen (Klassenfahrten und Museumsbesuche) sowie Aufgaben im Rahmen der Selbstorganisation der Schule) bleiben dabei weitgehend intransparent. Oft wird tatsächlich die Präsenzzeit im Unterricht mit der Arbeitszeit gleichgesetzt. Umgekehrt klagten Lehrerinnen und Lehrer laut einer Befragung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2014 über alle Schulformen hinweg über enormen Zeitmangel und individuelle Belastungen. Wie passt dieses Ergebnis zum öffentlichen Bild des Lehrerberufs? Leiden Lehrer/innen unter einer verzerrten Zeitwahrnehmung? Oder ist das Bild der Öffentlichkeit verzerrt?

Zu konzedieren ist sicherlich, dass die Lehrer-Arbeitszeitgestaltung ein recht unübersichtliches Feld darstellt. Es gibt verpflichtende Unterrichts- und Präsenzzeiten („gebundene Arbeitszeit“), aber der größte Teil der Arbeitszeit erfolgt selbstorganisiert – und zwar nicht nur während der Schultage, sondern auch an Wochenenden, an Fei-

ertagen und in den Ferien, ja es ist sogar der größere Teil der Arbeitszeit, der „unsichtbar“ für die Öffentlichkeit erfolgt („ungebundene Arbeitszeit“). Hinzu kommt in den meisten Bundesländern ein wenig transparentes Regelstunden-Modell, über das zum Beispiel auch sogenannte Funktionsarbeiten und damit fast alle anderen Tätigkeiten im Schulalltag abgegolten werden. Im Klartext bedeutet dies, dass 23,5 Regelstunden für eine Vollzeitlehrkraft nicht gleichbedeutend sind mit 23,5 Stunden Unterrichtsverpflichtung (und natürlich schon gar nicht mit 23,5 Stunden tatsächlicher, wöchentlicher Arbeitszeit). Nicht zuletzt gibt es vergleichsweise viele Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse im Schulbereich, was zu einer großen Bandbreite erwartbarer Arbeitszeiten führt (individuelles Stunden-Soll). Damit ist eine letzte Komplexitätsstufe berührt: zu unterscheiden sind 45-Minuten-Einheiten (Schulstunden, Regelstunden) und die 60-Minuten-Einheiten, die im Allgemeinen für Arbeitszeiterfassungen üblich sind.

## Politik und Rechtsprechung

2013 beschloss die neu gewählte Rot-Grüne Landesregierung Niedersachsens eine Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung von 23,5 auf 24,5 Regelstunden zum Schuljahr 2014/15, also zum 1. August 2014, ausschließlich für Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Die Landesregierung argumentierte, dass es sich lediglich um eine „Verschiebung der Arbeitszeit innerhalb einzelner Bereiche von Lehrertätigkeiten“ handele, nicht aber um Mehrarbeit, da ja



„Wissenschaftliche Selbstaufschreibungen gelten bis heute als einzige praktikable Erhebungsmethode“, Dr. Frank Mußmann, Leiter der Studie auf dem GEW-Gewerkschaftstag am 27. Mai 2015

die nicht festgelegten variablen Teile der Arbeitszeit „individuell reduziert“ werden könnten. Die GEW und der Philologenverband sahen darin hingegen eine Arbeitszeiterhöhung, da die vertraglichen Regelstunden bzw. die Unterrichtsverpflichtung am Ende die tatsächliche Arbeitszeit bestimmen.

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat nun am 9. Juni 2015 einer Normenkontrollklage stattgegeben und diese Erhöhung der Regelstundenzahl auf 24,5 für rechtswidrig erklärt. Die Landesregierung habe es versäumt, „im

Rahmen einer auch empirischen Studie die tatsächliche Belastung der niedersächsischen Lehrkräfte an Gymnasien zu ermitteln“ (PM des OVG Lüneburg vom 9.6.15) und daher willkürlich gehandelt.

### **Erhebungs- und Auswertungskonzept**

Eine solche Arbeitszeiterhebung hatte die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Georg-August-Universität Göttingen zusammen mit dem Umfragezentrum Bonn (uzbonn GmbH) der Universität Bonn im Auftrag der GEW Niedersachsen vor in Kraft treten der Erhöhung bereits Anfang 2014 in einer Pilotstudie an einem Hannoveraner Gymnasium durchgeführt (s.u.). Um die Datenbasis repräsentativ zu verbreitern, wird aktuell eine Folgestudie niedersachsenweit an allen Schulformen (GS, HRO, BBS, GY, IGS/KGS, FöS) durchgeführt. An ihr beteiligen sich an über 200 Schulen weit über 3.000 Lehrerinnen und Lehrer, die ein komplettes pädagogisches Jahr lang ihre Arbeitszeiten minutengenau erfassen. Erhebungszeitraum ist 13. April 2015 – 03. April 2016 inkl. aller Arbeits- und Ferienphasen.

Ziel der Untersuchung ist es, die *tatsächlich* geleistete Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer schulformspezifisch zu erfassen, nach *Tätigkeiten* zu systematisieren und mit einer kalkulierten Erwartungsgröße *abzugleichen*. Zudem sollen die Entstehungsbedingungen von Unterricht empirisch durchdrungen und die Zusammensetzung der Lehrer/innenarbeit näher beleuchtet und differenziert werden. Darüber hinaus sollten auf individueller Basis die Voraussetzungen für eine rationale Arbeitsorganisation geschaffen werden. Erste Ergebnisse sind im Sommer 2016 zu erwarten.

### **Erhebungsmethode und Methodenkritik**

Seit über vierzig Jahren wird

geradezu stereotyp bei jeder Lehrer/innen-Arbeitszeitstudie der Vorwurf erhoben, die Studienergebnisse seien aufgrund von interessengeleiteten Selbstaufzeichnungen unrealistisch überhöht. (Mit mangelnder Validität argumentierte auch die niedersächsische Landesregierung in der aktuellen Auseinandersetzung.) Allerdings gelten wissenschaftlich Selbstaufzeichnungen bis heute als einzige praktikable Erhebungsmethode in diesem Kontext. Lacroix, Dorsemagen, Krause und Bäuerle haben sich mit den verschiedensten Erhebungsmethoden auseinander gesetzt (vgl. 2005, S. 17) und kommen zu dem Ergebnis, dass über die Jahrzehnte „keine alternativen Ansätze zur Erforschung der Lehrerarbeitszeit“ entwickelt wurden, vorliegende Studien „mitunter sogar lediglich auf retrospektiven Befragungen“ beruhen und sich „in den meisten Fällen nur auf wenige Wochen“ beschränken. Natürlich ist eine dauerhafte begleitende Beobachtung (für jede/n teilnehmende/n Lehrer/in!) zwar modelltheoretisch vorstellbar, aber nicht realistisch durchführbar. (Man müsste jede Lehrperson einzeln begleiten!) Einwänden und möglichen Verzerrungen kann man forschungspraktisch daher nur durch eine relative Objektivierung auf Grundlage eines ausgewogenen Kategoriensystems, mit zeitnahen Erhebungsformen, mit einem ausgewogenen Datenschutzkonzept und einer intensiven Qualitätssicherung im Prozess begegnen. Die modernen IT-gestützten Erhebungsoptionen schaffen – sinnvoll und vertrauensvoll genutzt – dabei gute Voraussetzungen zum Gelingen.

### **Datenschutz, Qualitätssicherung und zeitnahe Datenerhebung**

Die Göttinger Studie stellt sich diesen Herausforderungen auf vielfältige Weise:

◆ Die Erhebung erfolgt ano-

nym, die schulischen Multiplikator/innen haben keine Einsicht in die eingetragenen Arbeitszeiten und auch die Studienauswerter können eingetragene Zeiten nicht einzelnen Personen zuordnen.

◆ Die Daten liegen auf gesicherten Servern des Umfragezentrums Bonn (technischer Partner), erfasste Arbeitszeiten werden auf Basis anonymisierter Codes an die Auswerter weiter geleitet.

◆ Gleichwohl werden aufwändige statistische und systematische Plausibilitätskontrollen durchgeführt. Damit einzelne Auffälligkeiten nicht zum Ausschluss oder Löschen ganzer Datensätze führen (z.B. bei 22 Stunden am Stück „Arztbesuch“ oder auch „Unterrichtszeit“ am Samstag), wird intensiv recherchiert und ggf. nachgefragt: datenschutzkompatibel ist damit ein zusätzlicher Mitarbeiter beauftragt, der exklusiv (aber ohne Einsicht in die eingetragenen Zeiten) einzelne Codes einzelnen Personen zuordnen kann, um Rückfragen zu einzelnen Einträgen per E-Mail zu stellen. Das Klärungsergebnis wird an die Auswerter rückgemeldet und anonym eingepflegt.

◆ Die Pilotstudie wurde zur Optimierung des Systems systematisch ausgewertet.

◆ Tool und Konzept werden im Prozess kontinuierlich weiterentwickelt.

◆ Von jedem/r Teilnehmer/in wurden individuelle schriftliche Selbstverpflichtungen zum wahrheitsgemäßen, korrekten und zeitnahen Eintragen eingeholt.

◆ Für alle teilnehmenden Schulen (und Aspiranten) wurden einwöchige Eingewöhnungsphasen angeboten.

◆ Für die lokale Kommunikation in den Kollegien sorgen fast 500 Multiplikator/innen, die eingehend online (20%) bzw. in Präsenz (ca. 80%) zu Studienendesign, Tätigkeitskategorien

und Eintragemodalitäten geschult und mit Materialien und Regelkommunikation vertraut gemacht wurden.

◆ Versand regelmäßiger summarischer, schulspezifischer Statusmails zur aktiven Teilnahme an die Multiplikator/innen.

◆ Aufbau und Moderation eines Multiplikatoren-Forums zur kontinuierlichen Qualitätssicherung (Diskussion, Orientierung, Bindung etc.) und zur optionalen Erarbeitung spezifischer Lösungen und Informationen. Anfang Juni 2015 wurden in diesem Forum bereits zu über 200 Themen über 800 Beiträge geschrieben, auf die wiederum über 8.000 Zugriffe erfolgten.

◆ Über die gesamte Feldphase wird für alle Multiplikatoren und Teilnehmenden ein kontinuierlicher 1st-and-2nd-Level-Service angeboten (der auch intensiv genutzt wird).

◆ Eine Reihe struktureller und technischer Maßnahmen tragen zur Minimierung oder Vermeidung bekannter Beobachtungsfehler und Vergessenseffekte bei Selbstbeobachtung bei: die

Tätigkeitsdefinitionen sind klar, einfach (soweit möglich!, s.u. „Kategoriensystem“) und allseitig im Tool, als Datei oder auf Papier verfügbar und vor allem ermöglicht das verwendete Tool ein überaus zeitnahes Eintragen durch Papier/Desktop oder Smartphone/Tablet. (s.u. „Erhebungsinstrument“)

### Kategoriensystem

Eine besondere Herausforderung lag in der Entwicklung eines vollständigen und disjunkten Kategoriensystems, das sowohl den empirischen, technischen und pragmatischen Anforderungen entsprechen musste, aber auch den konzeptionellen und realen Anforderungen des Lehrberufs. Insbesondere da dieses System auch schulformübergreifenden Vergleichen standhalten soll, sind natürlich im Einzelnen Kompromisse geboten. Gleichwohl scheint dieser Entwicklungsschritt mit der Erfahrung von zwei Monaten laufender Praxis gelungen. Die Erfassung stützt sich auf (je nach Schulform) 21 bis 23 sich gegenseitig

ausschließenden Tätigkeitskategorien, die das gesamte Spektrum der Lehrarbeit abdecken (Abbildung 1). Die tatsächliche Arbeitszeit wird individuell und überschneidungsfrei von jeder Lehrperson ihren realen Tätigkeiten zugeordnet, wobei Start- und Endzeit einer jeden Tätigkeit über den Tag verteilt vollständig und minutengenau festgehalten wird. So lässt sich nicht nur erfassen, wie viel Arbeitszeit im Erhebungszeitraum geleistet wurde, sondern auch, welche Tätigkeiten in welcher Verteilung auftraten. Im Anschluss ergeben sich verschiedenste Auswertungsoptionen in aggregierter und anonymisierter Form.

### Erhebungsinstrument

Die Erhebung wird gegenwärtig mit einer speziell auf den Schulkontext angepassten Version des international eingesetzten Open-Source-Programms „TimeTracker“ durchgeführt. 2014 wurden zunächst in einem Pretest die Tauglichkeit der Tätigkeitskategorien und der Umgang mit dem Tool in ei-

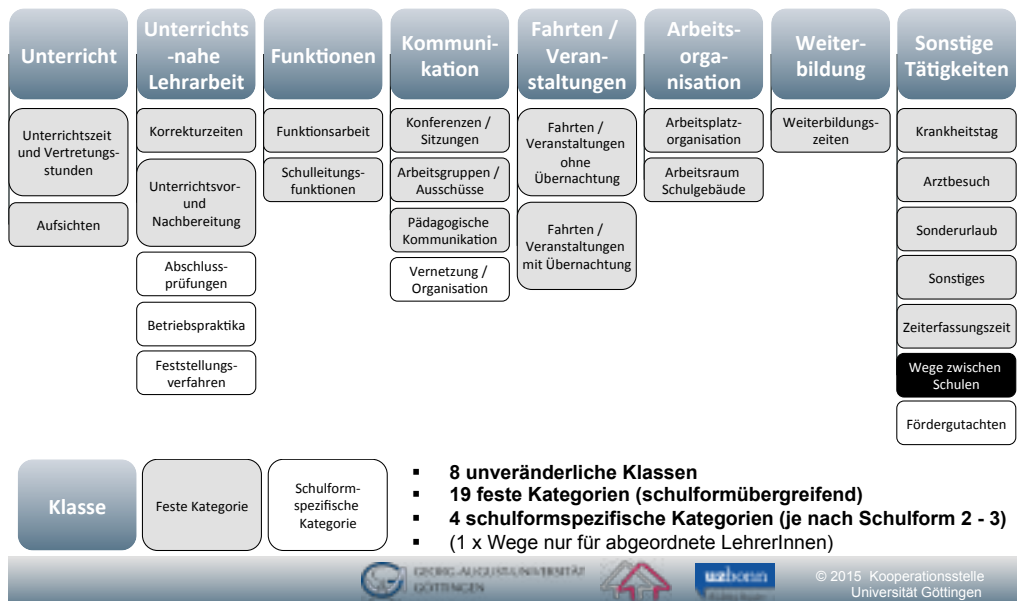


Abbildung 1: Allgemeines Kategoriensystem 8 Klassen und 19 übergreifende Kategorien plus vier schulformspezifische Kategorien

ner kleinen Gruppe getestet, 18 Wochen in einer Pilotstudie eingesetzt und nach der Bewährungsprobe ausgewertet und optimiert. Zeiteinträge werden minutengenau entweder parallel zur Tätigkeit per Smartphone/Tablet eingetragen oder tagsüber auf Papier notiert und dann per Desktop-PC übertragen. Das Tool wird kontinuierlich usergestützt optimiert, so dass inzwischen zahlreiche Eintragungserleichterungen existieren, die den täglichen Erhebungsaufwand reduzieren und motivierend wirken. Eine differenzierte Betrachtung ist hier nicht möglich, Eindrücke vermitteln die Desktopabbildung (Abbildung 2) und die Mobildarstellung (Abbildung 3).

typischen Arbeitsformen, Schulleistungen und „Saisonarbeiten“ ab. Außerdem werden die Ergebnisse aufgrund der (derzeit) hohen Beteiligungsquoten und guten strukturellen Verteilung für die Schulformen Grundschule, Haupt-/Real-/Oberschule, Gymnasium und Gesamtschule repräsentativ sein; für die Berufsbildenden Schulen sowie die Förderschulen dürfen immerhin strukturierte erste Ergebnisse erwartet werden.

All dies gilt für die Pilotstudie, durchgeführt an 18 Wochen im zweiten Schulhalbjahr 2013/14 an der Tellkampfschule in Hannover, natürlich nicht. Bei der Interpretation der Ergebnisse müssen die besonderen Erhebungsumstände und –parameter

erhoben wurde kein komplettes Halbjahr, sondern vom 24. März – 30. Juli 2014, wodurch die Abiturphase und die Besonderheiten des zweiten Schulhalbjahres dominieren

◆ Ferientage und Schulfahrten gingen unterproportional in die Erhebung ein.

Dies vorausgesetzt sollen abschließend einige Ergebnisse der Pilotstudie kursorisch und beispielhaft (und nicht repräsentativ) vorgestellt werden.

Auf individueller Basis (Vollzeitlehreräquivalent) ergab sich für die teilnehmenden Lehrer/innen ein wöchentliches SOLL von 47:06 und ein Wochenarbeitszeit-IST von 49:44 Zeitstunden. Die Differenz offenbart für den Untersuchungszeitraum

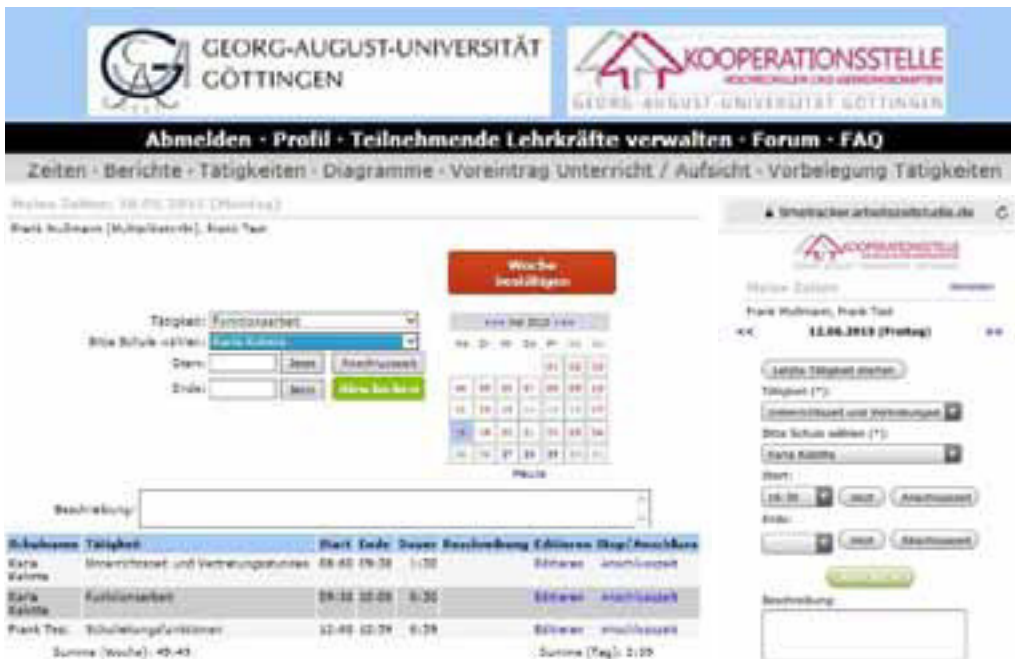


Abbildung 2: Desktopversion des TimeTrackers

Abbildung 3: Mobile Version des TimeTrackers

### Zentrale Ergebnisse der Pilotstudie 2014

Die Ergebnisse der laufenden Studie werden schulformspezifisch stark differieren. Allerdings decken sie ein gesamtes pädagogisches Jahr und damit alle

berücksichtigt werden. Hier die wichtigsten:

- ◆ die Regelstundenzahl für „Vollzeitlehreräquivalente“ betrug noch 23,5 Regelstunden
- ◆ es handelt sich um ein großstädtisches Gymnasium

eine Mehrarbeit von 2:38 Stunden pro Woche. Eine detaillierte Analyse zeigt ein Minus beim Unterricht und jeweils ein Plus bei der Funktionsarbeit (inkl. Schulleitungsfunktion) und den weiteren Tätigkeiten. Beim



## Ergebnisse der Pilotstudie 2014 (GY) Durchschnittswoche mit 21 Tät.-Kategorien

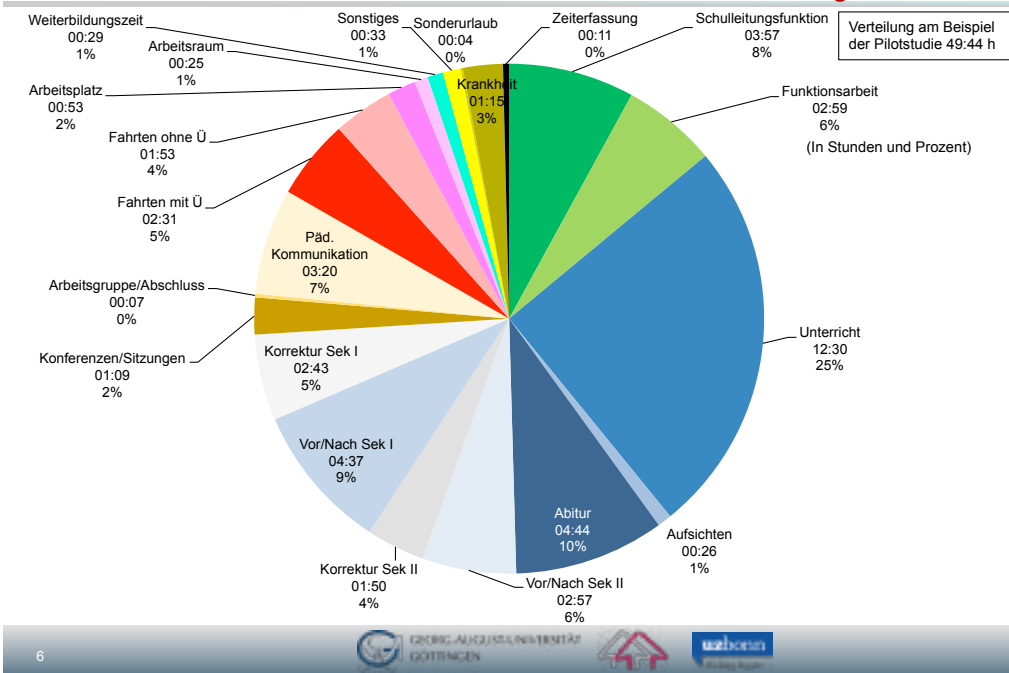


Abbildung 4: Durchschnittswoche mit 21 Tätigkeitskategorien – Verteilung am Beispiel der Pilotstudie  $\Sigma$  49:44 h

Unterricht ist wegen des gegenseitigen Ausschließens der Tätigkeitskategorien anzumerken, dass es zu einer Unterschätzung der Unterrichtstätigkeiten kommt, da Veranstaltungen und Fahrten (mit und ohne Übernachtung), die Unterricht enthalten (z.B. Museumsbesuche, Projekte) bzw. zum formalen Unterrichtsausfall führen, gesondert kodiert werden. Unterricht fällt zudem durch den Wegfall von Unterricht in den Abiturklassen und durch Krankheit aus. Auf diese Weise kommt es zu einer leichten Verschiebung von der Kategorie „Unterricht“ zu den „weiteren Tätigkeiten“. Eine Gegenüberstellung zeigt ferner, dass auch „Funktionsarbeit“ und „weitere Tätigkeiten“ mehr Arbeitszeit in Anspruch nehmen, als die SOLL-Berechnungen nahe legen.

Fasst man die in Abbildung 4 dargestellten Tätigkeitsgrup-

pen zusammen, kann man Arbeitsstrukturen analysieren. Die Selbstorganisation der Schule (Schulleitungsfunktion und Funktionsarbeit, Konferenzen und Arbeitsgruppen) ergibt in der Summe unter Berücksichtigung der Nachkommastellen 08:14 Stunden und stellt somit 16,56 % der wöchentlichen Gesamtarbeit dar (49:44 h). Die Lehrarbeit – also Unterricht, Abitur, Aufsichten, Vor- und Nachbereitungen sowie Korrekturen – ergibt eine Summe von 29:51 Stunden und stellt somit 60,01 % der Gesamtarbeit dar. Weitere Analysen zeigen auf, inwiefern sich die Arbeitszeiten von Lehrer/innen an der Teilkampfschule im Erwartungsspektrum bewegen, welche Arbeits- und ggf. Belastungsschwerpunkte sich ergeben und wie sich die Tätigkeitsverteilung im Detail darstellt.

Individuelle und fachspezi-

fische Arbeitsroutinen bleiben natürlich der individuellen Auswertung durch die Teilnehmenden vorbehalten, die bereits prozessbegleitend erfolgen kann (z.B. mittels Berichtsfunktion und Diagrammen). Im Anschluss an die Erhebung kann die individuelle Analyse dann über den gesamten Erhebungszeitraum erfolgen und z.B. aufzeigen, inwiefern sich die „gefühlten“ und die tatsächlichen Arbeitszeiten unterscheiden.

FRANK MUSSMANN  
MARTIN RIETHMÜLLER  
Leitung der Kooperationsstelle  
Hochschulen und Gewerkschaften der  
Georg-August-Universität Göttingen

*Wir veröffentlichen Artikel  
grundsätzlich ohne Fußnoten.  
Nähere Informationen bei den  
Autoren: kooperationsstelle@  
uni-goettingen.de*

*Die Redaktion*

# Gericht kippt Mehrarbeit

Niedersachsen muss zusätzliche Stellen an Gymnasien finanzieren

„Dieses Urteil ist ein großer Erfolg für die GEW und gleichzeitig ein Arbeitsauftrag für uns», sagte Eberhard Brandt, Vorsitzender der niedersächsischen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat am 9. Juni 2015 den Klagen von neun Lehrkräften, die von der GEW und dem Philologenverband unterstützt wurden, in weiten Teilen stattgegeben: die Erhöhung der Regelstundenzahl für Gymnasiallehrkräfte von 23,5 auf 24,5 war rechtswidrig.

„Jetzt ist die Landesregierung in der Pflicht, die richtigen Konsequenzen aus dem Urteil zu ziehen: Die Gymnasien brauchen zusätzliche Stellen, um die Lücke in der Unterrichtsversorgung zu schließen. Gleichzeitig brauchen wir unverzüglich eine politische Verständigung über die Ermäßigung der Unterrichtsstunden für ältere Kolleginnen und Kollegen», erklärte Eberhard Brandt nach der Urteilsverkündung. Bei dieser Frage ist das OVG der Argumentation nicht gefolgt und hat die Rücknahme der Altersermäßigung nicht beanstandet.

Die Landesregierung und der Landtag müssen der Kultusministerin die Finanzen für die zusätzlich benötigten Lehrkräfte zur Verfügung stellen,

die zum 1.8.2015 eingestellt werden müssen. Zu diesem Datum müssten die Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien umgesetzt und die zu viel geleisteten Stunden ausgeglichen werden. Das Urteil fördere den Rechtsfrieden und weise eine Lösung für die Beendigung der Auseinandersetzung zwischen Lehrkräften und der Landesregierung.

## Unterrichtsverpflichtung an allen Schulformen absenken

Aus der mündlichen Urteilsbegründung ergibt sich nach Auffassung des GEW-Landesvorsitzenden, dass auch die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte an anderen Schulformen abgesenkt werden muss. Die Arbeitszeitstudie der GEW werde wichtige Hinweise geben, die die Landesregierung nach diesem Urteil nicht ignorieren können wird.

## Generelle Bedeutung des Urteils

Das Urteil habe über den zur Entscheidung anstehenden Fall hinaus eine generelle Bedeutung für die rechtliche Betrachtung der Arbeitszeit von Lehrkräften, bemerkt der GEW-Landesvorsitzende. Das Gericht wende sich nämlich von der traditionellen juristischen Betrachtungsweise ab,

wonach dem Land als Verordnungsgeber ein weiter, nahezu grenzenloser Gestaltungsraum bei der Festlegung der Unterrichtsverpflichtung zusteht. Das OVG wendet Kriterien aus neueren

Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts zur Besoldung von Richtern und Hochschullehrern auf die Festlegung der Arbeitszeit von Lehrkräften an, wonach es die Fürsorgepflicht nach Art. 35 Abs. 5 Grundgesetz gebietet, dass beamtenrechtliche Entscheidungen prozedural abgesichert werden müssen. Die Regelungen des Verordnungsgebers dürften nicht willkürlich sein und müssten nach pflichtgemäßem Ermessen erfolgen.

In diesem Zusammenhang verwies das Gericht darauf, dass das Land keine verlässlichen Daten über die Arbeitszeit der Lehrkräfte gewonnen hat, bevor es die Verordnung erließ. Das Gericht erklärte, Arbeitszeitermittlungen von Lehrkräften, die auf Selbstaufzeichnung beruhen, seien ein durchaus geeignetes Instrument. Bei Richtern gäbe es ein vergleichbares Arbeitszeitermittlungssystem. Diese Argumentation des OVG bekräftigt den Sinn der Arbeitszeitstudie der GEW.

Rechtsanwalt Dr. Heiermann betont: „Mit diesem Urteil wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte dem Gutdünken des Regierungshandelns entzogen. Darin liegt die grundsätzliche Bedeutung des Urteils vom 9. Juni auch für andere Gruppen von Lehrkräften.“

Presserklärung der  
GEW-Niedersachsen  
9. Juni 2015

## Immerhin

Wegen unerwarteter Mehrkosten hat Niedersachsens rot-grüne Landesregierung einen Nachtragshaushalt über 201 Millionen beschlossen. Davon erhält das Kultusministerium 83,1 Millionen Euro für mehr Krippenplätze und Lehrer innenstellen. Grund dafür ist das Urteil, nachdem die von Rot-Grün eingeführte einständige Erhöhung der Unterrichtszeit für Gymnasiallehr\_innen verfassungswidrig ist.

# Erhöhung der Pflichtstunden in Niedersachsen verfassungswidrig – Folgen für Hamburg?

Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hat in dieser Woche entschieden, dass etliche der Arbeitszeitänderungen für Gymnasiallehrkräfte in Niedersachsen verfassungswidrig sind. Das Urteil liegt naturgemäß noch nicht ausformuliert vor. Soweit man der Presse entnehmen konnte, ging es in erster Linie um die Erhöhung der Pflichtstunden für Gymnasiallehrkräfte um eine Unterrichtsstunde und die Entlastung von Schulleitungen.



Die folgenden Anmerkungen beruhen auf der Berichterstattung in der Presse. Das Urteil liegt noch nicht vor.

## Gründe des Gerichts

Das Gericht hat nicht festgestellt, dass die neue Pflichtstundenzahl zu hoch ist, sondern dass die niedersächsische Landesregierung die Pflichtstunden erhöht hat ohne die Arbeitszeit der Lehrkräfte, ihre Belastung und ihre Unterrichtsverpflichtung genauer zu prüfen.

Bislang haben die Gerichte immer entschieden, dass der Dienstherr die Pflichtstunden im billigen Ermessen festlegen kann. Nun hat vor einigen Wochen das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass der Dienstherr bei der Festsetzung der Richterbesoldung dies nicht „einfach so“ machen darf, sondern dazu verschiedene Parameter vorher überprüfen muss. Solche Parameter sind: Struktur der übrigen Besoldung, Lebens-

haltungskosten, Einkommen vergleichbarer Beschäftigter außerhalb des öffentlichen Dienstes und einige mehr.

## Prüfung der Arbeitsbedingungen nötig

Diesen Grundsatz hat das OVG Lüneburg auch auf die Arbeitszeit der Lehrkräfte übertragen. Ohne genauere Prüfung der Arbeitsbedingungen, der Belastungen, dem Umfang der Aufgaben insgesamt im Verhältnis zur Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten allgemein darf der Dienstherr die Unterrichtsverpflichtung nicht einseitig festlegen. Wenn er die Parameter geprüft hat, dann darf er die Aufgabe festlegen. Danach könnte ein Gericht überprüfen, ob die Festsetzung korrekt ist. Letzteres ist sehr schwierig, die GEW Niedersachsen hat dazu einen Forschungsauftrag vergeben. Darüber wurde auf unserem Gewerkschaftstag referiert.

## Hamburger Arbeitszeitregelung und das Lüneburger Urteil

Nach dieser Entscheidung kommt der Hamburger Arbeitszeitregelung eine ganz neue Bedeutung zu. Hamburg hat nämlich genau diese Anforderung erfüllt, in dem sie eine Arbeitszeitkommission die Arbeitszeit hat bewerten lassen. Dass uns das Ergebnis nicht befriedigt, ist unumstritten. Nach unserer Auffassung hat die Behörde eine falsche Bewertung vorgenommen.

Für die Praxis bedeutet das, dass sich in Hamburg die Lage nach dem Urteil aus Lüneburg nicht geändert hat. Eine neue Rechtslage ist nicht entstanden, weil Hamburg die Anforderungen des Gerichts zumindest formal erfüllt hat. Die Behörde hat vorher die Arbeitsbedingungen analysiert. Der Gewerkschaftstag hat deshalb auch beschlossen, die Arbeitszeitfrage in Hamburg politisch – argumentativ zu bearbeiten und konkrete Forderungen aufgestellt.

ANDREAS HAMM  
Leiter der Landesrechtsschutzstelle

# Bausteine inklusiver Didaktik

Die Behörde will die Lehrerkollegien antreiben, LSE-Diagnostik gezielt einzusetzen. Unser Autor hingegen beschreibt in seinem Beitrag den sinnvollen Einsatz einer Förderdiagnostik. Kooperation statt Aussonderung. Ein Überblick

Anfang Januar hatte Senator Rabe eingestehen müssen, dass die Zahl der sonderpädagogisch förderbedürftigen SuS mit 6,7% in der Grundschule deutlich höher liegt als die von ihm behaupteten 4% und dass daraus eine entsprechend höhere Zahl von SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Stadtteilschule resultiert. Noch vor den Bürgerschaftswahlen im Februar hatte der Schulsenator dann

*„... mit einem buchhalterischen Denkansatz nicht zu verwirklichen“*

für die nächsten vier Jahre 120 neue Lehrerstellen versprochen, wohl um die Wogen zu glätten. Dabei würden mit Blick auf die Anmeldungen für den künftigen Jahrgang 5 (s. Bürgerschaftsdrucksache 21/225) allein für die 5. Klassen der Stadtteilschulen durchschnittlich 35 zusätzliche Stellen benötigt, die Grundschulen und höheren Stadtteilschuljahrgänge blieben weiterhin unterversorgt. So weit so schlecht bzw. sozialdemokratisch und grün.

## Diagnostik und Didaktik in der Kritik

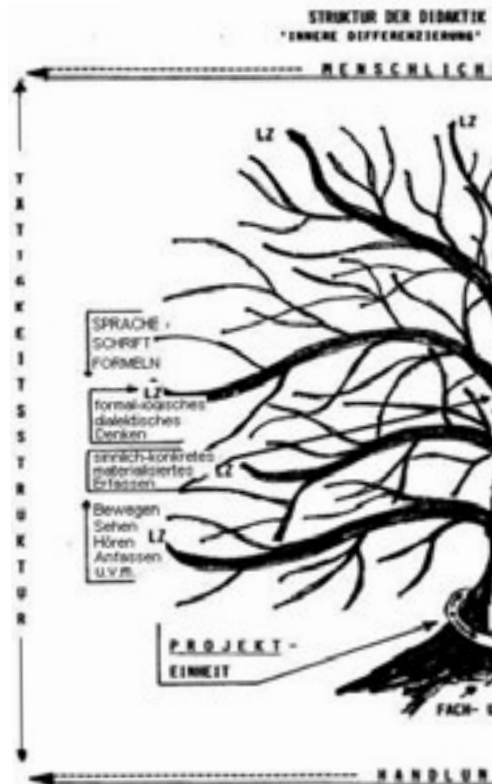
I. Im Juni 2014 hatten die Professoren Rauer und Schuck ihren Abschlussbericht veröffentlicht (Karl Dieter Schuck/Wulf Rauer: Abschlussbericht ... (2014)). Im Herbst vergangenen Jahres stellte sich Schulsenator Rabe auf

der GEW-Veranstaltung „Immer mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf?“ einer Podiumsdiskussion mit den beiden Autoren und der GEW-Vorsitzenden Anja Bensinger-Stolze. Zwei Aspekte dieser Diskussion sollen hier zunächst herausgegriffen werden, um die Richtung zu skizzieren, in die sich die schulische Inklusion unter sozialdemokratischer Federführung bislang 'weiter' entwickelt hat.

Während Rauer und Schuck in ihrem Abschlussbericht und in der Podiumsdiskussion grundsätzlich in Frage gestellt haben („Wozu braucht ihr die Kategorie von LSE-Kindern?“, Schuck), inwieweit die Kategorisierung der (Grund)Schüler\_innen pädagogisch gerechtfertigt und hilfreich ist, verdeutlicht das Schreiben des inzwischen in den Ruhestand verabschiedeten Landesschulrates Rosenboom vom 1. April 2015, dass die BSB die fragwürdige Kategorisierung der SuS durch die LSE-Diagnostik vorantreibt. Die LSE-Diagnostik werde durchgeführt „zum einen für die gute Übergangsbegleitung der Schülerinnen und Schüler sowie die Schulorganisation Klasse 5 und zum anderen zukünftig auch für die

Ressourcenzuweisung an die Stadtteilschulen herangezogen“ („Weiterentwicklung des Verfahrens zur Diagnostik in den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie Soziale und emotionale Entwicklung“).

LSE-Diagnostik zu verwaltungstechnischen Zwecken, 'Sonderpädagogischer Förderbedarf' als „eine vorwiegend verwaltungstechnische Kategorie zur Vergabe von Ressourcen“ (Schuck und Rauer, S. XXI) –



deutlicher kann man nicht formulieren, dass diese Diagnostik nicht für die betreffenden Kinder durchgeführt wird.

Dieser Feststellungs- und Zuschreibungsdiagnostik wäre die maßgeblich von Prof. Schuck mitentwickelte und vertretene Förderdiagnostik für die Kinder entgegenzusetzen. Diese ist aber mit einem auskömmlichen, buchhalterischen Denkanatz nicht zu verwirklichen.

„Erforderlich sind ... geeignete Strategien zur Bestimmung der individuellen pädagogischen Notwendigkeiten und Entscheidungskriterien dafür, welche professionellen, pädagogischen wie sonderpädagogischen Kompetenzen zur Lösung der konkreten Lern- bzw. Entwicklungsprobleme bereitgestellt werden müssen.“ (Abschlussbericht, S. XXI.)

## Didaktik

II. Ein weiterer Aspekt der Diskussion nimmt Bezug auf die Didaktik und ist von den beiden Professoren im Abschlussbericht wohl formuliert, aber meines Erachtens noch nicht hinreichend diskutiert worden: das Konzept einer 'adaptiven Förderung', in dem es im Rahmen einer inklusiven Schule "zu allererst um die Gestaltung eines adaptiven Unterrichts für alle Schülerinnen und Schüler im gesamten Heterogenitätsspektrum" (S. XXI) geht – oder mit den Worten von Prof. Schuck: „Nicht die Diagnostik ist das Problem ... sondern die Didaktik!“

Die vom LI initiierte Fachtagung „Sonderpädagogischer Förderschwerpunkt geistige Entwicklung – Professionswissen für eine inklusive Bildung“ (10.4.-11.4.2015) hat mit der Einladung an Professorin Karin Terfloth (Heidelberg) Akzente gesetzt. Prof. Terfloth hat auf der Grundlage der Didaktik des Förderschwerpunktes geistige Entwicklung „inklusive“ didaktische "Bausteine“ vorgetragen und zusammengesetzt, die selbst zu einer tragenden Mauer inklusiver Bildung für alle werden können. Fundament ihrer Ausführungen sind dabei zum einen die bildungstheoretische bzw. kritisch-konstruktive Didaktik Wolfgang Klafkis und zum anderen die entwicklungslogische Didaktik Georg Feusers.

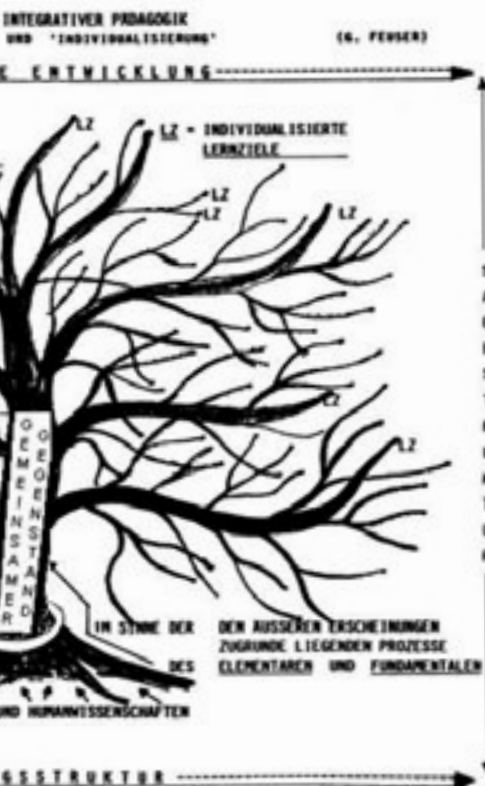
Im Folgenden soll versucht werden, die entwicklungslogische Didaktik zu skizzieren, unter Zuhilfenahme einiger Überlegungen Prof. Terfloths aus ihrem Vortrag bzw. ihrer Veröffentlichung (Ter-

floth / Bauersfeld 2015). In dieser referieren Terfloth und Bauersfeld den Behinderungsbegriff der ‚International Classification of functioning, Disability and Health‘ der WHO, demzufolge Behinderung als biopsychosoziales Phänomen zu begreifen ist, das sich aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Komponenten ergibt, d.h. situationsabhängig, mit Blick auf die gesamte Lebenssituation des Individuums und nicht als persönliches Merkmal.

Während Bauersfeld und Terfloth an dem Begriff ‚Behinderung‘ zumindest als Arbeitsbegriff festhalten, kann nach Jantzen, auf den Feuser sich bezieht (2013), Behinderung als „Ausdruck der Kompetenz“ bezeichnet werden, „unter den je spezifischen Ausgangs- und Randbedingungen, die ein Mensch von seiner Zeugung an hat, ein menschliches Leben zu führen. Damit wird der Begriff Behinderung als eine Menschen beschreibende Kategorie obsolet und was wir als „pathologisch“ klassifizieren verstehbar als entwicklungslogisch unter den für einen Menschen bestehenden Ausgangs- und Randbedingungen seiner Austauschmöglichkeiten.“

Zentral ist und bleibt in diesem Verständnis mit Blick auf die Austauschmöglichkeiten des Einzelnen die Tätigkeit des konkreten Individuums.

Die „Entwicklungslogische Didaktik“ Georg Feusers (1989/2008/2011), fußend ebenfalls auf Klafki's „kritisch-konstruktiver Didaktik“ sowie auf der „Kulturhistorischen Schule“ (Leontjew u.a.), entfaltet eine dreidimensionale Struktur, die neben der Sachstrukturanalyse (nach Klafki u.a.), die Analyse der Tätigkeitsstruktur (der ‚aktuellen Zone der Entwicklung eines Schülers‘ wie seiner ‚Zone der nächsten Entwicklung‘ (Wygotski)) einfordert wie eine Analyse der Handlungsstruktur, des



Prozesses der Interiorisation.

Zentrale Kategorie integrativer Pädagogik und entwicklungslogischer Didaktik ist dabei die Kooperation als Gegenkraft jeglicher Segregation, Be- oder Aussonderung. „Der Mensch erschließt sich die Dinge durch den Menschen und sich den Menschen über die Dinge – in gemeinsamer Kooperation.“ (Feuser, 2011)

Die Struktur der Didaktik integrativer Pädagogik hat Feuser (1989) mithilfe des didaktischen Baumes veranschaulicht (s. unten).

Der Stamm des didaktischen Baumes ist als äußere thematische Struktur eines Unterrichtsprojektes der gemeinsame Gegenstand, die Verästelungen und Verzweigungen sind die Wissenschaftsbereiche (Sachstruktur), die entsprechend der je individuellen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungskompetenz (aktuelle Zone der Entwicklung, vgl. Wygotski) Lernmöglichkeiten auf allen Entwicklungsniveaus (Stufen der ‚dominierenden Tätigkeit‘, s. Leontjew, Piaget und Jantzen) / Tätigkeitsstruktur) bieten, am Astansatz sinnlich-konkret, an der Astspitze in abstrakt-logisch symbolischer Weise durch Sprache, Schrift und Formeln (...), mit dem Ziel, mittels pädagogischer und/oder therapeutischer Hilfen die Zone der nächsten Entwicklung (vgl. Wygotski) zu strukturieren.

Wesentlich ist dabei die individuelle, sinnstiftende und bedeutungstragende tätige Auseinandersetzung des Lernenden mit den sachstrukturellen Aspekten, ist die sinnlich-praktische Tätigkeit in der Aneignung von Welt im Prozess der Ausbildung geistiger Operationen. Die Möglichkeiten innerer Differenzierung und Individualisierung folgen den Verästelungen und Verzweigungen des Baumes je nach Wissenschaftsbereichen und Entwicklungsniveaus bzw. mo-

mentaner Handlungskompetenz.

„Kurz gefasst: Die ‚Kooperation am Gemeinsamen Gegenstand‘ und eine ‚innere Differenzierung durch entwicklungs-niveaubezogen-biografische Individualisierung‘ konstituieren das didaktische Fundamentum einer integrativ potenten Allgemeinen Pädagogik als Basis einer ‚entwicklungslogischen Didaktik‘; sie repräsentiert den dialektischen Zusammenhang der vier sie konstituierenden Momente der Kooperation, des Gemeinsamen Gegenstands, der inneren Differenzierung und der Individualisierung.“ (Feuser 2011)

Sich einen Begriff von entwicklungslogischer Didaktik bzw. inklusiver Didaktik machen bedeutet, inklusive Unterrichtsprojekte zu entwickeln, durchzuführen (zu „begreifen“) und zu reflektieren.

### Beispiel 1

Als „gemeinsamen Gegenstand“ integrativer Pädagogik formuliert Feuser exemplarisch den zentralen Prozess, der, an einem Beispiel veranschaulicht, den Hintergrund des Unterrichtsprojektes ‚Ernährung‘ bildet, die Aneignung der Gesetze der Thermodynamik:

„Die im Vorgang des Kochens durch die einwirkende Wärme entstehenden Veränderungen sind der gemeinsame Gegenstand des Unterrichts. Aber die Repräsentation und das Ziel des Unterrichts liegen für den einen Schüler auf der Ebene der sinnlich-konkreten Erfahrung dieses Vorganges durch Wärmeabstrahlung, Isolierung, Düfte, Geräusche u.v.m., für den anderen auf der Ebene der mathematischen Bewältigung der physikalischen und chemischen Vorgänge oder der dazu bestehenden Theoriebildung.“ (Feuser, 1989)

### Beispiel 2

In ihrem Vortrag (s.o.) hat Prof. Terfloth als Beispiel das Unterrichtsprojekt „Die Römer“ angeführt. Die Analyse der Sachstruktur ‚Römische Gesellschaft‘ lässt die Aneignung eines Verständnisses von ‚Hierarchie‘ als elementar erscheinen. Hierarchie kann verdeutlicht werden in der Auseinandersetzung mit ‚Brot & Spielen‘ im Kolosseum (s. Sitzordnung), der Stellung und Macht von Kaiser Augustus (Entscheidung über Leben und Tod), der Grenzsicherung durch den Limes (Ausgrenzung und Integration), dem Gründungsmythos wie der familiären Hierarchie – und Hierarchie wird erfahren und gelebt in der eigenen Familie, in Schule, Sportverein und Gesellschaft. Damit kann Hierarchie auf unterschiedlichen Niveaustufen dominierender Tätigkeit angeeignet werden und kann über den Lebensweltbezug handelnd begriffen, veranschaulicht und versprachlicht werden.

Hierarchie kann, z.B. in einem Rollenspiel, gestisch durch den kaiserlichen Daumen dokumentiert werden, Hierarchie kann veranschaulicht oder sprachlich beschrieben werden, Hierarchie kann aber auch, z.B. auf die Gegenwart bezogen, problematisiert werden. In diesem Projekt machen alle das Gleiche, aber nicht jeder dasselbe: Innerhalb der gemeinsamen thematischen Rahmung des Projektes ‚Römische Gesellschaft‘ bedeutet Kooperation dann, dass das Tun des einen Schülers/Schülerin das Tun des anderen Schülers/Schülerin beeinflusst (vgl. Feuser).

Somit erscheint Inklusion als das Einfache, das schwer zu verwirklichen ist: Integration ist der Weg und Inklusion bleibt das Ziel. Aber beginnen können wir im Sinne von Rauer&Schuck mit der Erarbeitung von Konzepten adaptiver Förderung.

STEPHAN STÖCKER  
Goethe-Schule-Harburg

# Schulerfolg für ALLE?

Ende Mai führte das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) mit Unterstützung der Schulbehörde die Tagung „Schulerfolg für alle – 10 Jahre Hamburger Sprachförderkonzept“ durch. Die GEW unterstützt die erfolgreiche schulische und schulergänzende Arbeit nach dem Hamburger Sprachförderkonzept. Sie setzt sich dafür ein, dass tatsächlich sämtliche Schüler\_innen, wirklich alle davon profitieren können. Die GEW informierte die TagungsteilnehmerInnen mit einer Aktion direkt vor Ort

Seit 2012 werden die Schüler\_innen aus Sonderschulen im Gegensatz zu allen anderen Schüler\_innen Hamburgs von zusätzlicher Sprachförderung ausgeschlossen.

Der damalige SPD-Senat beschloss ausgerechnet mit der Drucksache „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“ die Stellen für additive Sprachförderung an Sonderschulen vollständig zu streichen. So heißt es in der genannten Drucksache: „Zur Gegenfinanzierung der inklusiven Fördermaßnahmen werden auch die bisher den Sonderschulen ... zugewiesenen Sonderbedarfe für Sprachförderung herangezogen“. Senator Rabe drückte es in einem Brief an die Elternvertreter\_innen der Sonderschulen deutlich aus: „Die Verwirklichung eines inklusiven Bildungssystems beinhaltet die Aufgabe, die vorhandenen Ressourcen insgesamt gerechter zu verteilen. ... Dazu gehört auch, dass Sonderschulen zukünftig keine zusätzlichen Lehrkräfte für die additive Sprachförderung mehr zugewiesen werden“. Somit erscheint die Maßnahme des Senats nicht als Verletzung des grundgesetzlich geforderten Gleichheitsgebotes, sondern als scheinbar ausgleichende »Gerechtigkeit«.

Die Schulbehörde erwartet, dass die Lehrkräfte an den Sonderschulen auch ohne Ressourcen das Hamburger Sprachförderkonzept als so genannte

»Querschnittsaufgabe« umsetzen. In der Senatsantwort zu einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten Karin Prien (Drucksache 20/14467) vom 30.1.2015 heißt es: „Seit dem Schuljahr 2012/13

ist die Sprachförderung in den speziellen Sonderschulen sowie den Bildungsabteilungen der ReBBZ als Querschnittsaufgabe in alle Lernbereiche integriert“. Die Schulbehörde sollte sich



Fotos: Britta Blanck

Die ehemalige Bildungssenatorin Christa Goetsch (GRÜNE), Marita Müller-Krätzschmar (LI) und Stefan Romey (GEW) im Gespräch über die fehlende Sprachförderung für Sonderschüler\_innen

## Es geht um uns

Mario (Name geändert) ist Roma. Er wandert als 11-jähriger mit seiner Familie Mitte 2013 von Rumänien nach Deutschland ein. Zuvor lebten sie in bitterer Armut. Sie wurden diskriminiert und ausgegrenzt. Sie waren Anschlägen ausgesetzt. (s. zum Hintergrund auch den Bericht von Amnesty international „We ask for justice“).

Die Familie kommt nach Hamburg. Hier leben sie (Großeltern, Eltern, zwei Kinder) in einer 2-Zimmer-Wohnung. Die Mutter arbeitet ohne Anmeldung in einem Hotel. Sie ist sehr krank. Der Vater ist meistens in Berlin, wo er Arbeit gefunden hat. Bücher oder Spielsachen gibt es in Marios neuem Zuhause nicht. Staatliche Leistungen erhält die Familie nicht. Mit dieser Situation hat sich die Familie arrangiert, da es in Rumänien „viel schlimmer“ war.

Mario besucht zunächst ein knappes Jahr eine ABC-Klasse (Basisklasse) an einer Stadtteilschule. Er kann noch nicht lesen und schreiben. Er lernt sehr schwer Basiswörter in der deutschen Sprache und hat erhebliche Mühe beim Schreiben von Druckbuchstaben. Er braucht intensive individuelle Zuwendung, ansonsten ist er schnell ablenkbar oder verhält sich stark passiv. In der Familie wird Romanes, Rumänisch und Bulgarisch-Türkisch gesprochen. Mario bringt alle Sprachen durcheinander, das gilt auch für die neu zu erlernende deutsche Sprache. Besondere Probleme zeigen sich bei der Wortfindung, im Satzbau und in der Grammatik. Es gibt keine vollständig abgeschlossene Erstsprachentwicklung. Bei Arbeitsanweisungen in der Zielsprache Deutsch ist er oft hilflos. Es kommt besonders bei kausalen Zusammenhängen und beim Beschreiben komplexerer Handlungen zu Fehlern und Ungenauigkeiten, die wiederum zu Verunsicherungen in seinem sozialen Verhalten führen. Er fällt in seinem Lernverhalten gegenüber den anderen Schülern der ABC-Klasse deutlich auf. Nach einem Test seiner intellektuellen Leistungsfähigkeit wird er im Juni 2014 – nach Beratung der Eltern – der Schule des ReBBZ (Regionales Bildungs- und Beratungszentrum) vorgestellt. Bei der sonderpädagogischen Überprüfung fallen neben der intellektuellen Einschränkung deutliche Probleme in der sensorischen Integration auf. Es wird eine umfassende Sprachförderung empfohlen.

Zum neuen Schuljahr wechselt Mario in die Schule des ReBBZ. In seiner Klasse sind mehr Schüler\_innen (15) als zuvor in der ABC-Klasse. Alle haben sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotional-soziale Entwicklung (LSE). Die Klassenlehrkraft spricht Türkisch und Deutsch, was ihm das Lernen erleichtert.

Es gibt im ReBBZ keine additive Ressource zur Sprachförderung. Mario braucht dringend Hilfe in Form von Einzelförderung, um seine sprachlichen Verunsicherungen und Defizite aufzuarbeiten, damit er schulische und kulturelle Dinge besser versteht und ihm die Teilhabe am Schul- und Klassenleben ermöglicht wird.

Der Schule des ReBBZ wird von der Schulbehörde keine zusätzliche Ressource Sprachförderung zur Verfügung gestellt.

Die Schule nutzt Honorarmittel des Ganztages, um im bescheidenen Umfang zusätzliche Förderung bereitzustellen.

mit dem Begriff »Querschnittsaufgabe« beim Wettbewerb um das „Unwort des Jahres“ teilnehmen, heißt es doch bei der „Sprachkritischen Aktion“, die diese »Auszeichnung« vergibt, sprachliche Ausdrücke werden dadurch zu Unwörtern, dass sie von Sprecher\_innen entweder gedankenlos oder mit kritikwürdigen Intentionen verwendet werden und dies im öffentlichen Kontext. Die Benennung zum „Unwort des Jahres“ wird von der „Sprachkritischen Aktion“ als „Ausdruck der Hoffnung auf mehr Verantwortung im sprach-

lichen Handeln“ verstanden. Diese Hoffnung muss man wohl aufgeben, wenn man die Antwort des Senats weiter liest. Dort heißt es: die Querschnittsaufgabe habe sich im Unterricht „bewährt“, ja diese Stellenstreichung komme „im Unterricht allen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gleichermaßen zugute“, was in die Realität übersetzt heißt: alle bekommen nichts! Und weiter geht es mit der verdeckten Lüge: „Sie ist im Förderkonzept der jeweiligen Sonderschule/ des jeweiligen ReBBZ verankert.“

Auf Nachfrage der GEW bei den betroffenen Sonderschulen stellt sich heraus: weder hat sich die Sparmaßnahme „bewährt“ noch gibt es ein Förderkonzept an Sonderschulen, das die Streichung der additiven Sprachförderung gutheißt. Schönreden oder Verschweigen verringert nicht den Skandal.

Das LI geht in seiner Ankündigung der o.g. Tagung nicht auf den Ausschluss behinderter Kinder und Jugendlicher aus der additiven Sprachförderung des Hamburger Modells ein. Es wird nicht erwähnt, dass - politisch



gewollt – die Bildungschancen dieser Schülerschaft deutlich gegenüber nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen verringert werden. Es wird auch nicht erläutert, dass die in einer Basisklasse oder einer IVK begonnenen Maßnahmen für behinderte Kinder und Jugendliche in Sonderschulen nicht wie in den allgemeinen Schulen fortgeführt werden können (s. Beispiel).

Die Tagung wendet sich – im Gegensatz zum gewählten Titel – nicht an alle Schüler\_innen. Sie berichtet auch nicht von der Arbeit mit allen Hamburger Schüler\_innen in allen Hamburger Schulen. Auffallend ist bspw., dass es keine Referenten aus Sonderschulen auf der Tagung gab. Alle anderen Schularten waren vertreten. Auch widmete sich kein Vortrag oder Workshop der Arbeit in den Hamburger Sonderschulen, die Sprachförderung ohne Ressource betreiben sollen.

Beteiligt sich das LI an der geschilderten Senatspolitik? Im Vorwort des Flyers der LI-Tagung scheint es so, als ob die Veranstalter die Sparmaßnahmen des Senats ausdrücklich bejahen. Sie weisen auf so genannte »Synergieeffekte« hin und unterstützen – gewollt oder ungewollt



**Stefan Romey (GEW) und Prof. Dr. Josef Keuffer (Direktor des LI) sind sich einig: alle, auch Sonderschüler\_innen, brauchen Sprachförderung**

– mit folgender Formulierung behinderten Schüler\_innen, sie könnten durch zu viel Förderung überlastet werden: *„Bei der Umsetzung der inklusiven Bildung wurden die konzeptionellen Vorgaben in einem integrierten Förderkonzept miteinander abgeglichen, um Synergieeffekte zu erzielen und einzelne Schülerinnen und Schüler nicht durch Förderung zu überlasten“.*

Waren Sonderschüler\_innen vor der Stellenstreichung bei der additiven Sprachförderung „überlastet“? Diese gewählte Formulierung wirkt nicht nur irreführend, sondern wird von den Lehrer\_innen, die jahrelang Sprachförderung an Sonderschulen angeboten haben, als zynisch empfunden.

Die GEW wandte sich - wie auch die Schulleitungen aller Sonderschulen – angesichts dieser unklaren Ausrichtung der Tagung an die BSB, an den Direktor des LI, Prof. Dr. Josef Keuffer und an die Leiterin des Bereichs „Deutsch als Zweitsprache/ Sprachbildung“ am LI, Marita Müller-Krätzschmar.

Die Vertreter\_in des LI versicherten, dass das integrative und additive Hamburger Sprachförderkonzept mit der gleichen Ausrichtung und Ausstattung für alle Kinder und Jugendliche gelten muss, auch für diejenigen in den Sonderschulen!

Eine Aussage, die von der Schulbehörde bisher fehlt.

STEFAN ROMEY  
ReBBZ Mitte  
Schule Probenweg



**GEW setzt Zeichen zum Auftakt der Tagung im LI-Hörsaal**

# Funktionsorientiert

Dieser Beitrag erreichte uns schon nachdem die Kontroverse zum ersten Mal hlz-öffentlich gemacht worden war. Da der Autor sich darin inhaltlich positioniert, ist es besonders bedauerlich, dass wir ihn erst jetzt abdrucken. Der Grund: Er ist in der Flut von Mails untergegangen. *Die Redaktion*

Zunächst vielen Dank für den ausgezeichneten und informativen Artikel von H. Nimz als Vertreter der BG der H 13, der mich motivierte, ebenfalls "tätig" zu werden.

Daraus zwei für mich wichtige Argumente / Gründe für die Beibehaltung eines "wertneutralen" (gibt's das???) oder besser lehrinhalts-/funktionsorientierten Namens für die H3/H12:

1. Über 90 % der Kolleg\_innen beider Schulen haben sich nach einer ausführlichen Diskussion für "Berufliche Schule für Wirtschaft Hamburg-Eimsbüttel" entschieden. Es ist respektlos und anmaßend, diese Entscheidung "von außen" infrage zu stellen und nachträglich korrigieren zu wollen.
2. Mit dieser Namensgebung wird ein Identitätsbruch zur eigentlichen "Haupt"schule (H3, Schlankreye) vermieden.

Im Übrigen ist es bei Berufs-/Fachschulen naheliegend und für Außenstehende notwendigerweise informativ, dass sich ihre Ausbildungsinhalte, wenn auch plakativ / verkürzt, im Namen widerspiegeln.

Außerdem wird sicherlich kein Kollegium daran gehindert, bei Bedarf den speziellen historischen Hintergrund seiner Schule durch gut platzierte Informationstafeln oder Ähnliches zu vermitteln.

## Kritisches zu "Vom Abbruch zum Aufbruch".

1. Interessanterweise stellt Herr Gierlich fest, dass "die Berufsschulen" bei der "wertvermittelnden" Namensgebung "ausscheren" und verbindet diese mangelnde Sensibilität mit an diesen Lernorten angebotenen, lehrplanrelevanten schulischen Inhalten, die, wenn ich das richtig verstanden habe, folgerichtig zu einer "nüchternen" Durchnummerierung (H1-H20 usw.) ihrer Namen führte. Dass diese Schulen bereits seit langem und traditionell neben diesen Nummern auch noch ihre identitätsstiftenden "Klamnamen" haben (z. B. Berufliche Medienschule HH-Wandsbek- H8), wird dabei tunlichst verschwiegen. Das nenne ich Manipulation der größeren Art.
2. Die für einen Namenswechsel engagierte Kollegin mag ja eine "aktive" GEW-Kollegin sein, damit aber von vorne herein ein stets (auf diesen Einzelfall bezogen) demokratisches Verhalten zu unterstellen, ist bei aller gewerkschaftlicher Loyalität realitätsfern und in diesem Fall (90%-Entscheidung) nicht angemessen.
3. Die mangelnde Motivation zur Recherche (Gierlich) damit zu begründen, dass die Betriebsgruppe der H3 im bisherigen Diskussionsprozess nicht erkennbar war, ist schon abst-

rus. Wo und mit welchen Teilnehmer\_innen fand welcher "Diskussionsprozess" statt? Welche Teilnehmer\_innen wurden dazu ein- bzw. nicht eingeladen? Für die Kolleg\_innen der H3/H12 galt "ihr" Diskussionsprozess offenbar nach einer über 90%igen!!! Entscheidung zurecht und nachvollziehbar als beendet.

Mir geht die hier teilweise gezeigte Betroffenheitskultur "gehörig auf den Keks", wenn beispielsweise der Verfasser von "Schulname 2," ohne Kenntnis der Argumentation, die Entscheidung der H3/H12 "entsetzlich" findet. Geht's in diesem Fall nicht eine Nummer kleiner???

Es wäre mir lieber, wenn sich die HLZ mal mit der opportunistischen These von Frau Merkel auseinander setzt, die den Islam mit seinem weltweit



praktizierten Wertekanon (Scharia, Stellung der Frauen in der Gesellschaft, autoritäre Gesellschaftsmodelle) als zu Deutsch-

land gehörig betrachtet.

Dem möchte ich gerne gegenüber stellen: „Auschwitz (und natürlich auch die hier lebenden

Muslime) gehört zu Deutschland“.

ROLFF FRANKE  
Pensionär-H16

SCHULNAME 2 \_\_\_\_\_

# Nicht nachvollziehbar

Die überwältigende Mehrheit für den gewählten Schulnamen erübrigt jede weitere Debatte – meint Kollege Franke

Ich habe den Artikel „Grüne Karte“ (hlz 5-6, S. 35) zur Kenntnis nehmen müssen und frage mich, was treibt den Verfasser zum Thema Schulfusion und Namensfindung in so unseriöser, manipulativer und jede journalistische Sorgfalt vermissende Weise „nachzulegen“?

Peinlich!

Das Thema ist eigentlich viel zu wichtig / interessant, als dass es immer noch argumentativ so eng mit einer autonomen, selbstbestimmten, fast einstimmigen Namensfindung / Entscheidung zweier fusionierende Berufsschulen verbunden wird. Schade!

Nun zum Artikel

1. Gleich zu Beginn wird die Frage aufgeworfen, „wieviel Diskussion nach einer Mehrheitsentscheidung noch demokratisch zulässig sei“? Im gesamten Artikel ist immer nur von „Mehrheitsentscheidung“ die Rede. Die eingangs gestellte Frage mag ja ihre Berechtigung haben, wenn sich ein Abstimmungsergebnis von 55:45 oder in ähnlichen Relationen ergeben hätte. Hier wurde aber mit über 90 % gegen die Auffassung des Autors gestimmt. Wenn solche Details unerwähnt bleiben, ist das nicht seriös.
2. Damit ist das Thema aber noch nicht erledigt, denn der Verfasser verweist noch einmal

darauf, dass die Entscheidung erst "vorläufig" sei, die Fusion "erst Mitte 2015" (wir haben bereits Mai 2015) vollzogen würde, ".....und der dann neu zu bildende Schulvorstand, die gültige Entscheidung trifft". (Möglicherweise läßt sich das Ergebnis zur Namensfindung doch noch ändern?) Das nenne ich ironischerweise "gelebte Basisdemokratie"!!!

3. Mitte der dritten Spalte wird das (demokratische ??) Zustandekommen der dem Verfasser nicht genehmen Entscheidung dann selbst auch noch einmal in Frage gestellt, denn, ich zitiere: "In diesem Fall gibt es einige – offensichtlich eine deutliche Minderheit – an den betroffenen Schulen –, die den Austausch von Argumenten ..... (als verkürzt empfanden)". Und einem engagierten Demokraten fällt dann natürlich "....das schlichte Entscheidungs-Akzeptieren schwer".

So etwas von jemanden zu lesen, der selbst an der besagten Konferenz der Kollegen / Kolleginnen der H3 / H12 nicht teilgenommen hat und der einen Prozentanteil am Entscheidungsergebnis von unter 10 % als "deutliche Minderheit" charakterisiert, macht sich völlig ungläubwürdig und stellt sich selbst ins Abseits.

ROLFF FRANKE  
Pensionär-H16

Auch wenn es kein Schulname geworden ist: Die Jury der "LERNSTATT DEMOKRATISCH HANDELN" in Jena hat der Klasse 12/2 der Beruflichen Oberschule eine besondere Anerkennung für ihr Projekt: „Else Rauch – Wenn wir keine Erinnerung schaffen, werden die Taten vergessen“ ausgesprochen. Svenja Gaußing und Rachel Ruda freuen sich nach der Verleihung des Bertini-Preises nun auch über diese Urkunde mit der Originalunterschrift der 95jährigen Hildegard Hamm Brücher.



# Stolpern erwünscht

Die Meinungen darüber, was ein guter Name für das Neugeborene ist, mag schon bei den Eltern zu unerwartetem Streit führen. Um wieviel komplizierter ist es, wenn eine Institution wie die Schule, die aus so vielen Einzelnen sich zusammensetzt – und das nicht nur frei gewählt – über einen Namen nachdenkt. Wieviel Aufregung, Enttäuschung und auch Verletzung hier entstehen können, zeigt die Debatte in der h/z (seit Dezember 2014).

Unser Anliegen als h/z-Redaktion war und ist, die Lebendigkeit der Debatte um einen würdigen Namen wiederzugeben. So wollen wir mit anregen, die Möglichkeiten für die Innen- und Außenwirkung einer Schule, die in einem Prozess der Namensgebung steckt, auszuloten.

Wir haben verschiedene Institutionen gebeten darzustellen, was sie zu einer Suche nach einem würdigen Namen beitragen können. Im Folgenden die Antworten, die uns bisher erreichten

## Fundgrube

Für die Landeszentrale für politische Bildung habe ich gemeinsam mit Frau Beate Meyer vom Institut für die Geschichte der deutschen Juden die Projektleitung für die Erarbeitung der Biographien von Opfern, für die Stolpersteine verlegt wurden und werden. Daraus sind bisher rund 15 Bände/Publicationen zu den einzelnen Hamburger Stadtteilen erschienen. In den Publikationen können die Biografien derjenigen Menschen nachgelesen werden, für die Stolpersteine verlegt werden. Gleichzeitig haben wir dazu eine Datenbank herausgegeben: [www.stolpersteine-hamburg.de](http://www.stolpersteine-hamburg.de). Hier finden Sie diese Biografien auch und noch weitere dazu. Gesucht werden kann nach Namen, aber auch nach Stadtteilen und Straßennamen. Dies wäre doch eine Möglichkeit für all diejenigen, die geeignete Namen für Schulen suchen.

Außerdem habe ich eine Datenbank erstellt für bedeutende Hamburger Frauen. Auch hier kann nach Namen sowie nach Stadtteilen und Straßen gesucht werden, auch eine Möglichkeit für eine Namensfindung für

Schulen und andere Gebäude sowie Straßennamen. [www.hamburg.dde/frauenbiografien](http://www.hamburg.dde/frauenbiografien)

Mit freundlichen Grüßen  
DR. RITA BAKE

Landeszentrale für politische Bildung,  
Abteilung "Allgemeine Weiterbildung"  
– stellvertr. Leitung –  
Referatsleitung: politische Bildung

## Courage

Ich möchte die Hamburger Lehrerin Yvonne Mewes als eine mutige Frau, die ihre aufrechte Haltung und Zivilcourage mit dem Leben bezahlen musste, in die Diskussion einbringen.

Sie war Lehrerin an der Heilwig-Schule (Isestraße). Yvonne Mewes galt als wahrheitsliebende und couragierte Person und sprach ihre Kritik am Hitler-Regime offen aus. 1943 weigerte sie sich, die Schule in der Kinderlandverschickung in Wittstock zu betreuen und verließ das Lager. Yvonne Mewes wollte den Schuldienst verlassen, was ihr nicht gewährt wurde. Im September 1944 wurde sie auf Betreiben des Schulleiters Lühthje, des Justitiars der Schulbehörde, Hasso von Wedel und des Behördenleiters Ernst Schrewe wegen ihrer Dienstverweigerung an



**Yvonne Mewes hatte den Mut, der Nazi-Pädagogik den Dienst zu verweigern**

die GESTAPO ausgeliefert und inhaftiert. Im Januar 1945 starb Yvonne Mewes im KZ Ravensbrück.

Im „Schulprozess“ (Die Welt, 29.8.1950) wurden die wegen ihres Todes angeklagten Behördenvertreter frei gesprochen.

(Siehe: Ursel Hochmuth und Hans-Peter de Lorent: Schule unterm Hakenkreuz. Hamburg 1985. S. 259 – 264.; Hamburger Abendblatt Nr. 165 vom 18./19. Juli 1998, S. 3.)

UTA PERCY  
Öffentlichkeitsarbeit  
Hamburger Schulmuseum

# Behörde bezahlt ...

Ruhe- und Energieräume in der Gewerbeschule 1 eingerichtet

Seit Januar 2015 gibt es in der G1 ( Gewerbeschule für Stahl- und Maschinenbau) in Hamburg zwei neu eingerichtete Ruhe- und Energieräume. Ein Raum ist in dem Schulgebäude in der Angerstraße 7 , der andere im zweiten Schulgebäude Angerstr.11.

In den Räumen können die Lehrkräfte und auch die anderen Beschäftigten der Schule Ruhe und Stille finden und dadurch wieder Energie für die tägliche Arbeit gewinnen. So ist auch der Name entstanden. Gerne werden die Räume in den Pausen oder Freistunden genutzt.

Eingerichtet sind die 25 qm großen Räume mit bequemen kippbaren Liegen, einem Massage-Stuhl, einer Musik-Anlage, einem kleinen Tisch und Gymnastik-Matten. Durch eine stim-

mungsvolle Tapete und Pflanzen entsteht eine angenehme Atmosphäre. Gerade im lauten und stressigen Schulalltag ist so ein Raum ein guter Gegenpol zur Erholung und Entspannung.

Der ständige Geräuschpegel ist eine enorme Belastung. Durch die regelmäßigen Pausen können die Nutzer\_innen Krankheiten und Symptomen wie Tinnitus, Erschöpfung, Burn- Out, Bluthochdruck, Herz- Kreislaufprobleme und Rückenschmerzen rechtzeitig vorbeugen. Für die einen ist Ruhe und Stille die richtige Methode, die anderen nutzen die Musikanlage mit Kopfhörern für Entspannung mit Musik oder zur Anleitung zur progressiven Muskelentspannung. Auch gymnastische Übungen helfen zum Stressabbau und zur körperli-

chen Stärkung.

Der Gesetzgeber hat das Arbeitsstättengesetz erweitert und den Arbeitgeber verpflichtet, nicht nur auf die körperliche Gesundheit seiner Mitarbeiter\_innen zu achten, sondern auch auf die psychische Gesundheit. Die Einrichtung der Ruhe- und Energieräume wurde von der Schulbehörde, dem Personalrat und der Schulleitung unterstützt.

Wir würden uns freuen, mit unserem Beitrag andere Schulen und auch Behörden zur Nachahmung gewinnen zu können. Gerne können die Räume auch bei uns besichtigt werden.

PETER PINTATIS und  
ESTEBAN GATICA-VARAS  
Staatliche Gewerbeschule Stahl-  
und Maschinenbau



Laues Lüftchen und Meeresrauschen in der Angerstraße

Foto: Peter Pintatis

# Die eigenen Interessen durchsetzen

„Es gibt zwei Möglichkeiten, Macht zu haben und ausüben zu können: entweder man hat eine Menge Geld zur Verfügung oder man organisiert viele Menschen für sein Anliegen.“ (Stewart Acuff)

## Allein machen sie dich ein...

Auch wenn es angesichts der Anforderungen und Belastungen kaum möglich scheint, konkrete Verbesserungen des Arbeitsalltags zu erreichen: Die GEW ist sich sicher, dass wir ihn – gemeinsames entschlossenes Handeln vorausgesetzt – verändern können. Die Beschäftigten sind in der Regel getrieben von einer Tagesordnung, die sie nicht selbst bestimmen. Aus diesem „Hamsterrad“ auszustiegen und eigene, berufs- und mitgliederbezogene Themen auf die Agenda zu bringen, ist der Beginn von Veränderung. Oft ist es die direkte Ansprache, die

zum Umdenken führt und die richtige Hilfestellung: nämlich Hilfe zur Selbsthilfe. Mit den Kolleg\_innen reden, zuhören, ihr Anliegen herausbekommen, sie organisieren, sie selbst entscheiden lassen, welche Probleme sie wie angehen werden und sie befähigen, diese Schritte selbst zu gehen. Denn auch das beste Flugblatt und die gut formulierte Resolution werden nichts an der Situation ändern, wenn nicht die Beschäftigten vor Ort zu dem Problem Stellung beziehen und die Kolleg\_innen im Haus mobilisieren, also Aktionen machen.

Organisierung ist kein Zufall. Organisierung entsteht immer

dort, wo einige Kolleg\_innen beschließen, dass sie etwas an ihren Arbeitsbedingungen ändern wollen und einen Plan schmieden. Organisation beginnt im direkten Gespräch, sei es zu zweit, im Lehrerzimmer oder in der GEW-Betriebsgruppensitzung. Dabei können sich die Kolleg\_innen gegenseitig stärken und Einflussnahme an der Schule organisieren. Gemeinsame Ziele können besprochen und gemeinsames kollegiales Handeln entwickelt werden.



Gemeinsames Handeln kann beispielsweise bedeuten, mit der Betriebsgruppe die Lehrerkonferenz zu nutzen – hier können Anträge gestellt und Entscheidungen getroffen werden. Denn der Erfolg gewerkschaftlicher Aktionen hängt maßgeblich davon ab, ob es uns gelingt, viele Kolleg\_innen zu erreichen und zur Teilnahme an Aktionen und Veranstaltungen zu mobilisieren.

## Wie entwickelt sich Wut im Kollegium? Ein Beispiel

Eine kleine Grundschule in Hamburg hat sich intensiv auf die ganztägige Betreuung in der Grundschule vorbereitet. Zum Schuljahresbeginn stand nicht nur der Träger fest, sondern auch ein durchdachtes gemeinsames pädagogisches Konzept. Doch trotz aller Vorbereitungen und einer positiven, optimistischen Aufbruchsstimmung wurden die Lehrkräfte und Erzieher\_innen der Schule an die Grenzen der Belastbarkeit geführt. Dies hat verschiedene Gründe. Einer ist die räumliche Situation.

Im Lehrerzimmer müssen alle Tätigkeiten erledigt werden: Besprechungen mit Kolleg\_innen, Unterricht vorbereiten, Klassenarbeiten korrigieren, Klassenbucheintragungen vornehmen, essen, trinken und erholen. Im Nebenraum müssen auf engstem Raum zum Teil zeitgleich folgende Tätigkeiten verrichtet werden: Kopieren und Zusammenstellen von Arbeitsmaterial, Führen von Telefonaten, Schreiben von Elternbriefen, Ausdrucken von Zeugnissen und weiteres mehr. Das sind unzumutbare Arbeitsbedingungen. Der Personalrat kommt zu folgendem Fazit: Die Kolleg\_innen brauchen einen Arbeitsraum, in dem sie ungestört und konzentriert arbeiten können. Außerdem braucht es Räumlichkeiten, die eine echte Pause, also Ruhe und Erholung bieten. Somit ist die Problemlage klar umrissen und auch Ansätze zur Lösung aufgezeigt. Doch wie dieses heiße Thema angehen, ansprechen und durchsetzen?

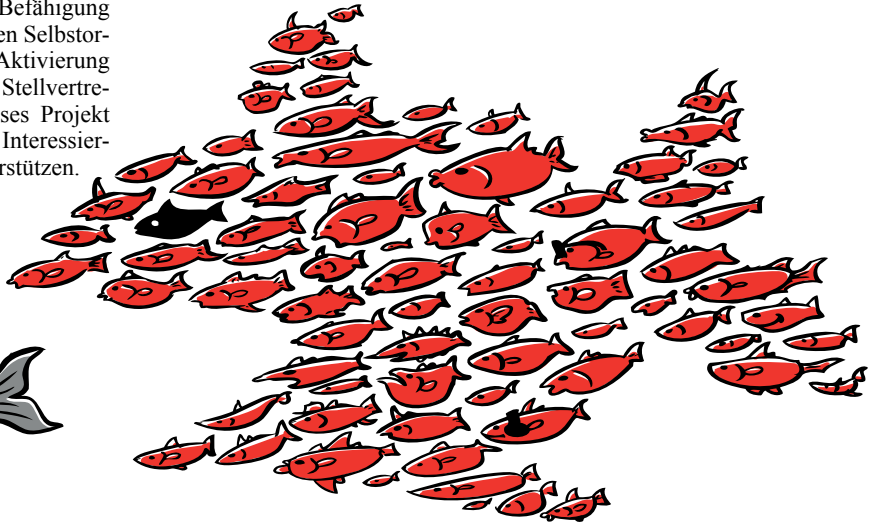
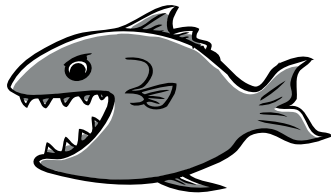
## „GEW Stark vor Ort“ – Gewerkschaftliche Arbeit vor Ort stärken

Um die Vertrauensleute- und Betriebsgruppenarbeit zu stärken, geht die GEW seit kurzem einen neuen Weg: Unter dem Namen „GEW Stark vor Ort“ hat die GEW Hamburg 2014 ein Projekt zur (Wieder-)Gründung von Betriebsgruppen und zur Findung von Vertrauensleuten im Schulbereich gestartet. Bei diesem Projekt geht es darum, an ausgewählten Schulen durch im Vorfeld gewonnene Projekt-

aktive Gespräche mit unseren Mitgliedern zu führen, um ‚heiße Themen‘ herauszufinden und Aktivitäten anzustoßen. Ziel ist, lebendige gewerkschaftliche Strukturen vor Ort zu schaffen. Dabei zielt das Projekt nicht darauf, die Beschäftigten bestmöglich zu vertreten, sondern darauf, die Beschäftigten selbst zur Vertretung ihrer Interessen zu befähigen. Ziel ist die Befähigung zur gewerkschaftlichen Selbstorganisation und eine Aktivierung jenseits passiver Stellvertretungspolitik. Für dieses Projekt suchen wir weiterhin Interessierte, die uns dabei unterstützen.

Wenn ihr Fragen habt oder am Projekt interessiert seid, meldet euch gerne unter [StarkVorOrt@gew-hamburg.de](mailto:StarkVorOrt@gew-hamburg.de), nehmt Kontakt mit euren Fachgruppensprecher\_innen oder auch uns Vorsitzenden auf oder kommt zum nächsten Treffen eurer Fachgruppe.

FREDRIK DEHNERDT,  
stellvertretender Vorsitzender  
GEW Hamburg



## Aktive gesucht! GEW-Fußballturnier 2015

vom 20./21. November 2015 in Gifhorn

Liebe Sportfreundinnen und Sportfreunde,

trotz aller sonstigen Gewerkschaftsarbeit möchten wir euch im Namen des Landesverbandes Niedersachsen zum GEW-Fußballturnier 2015 einladen! Wie üblich beginnen wir am Freitag mit einem gemeinsamen Essen und der Klärung organisatorischer Dinge. Gespielt wird am Sonnabend ab 9.30 Uhr. Der Vorabend wird traditionell mit einem gemeinsamen Essen, Festlegung der Regularien und einem Kulturteil gestaltet. Die Begrüßung und Eröffnung wird die stv. niedersächsische Landesvorsitzende Laura Pooth vornehmen. Der Kulturteil wird sich kabarettistisch mit Fußball und Gewerkschaften auseinandersetzen.

Wir freuen uns auf viele Zusagen. Wir planen ein gemeinsames Team mit den Landesverbänden Bremen und Schleswig-Holstein. Rückfragen und Anmeldungen bitte an [dehnerdt@gew-hamburg.de](mailto:dehnerdt@gew-hamburg.de). Die Kosten werden von der GEW übernommen.



Mit sportlichen Grüßen,  
FREDRIK DEHNERDT, gelernter Libero und stellv. Landesvorsitzender

# Bestialische Besatzer

Interview mit dem Historiker Karl Heinz Roth über die Ausplünderung Griechenlands durch die Nazis, die Berliner Arroganz gegenüber Reparationsforderungen und die Notwendigkeit eines neuen 1968

**Tom Stroschneider:** *Herr Roth, Kanzlerin Angela Merkel hat gegenüber Alexis Tsipras unlängst erklärt, sie wolle Griechenland im Euro behalten. Der SYRIZA-Premier antwortete: «Wir haben unseren Teil dafür getan. Tun Sie Ihren.» Was müsste Berlin tun?*

**Karl Heinz Roth:** Die Bundesregierung müsste einem Schuldenmoratorium und einem Schuldenschnitt zustimmen. Das ist der entscheidende Ausgangspunkt, um überhaupt zu einer Lösung der Griechenlandkrise zu kommen.

**T.S.:** *Derzeit wird weder über das eine noch das andere diskutiert, sondern über eine Reformliste. Angemessen für die Herausforderung?*

**Karl Heinz Roth:** Nein, denn die Probleme sind gigantisch. Griechenland befindet sich am Abgrund. Etwa 15 Prozent der Kapitalsubstanz sind inzwischen vernichtet. Die bisherige Politik aus Troika-Diktaten und Sozialkürzungen haben die Wirtschaftsleistung um fast 30 Prozent schrumpfen lassen. Ob bei

der Binnennachfrage, den Investitionen, im Gesundheitssektor: Wir sehen völlig katastrophal



Fotos: hz

**„Es ist völkerrechtlich eindeutig, dass die Reparationsfrage nicht abschließend beantwortet wurde.“ (Karl-Heinz Roth)**

le Daten. Wenn nicht radikale Schritte eingeleitet werden, dann wird nicht nur Griechenland, sondern, davon bin ich überzeugt, auch Europa in eine sehr gefährliche Situation geraten.

sollen, würden ja zusätzlich eine radikale Beschleunigung der bisherigen Austeritätspolitik bedeuten.

**T.S.:** *Die ist nach Ansicht vieler Ökonomen gescheitert. Warum wird trotzdem daran festgehalten?*

**Karl Heinz Roth:** Es steht eine grundlegende strategische Option auf dem Spiel. Die USA haben seit den 1950er und 1960er Jahren die Bundesrepublik und dann später das vereinigte Deutschland zur europäischen

**Karl-Heinz Roth**, Jahrgang 1942, ist ein profilierter linker Historiker, Sozialforscher und Arzt. Er engagierte sich bereits bei den Studentenprotesten gegen die Notstandsgesetze und den Vietnamkrieg. In seinen Veröffentlichungen befasste er sich mit zahlreichen Themen, unter anderem auch mit dem Untergang der freien Gewerkschaften 1933. Ganz aktuell ist von ihm die Flugschrift „Griechenland am Abgrund. Die deutsche Reparationsschuld“ im VSA-Verlag Hamburg erschienen.



Hegemonial- macht aufgebaut. Dies basierte auf einer bestimmten wirtschaftspolitischen Strategie, die man als Neo-Merkantilismus bezeichnet: systematische Lohnsenkungen kombiniert mit einer Strategie des Export-Dumpings. Anders gesagt: Es wurde eine extrem restriktive innere Politik verfolgt, um expansive Prozesse zu ermöglichen, vor allem Kapitalexport. Dieses strategische Modell ist später durch das europäische Währungssystem seit Ende der 1970er Jahre gestärkt worden. Und das steht jetzt zur Debatte: Gibt es in Europa eine Wende hin zu moderaten keynesianischen Modellen, wie das ja im Kern zunächst einmal auch die Strategie von SYRIZA aber eben auch derzeit in den USA ist? Die deutschen Eliten kämpfen dagegen an mit aller Verbissenheit, um das deutsche Modell zu retten.

**T.S.:** *Das wird in Griechenland nicht zuletzt durch die Brille der historischen Erfahrung betrachtet. Es ist jetzt viel über die Frage der Reparationen diskutiert worden. Sigmar Gabriel hat diese Debatte als*

*«dumm» bezeichnet. Ist mein Eindruck richtig, dass über die deutsche Schuld gegenüber Griechenland weniger emphatisch gesprochen wird als zum Beispiel mit Blick auf die Nazi-verbrechen in Polen?*

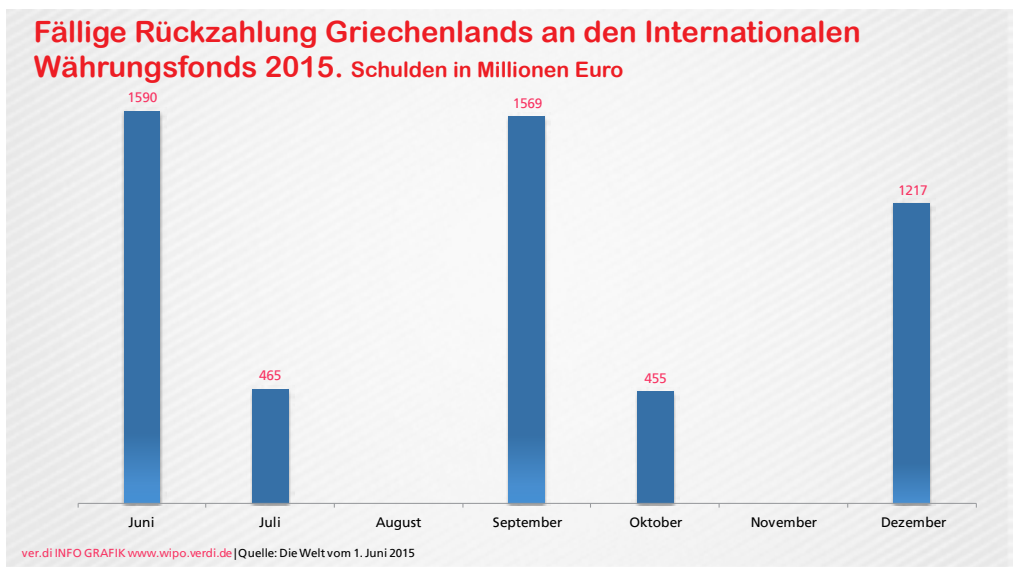
**Karl Heinz Roth:** Das Verhältnis der deutschen Eliten gegenüber Griechenland hat zwei Seiten. Da ist einmal eine Art Minderwertigkeitskomplex: Die Deutschen haben Griechenland im April 1941 überfallen – in einer Flankenoperation zur Vorbereitung des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion. Sie haben geglaubt, Griechenland und Jugoslawien innerhalb kürzester Zeit in das faschistische Europa integrieren zu können. Doch in beiden Ländern entstand rasch eine breite und starke Widerstandsbewegung. Auf der anderen Seite sehen wir diese massive Herablassung, die bis zur offenen Verachtung reicht. Die rührt auch daher, dass die Griechen zu den wenigen gehörten, die seit den 1950er Jahren immer wieder die Frage der Reparationen offensiv angesprochen und Kriegsentschädigungen für das

ihnen angetane Unrecht verlangt haben.

**T.S.:** *Mit geringem Erfolg bisher.*

**Karl Heinz Roth:** Was ich in den Akten der deutschen Außenpolitik gelesen habe, die sich damit befassen, hat mich bestürzt: Wie extrem arrogant und herablassend mit den Forderungen aus Athen umgegangen wurde! Es gab ein paar Brosamen vom deutschen Herrentisch in den 1950er und 1960er Jahren – aber letztlich wurden die Griechen immer auf den Sankt Nimmerleinstag vertröstet.

**T.S.:** *In der Reparationsdebatte ist mir eines aufgefallen: Man kennt ein paar Schlagworte, sogar die Zwangsanleihe von 1941 ist inzwischen ein öffentlicher Begriff. Aber die Dimension des NS-Terrors in Griechenland wird kaum greifbar gemacht. Das geht bis dahin, dass in den Medien nur ganz wenige Fotos kursieren, deren Aussagekraft durch Wiederholung entwertet wird.*



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN



**Die Redaktion (rechts an der Tür stehend) unterbrach ihre Mittwochs-Redaktionssitzung, staunte über das große Interesse und war beeindruckt von der Rede des Referenten**

**Karl Heinz Roth:** Es gibt eine ganz merkwürdige Kombination von historischer Amnesie, von historischem Unwissen und von Arroganz. Über die Besetzung und Ausplünderung Griechenlands wissen viele kaum etwas. Die Nazis haben dabei Pläne umgesetzt, die eigentlich für den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion erstellt worden waren. Sie haben beim Überfall auf Griechenland im April 1941 geteetet, was im Juni 1941 auch beim Überfall auf die Sowjetunion zum Einsatz kommen sollte.

*T.S.: Mit dem Unterschied, dass es in Griechenland auch wirklich zur Besetzung kam.*

**Karl Heinz Roth:** Und zwar in einer besonders radikalen Weise. Griechenland wurde nicht nur gezwungen, die Besatzungskosten selbst, sondern die gesamten Infrastrukturkosten für den Krieg gegen Nordafrika und im östlichen Mittelmeer zu finanzieren. Zudem wurde die griechische Volkswirtschaft systematisch ausgeraubt. Die

Zwanganleihe haben Sie bereits angesprochen, hinzu kam eine gezielte Politik der Hyperinflation, die dazu führte, dass bereits im Winter 1941/42 über 100 000 Menschen in den griechischen Großstädten verhungerten.

*T.S.: Hat dies das Entstehen einer besonders starken Widerstandsbewegung befördert?*

**Karl Heinz Roth:** Es gab eine Kombination von alternativer Subsistenzwirtschaft, Flucht aus den Städten und dem Aufbau eines bewaffneten Widerstands in den ländlichen Regionen. Das hat die Deutschen völlig überrascht. Sie hatten überhaupt keine Pläne für Griechenland außer ihrem Konzept der Ausplünderung. Deshalb wurde auf den Widerstand auch mit einer blindwütigen Politik der Massaker reagiert. In den Monaten ihres Abzugs im September und Oktober 1944 haben die Deutschen dann auch noch die gesamte griechische Infrastruktur zerstört. Neben Jugoslawien gibt es in den nord-, west- und

südeuropäischen Ländern keinen vergleichbaren Fall, in dem die deutschen Besatzer so brutal operiert haben.

*T.S.: Wenn von den Massakern die Rede ist, wird stets Dystomo genannt. Das Dorf ist zum Symbol für die Gräueltaten der Nazis geworden. Zugleich scheint aber das Wissen darüber zu fehlen, dass es sich keineswegs um wenige Fälle gehandelt hat.*

**Karl Heinz Roth:** Wenn man abseits der typischen Touristenattraktionen die Augen offen hält, sieht man auch überall die kleinen Gedenkstätten in den ländlichen Regionen. Es waren nach seriösen Schätzungen etwa 1600 Weiler, Dörfer und Kleinstädte, die vernichtet worden sind. Über 100 000 Häuser wurden zerstört, 400 000 Menschen wurden obdachlos. Allein bei den Massakern in den Dörfern sind mindestens 56 000 Menschen oft auf bestialische Weise ermordet worden – überwiegend Frauen, Kinder und Alte. Die Politik der verbrannten Erde

in den besetzten Gebieten wurde systematisch praktiziert. Es ist fatal, dass diese ungeheure Dimension in der öffentlichen Debatte kaum eine Rolle spielt.

**T.S.: Wenn in Athen Forderungen nach Wiedergutmachung und Reparationen erhoben werden, verweist die Bundesregierung stets darauf, alle Ansprüche seien erledigt.**

**Karl Heinz Roth:** Falsch. Es ist völkerrechtlich eindeutig, dass die Reparationsfrage nicht abschließend beantwortet wurde. Dazu haben sich viele Juristen entsprechend geäußert. Und wenn man die einschlägigen deutschen Akten dazu studiert, wird sofort erkennbar, dass dies auch die Spezialisten der Bundesministerien wussten. Auf der Londoner Schuldenkonferenz hieß es, die Reparationsfrage muss später geklärt werden. Im so genannten Überleitungsvertrag von 1954, der die Bundesrepublik in die Souveränität führte, wurde festgelegt, die Reparationsfrage muss im Rahmen eines Friedensvertrags beantwortet werden. Diesen Vertrag gibt es mit dem 2+4-Vertrag – doch hinter den Bonner Kulissen wurde die Parole ausgegeben: Das ist kein Friedensvertrag. Weil alle wussten: wenn das als Friedensvertrag in der Öffentlichkeit behandelt wird, steht auch eine abschließende Regelung der Reparationsfrage an. Das wollte keine Bundesregierung. Und da sie die Äußerung des SPD-Vorsitzenden angesprochen haben: Ich finde es beschämend, dass ein führender Sozialdemokrat mit seiner Abwehrhaltung in der Reparationsfrage auf die Argumentationslinien der postnazistischen Ministerialbürokratie einschwenkt.

**T.S.: Wie könnte Griechenland entschädigt werden?**

**Karl Heinz Roth:** Der 2+4-

Vertrag sollte durch einen abschließenden Reparationsvertrag ergänzt werden. Eine Art Schlussakte, in der noch einmal alles auf den Tisch kommt und in der eine Bilanz der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg gezogen wird. Auf dieser Basis könnten die Ansprüche der noch nicht entschädigten Angehörigen und überlebenden Opfer befriedigt werden. Und auch die ausstehenden Wiedergutmachungen und Reparationsleistungen würden dann geklärt werden können.

**T.S.: Könnte Deutschland das denn überhaupt zahlen?**

**Karl Heinz Roth:** Die Deutsche Bundesbank hat ausreichende Goldreserven. Sie sollten nicht nur für die Reparationen in Griechenland, sondern für eine allgemeine Reparationsakte zur Verfügung gestellt werden.

**T.S.: Aber allein in Griechenland kursiert eine Summe von fast 280 Milliarden Euro.**

**Karl Heinz Roth:** Welche Summen bei einer abschließenden Reparationsakte herauskommen, wird man sehen. Deutschland ist reich genug. Entscheidend ist etwas anderes: Ob es den politischen Willen dazu gibt.

**T.S.: Wo soll der herkommen?**

**Karl Heinz Roth:** Meine Generation, die der Kinder der Tä-

ter, hat in den 1960er und 1970er Jahren einen langen Kampf um die Aufklärung von NS-Verbrechen und die Aufarbeitung der Schuld geführt. Wenn man sich heute das ungeheure Defizit in der Erinnerungskultur ansieht, wo nur Krokodilstränen vergossen werden, aber eine materielle Wiedergutmachung von den Eliten gar nicht in Betracht gezogen wird, wird einem schnell klar: Auch die Enkel der Täter müssen jetzt einen solchen Kampf führen.

**T.S.: In einem Wort: Es müsste ein »neues 1968« geben?**

**Karl Heinz Roth:** Ich denke, ja. Die Situation ist im Augenblick unerträglich. Es muss verstanden werden, dass es noch einmal einen solchen Prozess braucht – um endlich auch mit all dem zu brechen, was die deutsche Ministerialbürokratie seit den 1950er Jahren an Verdrängungspolitik geleistet hat. Bei einem neuen 1968, um diesen Begriff aufzugreifen, müsste es auch um diese moralisch-politischen Aspekte gehen. Eine europäische Neugründung ist nur möglich, wenn wir jetzt agieren und wenn jetzt in den nächsten Monaten eine breite soziale Massenbewegung in Gang kommt, die nicht nur das griechische Experiment beschützt und unterstützt, sondern auch mit der moralischen Schuld umzugehen lernt.

TOM STROHSCHNEIDER  
Chefredakteur des  
Neuen Deutschland

## Richtigstellung

In meinem Manuskript (und dann auch im hlz-Artikel-hlz 5-6, 2015, S. 42f) zu Manolis Glezos ist mir leider ein völlig unerklärlicher Fehler passiert. Manolis Glezos holte die Hakenkreuzfahne natürlich am 30. Mai 1941 von der Akropolis und nicht am 30. Mai 1945. Das wäre – zwei Monate nach Kriegsende und ein halbes Jahr nach dem Abzug der Wehrmacht – sicherlich viel weniger symbolträchtig und auch kaum erwähnenswert gewesen...

MANFRED KLINGELE

# Lernen unter Beobachtung

„Wie kann man lernen, wenn das Herz vor Angst rast?“

...fragt mich ein sorgenvoller Vater. Sein Sohn Leith, 12 Jahre, besucht in AsZawyya die Oberschule (Secondary School). Sie liegt an der zentralen Verbindungsstrasse Nr. 60, die vom Norden Israels quer durch die Westbank in den Süden Israels führt. Es gelten die Gesetze der Zone C, palästinensische Behörden haben keine Zuständigkeit. Auf Bitten des Schulleiters sind wir sofort gekommen, als wir von dem Zwischenfall hören. Das war gestern, heute sind wir erneut vor Ort.

Was war passiert? Soldaten sind von drei Seiten auf den Schulhof vorgedrungen, um Jungen habhaft zu werden, die

auf vorbeifahrende Siedlerautos Steine geschmissen haben sollen, erzählt uns Schulleiter Adnan, 54 Jahre alt. Beweise, Indizien gebe es nicht. Es reiche offensichtlich die Beschuldigung eines vorbeifahrenden Siedlers, um das Militär in die Schule zu schicken. Dabei ist die Schule von einer hohen Mauer und großen Bäumen umgeben; gezielt auf einzelne vorbeifahrende israelische Autos zu werfen ist nahezu ausgeschlossen. Der Unterricht musste laut Anweisung der Soldaten abgebrochen werden, die 420 Schüler wurden nach Hause entlassen, eine kollektive Strafe!

Alle erinnerten sich nur zu gut

an einen Vorfall im vergangenen Monat, am 4. Februar, als sich Soldaten ebenfalls zur Unterrichtszeit mit ihrem Jeep gewaltsam Zutritt verschafften, eine „Sound granade“ (Sound grenades explodieren mit ohrenbetäubendem Lärm und sollen den Gegner in Angst und Schrecken versetzen, so dass er für einen Moment handlungsunfähig ist und dann ggf. das Weite sucht) warfen und durch die gewaltige Explosion Schüler und Lehrer in Angst und Schrecken versetzten. Diese Art der Auseinandersetzung hat eine lange Tradition, Siedler aus den umliegenden Siedlungen Ma'ale Levona, Eli, Rechalim und den „Outposts“



Fotos: Reinhard Kober

Freude über den Besuch

## Zum Autor:

Berufsschullehrer **Reinhard Kober**, inzwischen pensioniert, hat drei Monate als Menschenrechtsbeobachter für das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel ([www.eappi-netzwerk.de](http://www.eappi-netzwerk.de)) des Weltkirchenrats in der Westbank gearbeitet. Das Programm unterstützt palästinensische, israelische und internationale Anstrengungen zur Beendigung der israelischen Besatzung und will zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch einen gerechten Frieden beitragen. Seit 1999 ist der Autor regelmäßig vor Ort. Den Wunsch der Gesprächspartner, die USA und die europäischen Staaten mögen sich stärker für Eigenstaatlichkeit und Selbstbestimmung engagieren, verbinden sie mit der schlichten Bitte: „Berichte, was du gesehen hast!“ Es ist der Auftrag, den Reinhard Kober von Menschen, die unter den Bedingungen der illegalen Besatzung leben, regelmäßig mitnimmt. Palästinensische Christen haben es in Ihrem Kairos-Dokument so ausgedrückt: „Kommt und seht – lasst uns nicht allein!“

Talfi, Kaban, Sawiza haben sich immer wieder zusammen mit Soldaten gewaltsam Zutritt zur Schule verschafft. Sie forderten, die Schule sei zu schließen.

Zurück zu Leith. Als der zwölfjährige Leith die Soldaten sah, lief er weg, verlor seinen Ranzen. Nun hatten die Soldaten Namen und Adresse. Werden sie womöglich nachts kommen? Zur grossen Erleichterung kamen sie bisher nicht. Sein Vater erzählt: „Leith wollte nicht mehr zur Schule gehen. Ich habe ihm gesagt: ‚Hab keine Angst vor den Soldaten, geh langsam, nicht



**Protective Presence auf dem Schulweg von AsZawyya**

weglaufen. Wenn du wegläufst, dann laufen sie hinter dir her.‘ Ich hoffe, er wird weiter Erfolg in der Schule haben. Er will zur Universität. Alle Väter und alle Mütter, überall in der Welt, sind nicht begeistert, wenn die Kinder Probleme in der Schule bekommen. Soldaten müssen doch genau so fühlen wie ich. Sie haben doch auch Kinder. Heute bin ich glücklich, ich sehe meinen Sohn wieder lächeln. Gestern war er noch sehr ängstlich, heute zeigt er, dass er stark sein kann!“

Stark zu sein, das ist und bleibt für viele das Motto in dieser

aussichtslosen Situation. Zwei Intifadas mit ihren Toten, Verletzten, Verhafteten liegen hinter ihnen. Kinder und Jugendliche sind in Zeiten der Besatzung aufgewachsen, kennen keine andere Realität. Wenn Soldaten kämen, so sagt mir Adnan, sei immer alles möglich. Keiner wisse, was jetzt passiere.

Wir sitzen in seinem provisorischen Büro, weil sein Verwaltungstrakt am 10. September 2014 einem Brandanschlag zum Opfer fiel. Ob es Siedler waren, lässt sich nicht beweisen. Eine (israelische) polizeiliche Ermitt-



**Sound granades und Tränengas-Kanister, aufgesammelt im Schulhof in Burin**



**Gesprühter Hass: Tod den Arabern**

lung hat nicht stattgefunden, die palästinensischen Behörden haben, wie oben erwähnt, keine Befugnis in der C-Zone. Zum jüngsten Ereignis befragt, erklärt er: "Meine Schule ist kein sicherer Platz mehr. Mich selbst haben die Soldaten sogar nachts in meinem Haus aufgesucht, um mir zu drohen. Ich soll verhindern, dass die Jungs Steine auf Siedlerautos werfen. Die Siedler seien doch Freunde. Wie soll ich das den Kindern erklären? Die Kinder sehen doch, was passiert. Sie wissen, dass ihre Familien ihr Land verloren haben, sie sehen die Siedlungen wachsen. Sie haben uns die Strasse so vor die Nase gebaut, dass wir nicht mehr zu unserem Sportplatz rüber können. Solange es eine Besatzung gibt, können wir nicht lernen zusammen zu leben." Und weiter:

Seit 2005 habe es 10 Auseinandersetzungen zwischen den Soldaten und Schülern gegeben, zwölf Schüler seien in Haft genommen, sieben verletzt worden. Ein Lehrer sei erschossen worden, als er versuchte, eine Strassensperre auf kleinen Wegen zu umfahren. In einem Plastikbeutel zeigt er uns seine Sammlung abgefeuerter "Sound grenades" und Tränengas-Granaten, eingesammelt auf seinem Schulhof

nach gewaltsamen Ereignissen. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem hat auch dieser Schule Videocameras geschenkt, mit der Schulleiter Adan die Aktivitäten von Siedlern und Soldaten dokumentiert. Auf seinem Computer zeigt er uns eine Auswahl.

Als ökumenische Begleiter besuchen wir die Schule zweimal wöchentlich und begleiten die Kinder und Jugendlichen auf ihrem Weg entlang der Hauptstraße in die Schule. Gelegentlich stehen Soldaten mit ihrem Fahrzeug auf der Straßenseite gegenüber; die kleinen Kinder sind ängstlich, eingeschüchtert, wenn sie an ihnen vorbei müssen, die großen wären da schon eher zu Auseinandersetzungen bereit.

Insgesamt betreuen wir drei Schulen. In gleicher Woche rief uns der Schulleiter der Schule in Urif an. Sie liegt in der Zone B, also unter palästinensischer Verwaltung. Siedler haben in der Nacht neben dem Haupteingang ein Graffiti angebracht: einen Davidstern mit der Aufschrift: "Tod den Arabern". Auch diese Schule hat eine lange Leidensgeschichte mit gewalttätigen Angriffen, hier vorwiegend von Siedlern. Die Fenster sind vergittert, die Schule mit einer hohen

Mauer umgeben.

Sicherheitskameras sind installiert, Fluchtwege aus der Schule heraus angelegt. Dennoch sind immer wieder Siedler eingedrungen. Wir spüren die Nervosität der Lehrer und des Schulleiters. Verhindern konnten wir diesen Anschlag nicht, aber ein offenes Ohr haben, um zuzuhören, die Verängstigten ernst zu nehmen, ist wichtig, wie uns immer wieder bestätigt wird. Zwei Wochen später: Vom Dach der Schule werden uns sorgenvoll die neuen "Outposts" der gegenüberliegenden Siedlung gezeigt. "Wie ein Krebsgeschwür, wann sind sie hier?", fragt uns ein Lehrer.

In Burin liegt die Jungenschule leider auch in der Zone C. Deutschland hat im Ort eine nagelneue Mädchenschule errichtet (B-Zone), aber "unsere" Schule erhält von der israelischen Zivilverwaltung keine Genehmigung für einen Ausbau, der dringend benötigt wird. Deutschland hat die Mittel schon zugesagt, die Chancen stehen aber schlecht. Der Schulhof mit seinem Sportplatz kann aufgrund der Übergriffe seitens der Siedler aus den umliegenden Außenposten und des Militärs nicht genutzt werden. Auch der Schulleiter in Burin verfügt über eine Sammlung von gebrauchten Tränengas-Hülsen und "sound grenades", die in den Schulhof abgeschossen wurden.

Zurück zur Schule in As-Zawyya. Wie soll man keine Angst haben, wenn heute wieder ein Helikopter in niedriger Höhe mehrfach über der Schule kreiste und erneut alle in Angst und Schrecken versetzt? fragt Schulleiter Adnan. Wie gesagt: "Everything is possible" – und die einschüchternde Macht des Militärs zeigt, dass die Wahrung von Menschen- und Kinderschutzrechten unter den Bedingungen der Besatzung kaum eine Chance hat.

REINHARD KOBER

# „Pick Up Feminism“

Pick Up Seminare, Rape Culture und feministische Intervention

Für den 7. Mai hatte die US Firma Real Social Dynamics (RSD) eine sogenannte Pick Up „Freetour“ (Schnupperabend) in Hamburg geplant. Darauf folgte ein „Bootcamp“ (Wochenendseminar). Auf den viele tausend Euro teuren Seminaren wird Männern\* (siehe Kasten) erklärt, wie sie gezielt Frauen\* aufreißen können. Die 3stündige „Freetour“ soll einen kurzen Einblick in das Business der Pick Up Artists ermöglichen. Interessierte anwerben und einen Raum zur Vernetzung schaffen. Bei Pick Up geht es nicht darum, die eigene Schüchternheit beim Flirten zu überwinden. Mit ihren frauenfeindlichen ‚Aufreißtipps‘ leiten die sogenannten „Pick Up Artists“ andere Männer dazu an, Grenzen zu überschreiten. Mit Hilfe eines mehrstufigen Plans, der vom ersten Ansprechen bis zum Sex reicht, wird

den Teilnehmern erklärt, wie sie Frauen\* ins Bett bekommen – auch gegen deren Willen. Frei nach dem Motto des deutschen Schlagers von Sigrid & Musina: „Zweimal Nein heißt einmal Ja“ werden Frauen\* objektiviert, ihr freier Wille negiert und gesetzte Grenzen ignoriert. Julien Blanc, wahrscheinlich der bekannteste „PickUp Artist“, sorgte Ende



2014 mit Videos für Schlagzeilen, in denen er durch Tokio läuft, die Gesichter von Frauen\* in seinen Schritt drückt und propagiert, als „weißer Mann“ könne man dort alles machen.

Pick Up ist also eine Sze-

ne, welche durch sexistische, heteronormative, homophobe, trans\*phobe, rassistische und patriarchale Praktiken auffällt (Siehe Kasten). Hinzu kommt ein reaktionäres Bild von Geschlechterrollen. Frauen\* gelten als leicht zu manipulierende Objekte, die dominantes männliches Auftreten bevorzugen würden. Zu den Strategien der Pick Up Artists gehört, Frauen\* entlang einer auf vielerlei Weise diskriminierenden „Attraktivitätsskala“ (von „Fatty“ zu „Hot Babe“) in Kategorien zu unterteilen, und diese dann via psychologischer Methoden wie „Push and Pull“ – einer Mischung aus Komplimenten und Herabwürdigungen – an sich zu binden. Ziel der Pick-Up-Artists ist nicht nur, mit möglichst vielen Frauen\* zu schlafen, sondern sie erklärtermaßen auch psychisch zu brechen und so ‚gefügig‘ zu machen. Aggressives Verhalten bei Ablehnung seitens der Frau\* ist bei erfolglosen Versuchen keine Seltenheit. Die meist weißen, heterosexuellen Teilnehmer können sich des Schutzes durch ihre privilegierte gesellschaftliche Stellung im Zweifel gewiss sein, sind sich dessen bewusst und nutzen das aus. Sexualisierte Ge-



Die „Freetour“ findet nicht ungehindert statt

Foto: flickr/Angela Schlafmütze (creative commons)



Slutwalk Wien 2011

walt gegen Frauen\* wird in der Pick-Up-Szene quasi als Wettkampf dargestellt: Je mehr Frauen jemand „physisch geführt“ hat, wie es verharmlosend heißt, als desto stärkeres und damit erfolgreicherer „Alphamännchen“ gilt jemand und erntet damit Anerkennung.

Anschließen kann dies an eine gesellschaftlich dominierende Rape Culture. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen\* und Trans-Personen passiert tagtäglich und wird durch Mechanismen wie Victim Blaming und Vergewaltigungsmythen immer wieder aufs Neue reproduziert, verharmlost und normalisiert. In einer Gesellschaft, in der sexuelle Übergriffe noch immer als „Kavaliersdelikte“ verhandelt werden und Opfer sexualisierter Gewalt sich regelmäßig für ihre Kleidung oder ihr Verhalten rechtfertigen müssen, in der es als „normal“ betrachtet wird, dass Frauen\* sich jeden Tag in Bars und auf der Straße Kommentare zu ihrem Aussehen anhören müssen und in der fast jede siebte Frau\* von sexualisierter Gewalt betroffen ist, sind RSD und Julien Blanc nicht (nur) als zu verdammende Einzelfälle zu betrachten, sondern Symptom der herrschenden Rape Cul-

ture. Dass es Pick-Up-Seminare gibt und sie erfolgreich gebucht werden, ist nur möglich, weil in unserer Gesellschaft Frauen\* immer noch als weniger ernst zu nehmende Subjekte bewertet werden, denen gegenüber Gewaltausübung zur Normalität gehört.

Die sexistischen und Gewalt verherrlichenden «Aufreiß-Tipps» der Pick Up Artists sind ein lukratives Geschäft für RSD: Die Firma gibt regelmäßig ausgebuchte Seminare in 70 Ländern weltweit und ihre Videos erhalten hunderttausende Klicks. Neben RSD existieren viele weitere Firmen, welche ähnliche Seminare anbieten. Im Juli und Oktober 2015 sollen bereits die nächsten Pick Up Seminare in Hamburg stattfinden.

### Das Bündnis Pick Up Feminism

Im Januar 2015 wurde das Bündnis „Pick up Feminism“ von verschiedenen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen in Hamburg gegründet. Wir, die GEW.Studis Hamburg, sind Teil dieses Bündnisses.

Von März bis Mai 2015 organisierte das Bündnis drei Veranstaltungen, welche verschiedene

Aspekte von Pick up näher beleuchten. Neben Veranstaltungen zu „Was ist Pick-Up?“ und „Rape Culture“ wurde in einer Veranstaltung zu „Kritischer Männlichkeit und ihrer Vermittlung“ versucht, die Wirkmächtigkeit des Geschlechterverhältnisses für alle Geschlechter zu analysieren und kritische Perspektiven auf Geschlecht sowie die Arbeit mit Jungen\* und Männern\* zu werfen. Drei Vertreter\*innen aus der (pädagogischen) Praxis berichteten über Projekte, in denen sich kritisch mit hegemonialer Männlichkeit befasst wird. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen standen die Fragen, wie Jungen\* und Männer\* für eine emanzipatorische Veränderungen der Geschlechterverhältnisse gewonnen werden können, wie kritische Männlichkeit lern- und vermittelbar ist, wie die konkreten Praxen in Hamburg dazu aussehen und unter welchen Bedingungen und Perspektiven sie arbeiten. Mit den Veranstaltungen scheint ein Nerv getroffen worden zu sein. Das Centro Sociale oder Raum ABC der Geschäftsstelle, Veranstaltungsorte der Reihe, waren an den Abenden prall gefüllt, das Interesse an dem Thema groß. Das Bündnis Pick Up Feminism will an dieser Stelle weiter ansetzen und das Thema weiter verfolgen, scheinbar gibt es noch viele offene Fragen.

Für den 7. Mai, dem Termin der so genannten „Freetour“ von RSD, rief das Bündnis zu Protesten auf. Der Ort der Veranstaltung wurde bis zuletzt geheim gehalten. Der Versuch, über den Hotel- und Gaststättenverband Druck auf den Tagungsort auszuüben, blieb erfolglos. Unser Plan war, zum spontan bekannt gegebenen Ort der „Freetour“ zu fahren und diese nicht ungehindert stattfinden zu lassen. Wenn in Hamburg solche Veranstaltungen durchgeführt werden, muss mit Protest gerechnet werden. Über 100 Aktivist\*innen folgten



## Erklärung Frau\* / Mann\*

Die Kategorie Geschlecht ist ein gesellschaftliches Strukturmerkmal, über das wir uns und andere wahrnehmen und definieren. In der bürgerlichen Gesellschaft gilt dabei die Norm der Zweigeschlechtlichkeit. Menschen werden einer von zwei Geschlechter-Kategorien (Frau oder Mann) zugeordnet.

Diese Kategorien sind allerdings nicht naturgegeben, sondern als historisch gewachsene Konstruktionen, die Menschen unterschiedlich große Handlungsspielräume zuweisen, zu verstehen. Mit dem Sternchen bei Frau\* und Mann\* wollen wir diese Konstruktion sowie Menschen, die sich zwischen oder jenseits von männlich\* und weiblich\* verorten, sichtbar machen.

Heteronormativität beschreibt ein „gesellschaftlich institutionalisiertes Denk- und Verhaltenssystem, welches Heterosexualität anderen Formen sexueller Orientierung als überlegen klassifiziert und jede nicht-heterosexuelle Form von Identität und Verhalten ablehnt und stigmatisiert“ (www.homophobie.at). Heteronormativität ist dabei eng mit Zweigeschlechtlichkeit verknüpft. Es weist auf ein binäres Geschlechtersystem hin, in dem nur weibliches und männliches Geschlecht existieren (Zweigeschlechtlichkeit), welche körperlich und sozial klar voneinander unterschieden werden und sich ausschließlich gegenseitig begehren. In der bürgerlichen Gesellschaft wird ein heteronormativer Lebensentwurf als normativ angesehen. Dies wird auch in der Pick Up Ideologie sichtbar. Die Männer\* gehen hierbei davon aus, dass sich Frauen\* immer und ausschließlich auf sie beziehen. Lesbische Frauen kommen in ihrer Lebensrealität nicht oder nur als beschädigte Frauen\* vor. Schwule Männer\* erfüllen nicht das Bild hegemonialer Männlichkeit und erfahren Diskriminierung und Gewalt.

Gegenüber Women\* of Color ist die Pick Up Szene häufig noch respektloser als gegenüber weißen Frauen\*. Zu der sexistischen Abwertung kommt eine Exotisierung und verstärkte Sexualisierung hinzu, oder sie werden als minderwertig gegenüber weißen Frauen\* gesehen.

dem Aufruf, sich am Hamburger HBF zur gemeinsamen Anreise zum Veranstaltungsort zu treffen. Letztendlich verlegte RSD das Seminar kurzfristig ins Internet und machte den direkten Protest somit unmöglich. Trotzdem werten wir die Aktion als Erfolg. Ziel der „Freetour“ ist es u.a., eine Vernetzung von Interessierten herzustellen. Männer\* können sich dort kennen lernen und später gemeinsam durch Bars ziehen und das Erlernte anwenden. Durch die Verlegung des Seminars ins Internet wurde dies verhindert. Es ist scheinbar nicht möglich eine solche Veranstaltung in Hamburg ungehindert durchzuführen. Auch in anderen

Städten gab es bereits Proteste gegen Pick Up Seminare.

Es gilt weiterhin, Pick Up Seminare in Hamburg und überall zu problematisieren und zu ver-

hindern. Es gilt darauf aufmerksam zu machen, dass Sexismus, Heteronormativität und Patriarchat Strukturmerkmale dieser Gesellschaft sind. Es gilt auch, dies nicht hinzunehmen. Wir erleben Tag für Tag schon genug rassistische, trans\*feindliche, sexistische Kackscheiße. Macker, die anderen beibringen, wie sie Menschen nach Belieben manipulieren und unterdrücken können und Hoteliers, die davon profitieren, können wir nicht gebrauchen. Wir wollen nicht nur RSD und Pick-Up-Artists wie Julien Blanc etwas entgegensetzen, sondern Rape Culture als Struktur auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bekämpfen. Die Kampagne „Pick Up Feminism – Take Down RSD“ hat sich als queer\_feministisches Bündnis aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen zum Ziel gesetzt, der Rape Culture auf verschiedenen Ebenen den Kampf anzusagen. Es geht nicht nur darum, dass RSD in Hamburg kein Raum gegeben werden soll, sondern um den Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Frauen\* überall!

Infos und Kontakt:

<https://www.facebook.com/PickUpFeminism>  
[www.gewstudis.blogspot.de](http://www.gewstudis.blogspot.de)

Teile dieses Textes wurden dem Aufruf des Bündnisses Pick up Feminism entnommen.

GESA MÜLLER, TOBIAS WOLLBORN, JAN KOLBOW, RONJA HEINELT, EVIN JLUSSI

## Einspruch

hlz 3-5/2015, S 39

Eva Klock, Verfasserin des Berichts einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, stellt klar, dass das Kippenberger-Bild und der von ihr als 'launig' charakterisierte Untertitel nicht von ihr stammen.

*Es ist das ausgemachte Recht jeder Redaktion, Bilder sowie Untertitel selbst zu bestimmen. Dies gilt ebenso für Überschriften, Vorspanne und Leseanreize.*

JOACHIM GEFFERS

# Rudolf Fehling: "Unsere Jugend drängt zum Soldatischen!" (Teil 1)

Rudolf Fehling, Turnlehrer an der Jahnschule, war Protagonist „vormilitärischer Erziehung in der Schule“. Als Kreisleiter des NSLB stand er an der Spitze eines nationalsozialistischen Mobs, der am 9. November 1938 die Synagoge in der Rutschbahn anzündete und sich damit brüstete. Im Februar jenes Jahres hatte er bereits die Lehrerschaft in der HLZ aufgefordert, ihre Schüler\_innen auf den Krieg hin zu erziehen. Der Artikel führte nach 1945 dazu, dass er nicht gleich wieder in die Schule kam.

Foto: Staatsarchiv HH



**Rudolf Fehling**

Robert Fehling ist ein Mann mit vielen Gesichtern gewesen. Auf dem Foto von der Kollegiumsfeier der Jahnschule 1935 sitzt er im Smoking auf dem Boden in der ersten Reihe, zentral, verschmitzt, selbstbewusst, in gerader Haltung in die Kamera blickend. Man sieht ihm dabei nicht an, in welcher Haltung, mit welcher Mission er als Turnwart die Jahnschüler für das System drillte. Dies wird dann auf den Bildern von den jährlichen Sportfesten deutlich: Fehling im kurzen Sportdress, im Turnerhemd mit dem Emblem des Deutsch-Völkischen Turnvereins auf der Brust bei der Siegerehrung vor der Fahne mit dem Hakenkreuz.

Und da gibt es noch die Erinnerungen von Uwe Storjohann, der beschreibt, was Rudolf Fehling in der Reichspogromnacht am Bornplatz getrieben hat:

„Ich war in meinem Zimmer, als Vater am frühen Nachmittag von der Jahnschule nach Hause kam. Ich habe genau gehört, was auf dem Korridor gesprochen wurde. Jedes Wort. ‚So macht man Deutschlands Namen keine Ehre. Stell dir vor, der Fehling hat die Synagoge in der Rutschbahn angezündet...‘. Fehling ist Vaters Kollege, Turnlehrer in der Jahnschule. ‚Und am Bornplatz in der großen Synagoge haben sie alles kurz und klein gemacht, die Fensterscheiben, den Vorhang, die heilige Lade, Thorarollen und Teppiche.‘

‚Sie‘ – das sind die Vollzugstruppen des heiligen Volkzorns: SA, SS, Politische Leiter, Jahnschullehrer Fehling als Kreisleiter an der Spitze.

Vater nimmt die Juden nicht in Schutz. Natürlich müsse man sich wehren, wenn deutsche Staatsbürger im Ausland niedergeschossen würden, aber doch nicht mit solchen Übergriffen.

‚Lass die Juden sein, wie sie wollen, aber Synagogen – das sind Gotteshäuser, das sind ihre Tempel. Daran vergreift man sich nicht‘. Der Kollege Fehling hat mit seinen Brandschatzfa-

ckeln auch Vaters Idealbild vom ‚edlen Deutschen‘ angekokelt. ‚Und er brüstet sich auch noch mit seiner ‚Heldentat‘ ‘! Tut sich damit dicke, daß sie die Juden rudelweise aus den Häusern raus geprügelt haben, mitten in der Nacht! Und lacht sich halbtot darüber, dass einer von den Geprügelten ‚Hilfe, Polizei‘ gerufen hat.“

## Biografische Daten

Rudolf Fehling wurde am 9.4.1897 in Hamburg geboren. Sein Vater war Postschaffner und langjähriger Geschäftsführer des ehemaligen Bauvereins der Postbeamten in der Gustav-Falke-Straße. In der Mansteinstraße in Eimsbüttel ist ein Block nach ihm benannt und eine Gedenktafel angebracht.

1916 hatte Rudolf Fehling sich freiwillig für den Kriegsdienst gemeldet und war „6 Wochen im Felde“, wie er in seinem Lebenslauf selbst schrieb.

Rudolf Fehling besuchte das Lehrerseminar in Hamburg und absolvierte schon am 22.2.1918, als noch 20-Jähriger, die Prüfung. „Festangestellter beamteter Lehrer“ wurde er am 1.4.1922, seine erste Schule war die Volksschule Wrangelstraße 83.

1927 wechselte Fehling an die Schule Kielortallee zu Schulleiter Peter Jacobsgaard. Mit Ja-

cobsgaard und einem Großteil des Kollegiums wechselte Fehling 1934 von der Kielortallee an die Schule Bogenstraße, die auf Fehlings Initiative kurz darauf Jahnschule genannt wurde.

### **Fehling und die NS-Bewegung**

Rudolf Fehling trat zum 1.5.1933 in die NSDAP ein. Gleichzeitig war er Mitglied im NSLB geworden. Dort übernahm er bald die Funktion eines Gauhauptstellenleiters für Eimsbüttel. Offenbar in Zusammenarbeit mit Schulleiter Peter Jacobsgaard war Fehling auch im Curiohaus beim NSLB aktiv als Unterstützung des Kassenverwalters. Laut späterem Entnazifizierungsfragebogen war Fehling weder in der SA noch SS Mitglied.

Die Exzesse Fehlings in der Synagoge am Bornplatz zeigen, dass dort nicht nur die SA wü-

tete. Nach Uwe Storjohann gab es für Fehlings Gewalteinsatz in der Reichspogromnacht kein Verständnis im Kollegium der Jahnschule: „Das Verhältnis des Kollegiums an der Jahnschule ist nicht spezifisch durch die eine oder andere vorherrschende Einstellung geprägt gewesen. Nur einmal hat sich öffentliche Empörung gezeigt. Nach der Reichskristallnacht vom 9. November 1938. Am Morgen danach sei Fehling mit deutlichen Spuren einer ‚schmutzigen Arbeit‘ in die Schule gekommen und habe mit den Ereignissen und seinem Mitwirken sowohl vor Kollegen als auch vor Schülern geprahlt. Das Kollegium sei sowohl über die Ereignisse an sich als auch über das Verhalten Fehlings schockiert gewesen.“

SS-Mann Walter Behn gehörte zu diesem Zeitpunkt noch zum Kollegium der Schule Binderstraße 14.

Neben seiner schulischen Hauptleidenschaft als Turnwart war Fehling für die NS-Bewegung und für militärische Übungen unterwegs, mit dem Ziel, seine Offizierskarriere schon vor dem Krieg auf den Weg zu bringen. Vom 18.2. bis 16.3.1935 nahm er an einem Lehrgang der Gauführerschule teil. 1936 jubelte er Hitler und Goebbels beim Reichsparteitag in Nürnberg zu (10.9.-17.9.1936).

Und Urlaub für die Reichswehr und für militärische Übungen gab es ab 1935 jedes Jahr. In jeweils etwa 6 Wochen wurden die potenziellen Offiziere auf den zukünftigen Krieg vorbereitet.

Am 29.7.1937 teilte Fehling nach einer Übung stolz mit, zum Leutnant der Reserve befördert worden zu sein. Dies alles kam in die Lehrer-Personalakte.

Im Jahr 1938 gab es gleich zwei Beurlaubungen: vom 21.4.

Foto: Staatsarchiv HH



**Rudolf Fehling vorne, 3. v. rechts. Stehend letzte Reihe, 2. von rechts: Schulleiter Peter Jacobsgaard. Letzte Reihe, 3. v. links: Hans Einfeldt, Verbindungsmann der Hitler-Jugend zur Schulverwaltung.**

bis 18.5.1938 eine „Pflichtübung“ für Reserveoffiziere und im Herbst (15.9.-24.10.1938) eine „aktive Wehrübung“. Vertretungskräfte gab es keine, es ging zu Lasten des übrigen Kollegiums, wie auch bei H. Reiser und R. Waage, die genau so häufig zu militärischen Übungen unterwegs waren. Schulleiter Jacobsgaard war gar nicht begeistert. Er wies darauf hin, dass Fehling in dem Schuljahr schon einen Monat weg war. Er hätte „kaum Gelegenheit“ gehabt, „im Sommerhalbjahr seine Klasse zu unterrichten“.

Aber Hitler-Deutschland hatte Großes vor. Im März 1939 beantragte Fehling eine weitere Übung für den 20.4. bis 3.5.1939. Jacobsgaard weist darauf hin, dass er dann Fehlings Klasse „auf Parallelklassen aufteilen muss“. Trotzdem genehmigte die Behörde.

Am 30.8.1939 wurde Fehling zur Wehrmacht eingezogen. Jacobsgaard blieb nur noch die

Aufgabe, Ersatz und Vertretung zu regeln. Der Behörde wurde von ihm am 8.5.1940 mitgeteilt, dass Fehling und Reiserer jeweils zum Oberleutnant befördert worden seien und Walter Behn zum Leutnant.

Über Fehlings weitere Kriegskarriere wurde erst 1947 wieder etwas aktenkundig, als er 1946 nach 2  $\frac{3}{4}$  Jahren aus amerikanischer Gefangenschaft nach Hamburg zurückkehrte.

### Turnwart Fehling

Das Turnen bekam an den Schulen unter der NS-Herrschaft eine besondere Bedeutung. Die 3. Sportstunde in der Woche, ein Spielnachmittag und das pflichtmäßige Schulschwimmen waren jedoch schon vor 1933 in Hamburg eingeführt worden. Neu war: „Der Wandel des bisherigen Schulturnens zur ‚politischen Leibesübung‘ und damit die grundsätzliche Anerkennung der Leibesübungen als ein gleichberechtigtes Erziehungsgebiet“.

Fehling arbeitete in der Fachschaft Turnen des NSLB mit. Dort wurde ein „Schulplan für den Unterricht in allen Leibesübungen“ verfasst, der von dem Präsidenten der Kultur- und Schulbehörde zur Probe in Kraft gesetzt wurde. Danach sollten in Zukunft alle Schüler im Fach Leibesübungen bewertet und zensiert werden.

Darüber hinaus setzte sich Fehling dafür ein, an der Jahn-schule eine „bewusst vaterländische und völkische Erziehung“ durchzusetzen: „das alte Jahnsche Turnen mit neuem Geist“. Richard Waage schreibt in der Schulchronik der Jahn-schule auch, dass es Fehling war, der schon 1932 den Gedanken, die neue Schule in der Bogenstraße „Jahnschule“ zu nennen „mit führenden Männern der Deutschen Turnerschaft in Hamburg“ ins Gespräch gebracht hatte.

Fehling war es auch, der ein Fortbildungsprogramm entwickelt hatte, um die Lehrer der

Foto: Staatsarchiv HH



Turnwart Rudolf Feeling beim Sportfest der Jahn-schule bei der Siegerehrung.

Jahnschule zu befähigen, den Unterricht „im neuen Geiste“ zu bewerkstelligen. So schreibt er in seinem Bericht als Turnwart der Jahnschule über das 1. Halbjahr 1934: „Es war nicht immer möglich, Turnlehrkräfte für alle Klassen frei zu bekommen. – Um trotzdem noch gute Erfolge zu erzielen, wurden für weniger kundige Lehrkräfte drei Musterturnstunden vom Turnwart abgehalten. In einer letzten Schulstunde wurden die Kinder bis auf die Vorführklasse nach Hause geschickt, um allen Lehrkräften die Teilnahme zu ermöglichen.“

Dass Fehling nicht nur das Turnen am Herzen lag, zeigt ein Aufsatz Fehlings, der am 12. Februar 1938 auf der Titelseite der Hamburger Lehrerzeitung unterm Hakenkreuz erschien. Unter dem Titel: „Vormilitärische Erziehung der deutschen Jugend“ wird deutlich, wie Fehling das Turnen strategisch einbettete – und vielleicht auch, wie die NS-Ideologie des sich für Höheres rüstenden Offiziers sich in seinem Denken auswirkte. Da nahezu alle Hamburger Pädagogen Mitglieder im NSLB waren, kamen Fehlings kriegsvorbereitenden Gedanken auf jeden Lehrertisch. Im Entnazifizierungsverfahren nach dem Krieg sollte dieser Aufsatz eine besondere Rolle spielen. Darum und um die Gedanken Fehlings im Jahr vor Beginn des 2. Weltkrieges genauer zu kennen, hier einige wesentliche Zitate:

„Es gibt leider noch sehr viele Erzieher, die die Grundsätze der nationalsozialistischen Erziehung nicht beherzigen. Und unser Führer hat sie in seinem ‚Kampf‘ so klar herausgestellt: Auf Seite 452 lesen wir: ‚Der völkische Staat hat seine Erziehungsarbeit in erster Linie auf die Heranzüchtung kerngesunder Körper einzustellen. Erst in zweiter Linie kommt dann die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten. Hier aber an der Spitze die Entwicklung des Charak-

ters... Erst als Letztes die wissenschaftliche Schulung.‘ – Die Reihenfolge der Aufgaben ist wichtig; wichtig ist aber auch, dass nicht eins allein gefordert wird, sondern Ziel ist der ganze Mensch im Charakter, Geist, Körper und Wissen. Die heutige stärkere Betonung der Leibesübungen ist noch vielen unverständlich, aber immer noch gibt es Ballast, der aus der Schule herausgeworfen werden müsste, damit die Bahn wirklich frei wird für eine neue Erziehung, für vermehrte Leibesübungen. In der alten liberalistischen Zeit war die Schule weniger Erziehungsstätte sondern ein Mittel, die einzelnen Fähigkeiten für seinen Kampf ums Dasein zu vermitteln. Nicht die Methode, nicht der Geist waren den Eltern wichtig, die Hauptsache war, dass der Junge etwas lernte. Das ist eine liberalistische Auffassung, die nur darum sorgt, dass es dem einzelnen gut gehe. Aber der große Krieg hat es doch besonders in seinen letzten Jahren jedem anschaulich bewiesen, dass der einzelne nichts, die Nation alles ist, dass ein Schicksalsband uns alle umschlingt, und demgemäß muss die Schule das Volk im Kampf ums Volksdasein stärken. Damit erhalten wir eine andere Einstellung zu den wissenschaftlichen Fächern.“

Obwohl der Aufsatz sicherlich von der HLZ-Schriftleitung redigiert wurde, zeigt er auf allen Ebenen die Dürftigkeit des Denkens und Schreibens Fehlings. Vielen reformpädagogisch orientierten Mitgliedern des alten Lehrerverbandes (Gesellschaft der Freunde) dürften die Haare zu Berge gestanden haben.

„Dass in dieser Einstellung der Schule zu Volk und Vaterland auch die Wehrerziehung einen Raum einnehmen muss, sollte jedem Lehrer klar sein, Volk und Staat gehen sanft auch hier über die Lehrerschaft hinweg, wie sie es schon einmal getan haben.“

Fehling beschreibt eindeutig,

worum es geht. Wenn Uwe Storzjohann als Grundschulkind im Sportunterricht darunter gelitten hat, nicht Fußball spielen zu dürfen, sondern von Schleifern und Sadisten gequält wurde, wird in diesem Aufsatz deutlich, welche Ziele dahinter steckten:

„An der Marne hat sich die deutsche Illusion eines Menschenalters gerächt, Deutschland könnte sich anders als wehrhaft behaupten.‘ Dieser Satz von Horst von Metzsch, dass es um die Bewahrung des deutschen Lebensraumes geht, findet heute überall Anerkennung, aber ist man auch geneigt, die Folgerungen daraus zu ziehen? Und dabei sind wir doch über die Auswirkungen eines totalen Krieges im Klaren.“

„Wir dürfen also im Frieden nichts versäumen, wenn wir aus den Erfahrungen des letzten Krieges etwas gelernt haben. Noch lebt die Generation der Kriegsteilnehmer, und sie hat noch eine große Aufgabe zu erfüllen: Der Jugend die große Schicksalsbedeutung des Weltkrieges klarzumachen.“

„Denn das sind die Lehren der letzten Jahre: Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selber helfen. Der Starke hat immer recht. Ein Völkerrecht gibt es nicht, wenn es um Lebensfragen des eigenen Volkes geht.“

„Wer in der Stunde der Not nicht kriegstüchtig ist, muss es gegebenenfalls mit seinem Leben bezahlen und droht damit, sein Volk in Mitleidenschaft zu ziehen. Unsere Jugend sei männlich hart, gehorsam, waffen-tüchtig und charakterfest; das sind mit kurzen Worten die Forderungen, die heute an unsere Jugend gestellt werden.“

Es gibt nur wenige Beispiele in der Hamburger Lehrerzeitung, in denen so unverblümt auf den Krieg vorbereitet wurde:

„Erforderlich ist der Einbau des Wehrgeistes in die gesamte Lebenshaltung des Volkes. Nicht Elternhaus, Schule und

# Hamburger Lehrerzeitung

Wochenchrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes Gau Hamburg

17. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 12. Februar 1938

Nummer 6

## Vormilitärische Erziehung der deutschen Jugend

Von Rudolf Fehling

Bei jedem Titel fordern mich die Fachlehrer auf und mitreißender Gelehrte für ihre Befähigung, zunächst eine Befähigung ihres Unterrichts durch Durchführung eines neuen Faches. Es sind meistens die Jambren, wenn durch eine Feiertag, noch einen Feiertag, auch ein Sportfest dem Unterrichts Stunden wegnommen werden. Und mit der Befähigung ihres Berufes haben sie recht! Aber kommt es darauf an? Ist es das Ziel der Schule im nationalsozialistischen Staat, vorzüglich

gerichtet und wehrbereit sein, wenn ein strenger Staat dies je wieder von jedem Volk zu fordern sollte. Denn das sind die Lehren der letzten Jahre: Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selbst helfen. Der Staat hat immer recht. Ein Diktator gibt es nicht, wenn es um Lebensfragen des eigenen Volkes geht.

So kommt es heute mehr denn je auf Wehrbereitschaft und Dienstleistung für die Lebensfragen des Volkes an. Diese Volkseigenen

**„Wir sollten endlich den liberalistischen Satz 'Wissen ist Macht' austreichen und dafür schreiben: Kanonen sind Macht!“ (Fehling in hlz 6/1938)**

Jugendbewegung sind Träger einer Wehrerziehung, die ihre Krönung im Militärdienst findet. Nein, sein ganzes Leben lang muss der Deutsche sich als Verteidiger der Nation und ihres Lebensraumes fühlen. **Höchster Stolz des Jünglings wie des Mannes ist, Waffenträger der Nation zu sein!**“

Und Wehrerziehung ist fächerübergreifend für Fehling und muss das Elternhaus mit einbeziehen, wie er schreibt:

**„Im Elternhaus erinnern den Jungen Kriegsbriefe, Andenken, Tagebücher und Erzählungen des Vaters an die große Zeit, formen einen gewissen Familienstolz, erwecken oft eine alte Tradition.“**

**„Im Deutsch- und Geschichtsunterricht bietet die Auswahl des Stoffes genug Gelegenheit, von Helden- und Soldatentum zu sprechen. Die Jungen müssen Geschichte erleben, Zeiten und Zustände verstehen lernen. In der Erdkunde kann man geopolitische Fragen streifen, auf Kartenkunde und Wetterdienst eingehen, in der Mathematik Landmessung, in der Physik Flugbahnen, Fern-**

**sprecher, Radio behandeln, Kampfstoffe sind ein Thema für den Chemieunterricht. Ferner müssen in den staatspolitischen Unterricht Truppenkunde und Waffenkunde einbezogen werden, ohne dass man sich dabei in Einzelheiten verlieren muss.“**

Fehling wird nach 1945 wie viele andere behaupten, dass er „kein Aktivist, kein Militarist und immer Demokrat war“, wie er eines seiner Papiere überschreibt. Eine groteske Behauptung von jemandem, der sich an so exponierter Stelle in dieser Weise schriftlich geäußert hat. Ich beschränke mich auf einige wenige Zitate. Der ganze Aufsatz, 1937 geschrieben, ist ein fürchterliches Sammelsurium von unzweideutigen Aussagen, die eine Jugend zielgerichtet auf einen Krieg vorbereiten sollen.

**„Wir sollten endlich den liberalistischen Satz ‚Wissen ist Macht‘ austreichen und dafür schreiben: ‚Kanonen sind Macht!‘ Das sollte heute jeder begriffen haben. Unsere Jugend drängt zum Soldatischen, sie fordert es ernsthaft und will keine Soldatenspielerlei. Das ist aber nur eine Frage der Ausbil-**

**der.“**

Fehlings Vorstellungen des Zusammenwirkens vormilitärischer Erziehung und militärischer Ausbildung werden von ihm klar beschrieben:

**„Ich halte folgenden Plan für die Wehrausbildung als geeignet: Vom 10. bis 14. Lebensjahr: Vorbereitung im DJ, Geländedienst, Erziehung zur Härte, wie bisher. Vom 14. bis 16. Lebensjahr wird die Vorausbildung fortgesetzt, dazu treten Kriegsspiele, Schießen und anderes. Vom 16. bis 18. Lebensjahr erfolgen die soldatische Grundausbildung mit Gewehr und der formale Schützendienst. Vom 18. bis 20. Lebensjahr gehört der Jugendliche der Miliz (SA?) an und erfährt seine Ausbildung im Felddienst und in den Spezialwaffen. Bei 40 Wochen Dienst im Jahr; einem Übungs- oder Unterrichtsnachmittag von 3 Stunden in der Woche, einem monatlichen Ausmarsch ins Gelände erstreckt sich dann die Ausbildung über 10 Jahre!“**

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt

# Kinder gegen Kinderarbeit

Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni

Fast wie ein Profi greift Akbarschah zum Mikrofon. Und ein Profi ist er ja schon fast, denn schon zum zweiten Mal tritt er mit seinen Mitschüler\_innen am Welttag gegen Kinderarbeit auf dem Ida-Ehrenplatz auf, begleitet von seinen Lehrerinnen. „Stopp Kinderarbeit!“ ruft Akbarschah.

Auf einer Wäscheleine hängen die restlichen selbst genähten und bemalten Puppen-T-shirts, die die Schüler\_innen der Grundschule Mümmelmannsberg im letzten Jahr im Projekt „Kinderrechte“ angefertigt hatten. Viele der Puppen-T-shirts wurden schon früher in einer Auktion im Billstedtcenter versteigert. Wie schon damals soll der Erlös wieder für die Projekte der GEW-Stiftung „Fair Childhood“ gespendet werden.

Auch an diesem 12. Juni soll

wieder viel Geld zusammen kommen. Dafür sorgen durch ihr selbstbewusstes Auftreten Akbarschah, Aurelia, Imran, Jamila, Jan-Philipp, Nehir, Paula, Pollyana, Samim, Safora, Sarah, Vanessa stellvertretend für die Projektgruppe „Kinderrechte“ ihrer Schule. Und sie beeindruckten die Passantinnen und Passanten in den Gesprächen mit ihren guten Kenntnissen über Kinderarbeit in anderen Ländern Europas und der Welt und mit ihrer Entschlossenheit, dagegen etwas zu unternehmen. Sehr viele der Vorbeikommenden lassen sich ausführlich informieren und nehmen gegen eine Spende ein T-shirt und eine preisgekrönte Schülerzeitung mit.

Nicht nur die Kinder ernten viel Lob, auch die Lehrerinnen bekommen sehr viel Anerkennung. Nach zwei Stunden ist

Foto: Volker Peters



**Birgit Matthiessen in Aktion auf dem Ida-Ehre-Platz**

die Aktion vorbei und die Wäscheleine wird wieder eingerollt. Müde sind sie, aber auch sehr froh: eine Summe von 505,81 Euro ist zusammengekommen. Auch dieses Geld kommt wieder „Fair Childhood“ zugute, um den Kampf gegen Kinderarbeit fortzuführen.

„Versprochen“, sagt Birgit Matthiessen, die Lehrerin, „nächstes Jahr kommt eine neue Aktion.“

MAGDA PETERS  
VOLKER PETERS

## Aus dem Aufruf:

„Statt zur Schule zu gehen, schufteten überall Kinder täglich auf Plantagen in der Landwirtschaft und in Steinbrüchen, in Nähstuben, Textil- und anderen Fabriken, in Werkstätten, als Schuhputzer, Parkwächter und Prostituierte auf den Straßen oder als Hilfs- und Putzkräfte im Haushalt. Auf deren Situation machen die Grundschulkinder vom Mümmelmannsberg mit ihren selbst genähten Puppen-T-Shirts mit den aufgedruckten Botschaften aufmerksam. Alle Kinder auf der ganzen Erde sollten eine Grundschule besuchen, die ihnen kostenfreie Bildung in guter Qualität bietet. Allen Jugendlichen und Erwachsenen sollte der Weg zum lebenslangen Lernen offenstehen“, so Volker Peters, Sprecher der Arbeitsgruppe „Bildung statt Kinderarbeit“.

**Hintergrund:** Das auf dem Weltbildungsforum in Dakar im Jahr 2000 festgelegte Entwicklungsziel „bis 2015 sollen alle Mädchen und Jungen weltweit zur Grundschule gehen können“ wird nicht erreicht. Nur 23 % der auf dem Land lebenden Mädchen in Afrika, südlich der Sahara, schließen die Grundschule ab. 1999 gingen insgesamt 204 Millionen Kinder und Jugendliche weltweit nicht zur Schule. 2015 sind es immer noch 58 Millionen Kinder und 63 Millionen Jugendliche, die keinen Zugang zu Grund- und Sekundarschule haben.

Der UNESCO Weltbildungsbericht 2015 belegt den direkten Zusammenhang von Bildung und Armutsbekämpfung, Gesundheit oder auch Demokratie.

Rückfragen: VOLKER PETERS, 0176 - 51 70 76 28  
(siehe auch: [www.gew-hamburg.de/mitmachen/arbeitsgruppen/ag-bildung-statt-kinderarbeit](http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/arbeitsgruppen/ag-bildung-statt-kinderarbeit))

# Rest-Cent wird Gold

Keine Container mehr. Aber Geld und Engagement öffnen neue Tore

2014 feierten wir – die GEW-Hamburg – das 30-jährige Jubiläum unserer Partnerschaft mit der Lehrgewerkschaft AN-DEN in León/Nicaragua. Seit so langer Zeit sammeln Hamburger Schulen für Schulen in León Geld, Schulmaterial und Kleidung. Fast genau so lange ist im Etat der GEW ein Betrag für den Erhalt des Gewerkschaftshauses in León und für die Finanzierung der Gewerkschaftsorganisation festgeschrieben.

Im Herbst 2013 schickten wir den letzten Container nach Nicaragua. Es ist kostspieliger und schwieriger geworden, einen Container über den Atlantik und in das Land zu bringen. Wir ha-

## Ein Beispiel:

Die Grundschule Tonndorf sammelt zusammen mit der Kirchengemeinde für den Kindergarten Jardin de Oriente. Dort arbeiten drei Erzieherinnen mit etwa 100 Kindern im Alter zwischen 3 und 5 Jahren. Der Kindergarten liegt direkt neben einer Marktstraße. Längst haben sich alle Marktbesucher daran gewöhnt, die Abkürzung über das Gelände des Kindergartens zu gehen. Längst haben sich auch alle daran gewöhnt, das Gelände hinter dem Haus für alle möglichen Geschäfte zu benutzen. Leidtragende sind die Erzieherinnen und die Kinder.

Jetzt haben die Tonndorfer, auch mit Hilfe des Hamburger Vereins Maria de Apante, einen Zaun um das Gelände bauen lassen und sie wollen außerdem drei Toiletten für Kinder und Erzieherinnen finanzieren.

Im Verlauf dieses Projektes schickte uns Bernarda Lopez, die Koordinatorin der Schulpartnerschaften in León, einen Brief, den wir hier gerne zitieren möchten:

„Für uns ist das Projekt der Schulpartnerschaften zwischen Hamburg und León nicht eigentlich eine Frage des Geldes. Viel wichtiger ist die politische Unterstützung, die wir in den mehr als 30 Jahren eurer Solidarität gespürt haben. Deswegen muss jeder Cent, den ihr uns habt zukommen lassen, in Gold aufwogen werden. Einmal durch die Anstrengungen, die ihr unternimmt, um das Geld zusammen zu bekommen, zum anderen durch die Bedeutung eurer Gaben für die Schüler\_innen und Lehrer\_innen hier. Vor allem

aber, weil ihr uns – zu einer Zeit, als die neoliberalen Regierungen den Schulen alle Türen zusperren wollten – ihr uns neue Tore geöffnet habt.

Natürlich ändern sich die Zeiten. Aber unsere Hoffnung wäre, dass die Partnerschaften auf diesem Weg und in so wunderbarer und brüderlicher Weise weiter voranschreiten könnten. Dabei denke ich vor allem an die anhal-



... Geschäfte

tende und unschätzbare Zusammenarbeit mit euch, aber auch an den gegenseitigen Respekt, den wir uns in all' den Jahre haben bewahren können.“

## Und noch etwas:

Mit den Besoldungsmitteln für Hamburger Beamte, Angestellte und Arbeiter wurde ein Anschreiben von Bürgermeister Scholz verschickt, in dem er für die Restcent-Aktion der Stadt Hamburg für León wirbt. Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, sich an dieser Aktion zu beteiligen und das angegebene Formular auszufüllen. Am Einfachsten ist es, wenn die Vertrauensperson einer Betriebsgruppe den Vordruck mehrfach kopiert, den KollegInnen vorlegt, die ausgefüllten Bögen wieder einsammelt und zusammen an das Personalamt schickt.

BARBARA BRIX, PATRICIA BARSKI



Zaun gegen ...

ben uns daher entschlossen, keine Container mehr zu schicken, sondern Geld zu sammeln und es für notwendige Anschaffungen in Leóner Schulen zu verwenden.



# Urlaubsabgeltung nach Krankheit bei Beamten



Bereits im Jahr 2013 hat das Bundesverwaltungsgericht bestätigt, dass die Grundsätze der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes zur Urlaubsabgeltung nach Krankheit auch für Beamtinnen und Beamte gelten. Aufgrund einiger Nachfragen zu dem Thema informieren wir an dieser Stelle.

## Wann besteht ein Anspruch auf Abgeltung des Urlaubs?

Der Anspruch auf Abgeltung besteht nur dann, wenn der Urlaub wegen Krankheit nicht in Anspruch genommen werden konnte und das aktive Beamtenverhältnis durch Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand endete.

## In welchem Umfang besteht der Anspruch?

Der Anspruch betrifft nur den gesetzlichen Mindesturlaub in Höhe von 24 Werktagen im Jahr, bei einer Verteilung der Arbeitszeit auf 5 Tage in der Woche entspricht das 20 Tagen. Hamburger Beamte\_innen steht ein jährlicher Urlaubsanspruch von 30 Tagen zu, die 10 Tage, die über den gesetzlichen Mindesturlaub hinausgehen, verfallen,

da eine Auszahlung hier nicht gesetzlich geregelt ist.

Abgegolten werden können nur die Tage, die wegen Krankheit vor Eintritt/Versetzung in den Ruhestand nicht mehr genommen werden konnten. Beginnt also die Krankheit, die bis zur Pensionierung andauert, im laufenden Kalenderjahr, sind die bereits gewährten Urlaubstage nicht mehr abzugelten. Bei Lehrer\_innen ist die Bestimmung, wieviele Urlaubstage bereits gewährt wurden, naturgemäß schwierig. Auch

wenn vor Beginn der Krankheit bereits Ferien lagen, sollte aber zumindest dann die Abgeltung des gesamten Urlaubs beantragt werden, wenn wenigstens 20 Ferientage im Kalenderjahr

nach Beginn der Krankheit verbleiben. Wenn die Behörde den Antrag (teilweise) ablehnen sollte, sollten sich die Kolleg\_innen bei der Rechtsberatung der GEW melden.

## Wann verfällt der Anspruch:

Der Anspruch verfällt 18 Monate nach Ende des Urlaubsjahres, in dem der Urlaub entstanden ist. Das bedeutet, dass noch abzugeltender Urlaub aus dem Jahr 2013 am 30.06.2015 verfällt. Kolleg\_innen, die nach längerer Krankheit in den Ruhestand eingetreten oder versetzt worden sind und die für das Jahr 2013 keine Urlaubsabgeltung erhalten haben, sollten daher jetzt einen entsprechenden Antrag beim Personalsachgebiet stellen. Die Behörde sollte die Abgeltung eigentlich automatisch vornehmen, dennoch sollte geprüft werden, ob es eine entsprechende Auszahlung gab.

ANKE BEYER  
Rechtsschutzreferentin  
der GEW Hamburg

*Bei Rückfragen hilft die  
GEW-Rechtsberatung  
gerne weiter*

**LesePeter**  
WWW.AJUM.DE



Im Juni 2015 erhält den *LesePeter* das Jugendbuch:

**Hannele Huovi**  
**Die Federkette**  
Übersetzt aus dem Finnischen von Anu Stohner

Hanser Verlag München 2014  
ISBN 978-3-446-24628-7  
240 Seiten - 14,90 € -  
ab 13 Jahren

Eleisa hat die besondere Gabe, die Sprache der Vögel zu verstehen. Nach einem folgenschweren Unglück aber wird sie durch



eine Federkette an einen Falken gebunden. Um die Kette zu lösen, machen sie sich auf die Suche nach einer Zauberquelle. Die Reise ist nicht nur abenteuerlich, weil sie nicht wissen, wo sie suchen müssen, sondern auch, weil sich Eleisa und der Falke eigentlich

nicht ausstehen können.

Dieser Roman ist aber nicht einfach eine „fantastisch-poetische Geschichte von der Freundschaft zwischen Mensch und Tier“ (Buchdeckel), sondern ein Paradebeispiel fantastischer Jugendliteratur. In die klassischen Elementen der literarischen Fantastik, nämlich parallele Welten und Grenz-

gänge in Verbindung mit dem romantischen Motiv des Verlusts des persönlichen Schattens, ist eine kritische Stellungnahme zu sozialen und ethischen Fragen eingearbeitet, die eine parabelhafte Sinnebene eröffnet und die Lektüre zu einem Gewinn macht.

Dieser Roman zeigt, wie Literatur uns unsere Welt spiegeln und zur Reflexion von existenziellen Erfahrungen, Werten und Normen anregen kann. Und damit ist die „Federkette“ mehr als nur poetisch-fantastische Weltflucht. Der Roman ist vielmehr realitätsbezogener Diskurs. Und das geht uns alle an!

Im Juli 2015 erhält den *LesePeter* das Sachbuch:

**Bernd Hill**  
**Bionik – Schmetterlingen abgeschaut**

Knabe Verlag Weimar 2015  
ISBN 978-3-944575-34-6  
128 Seiten - 16,95 € -  
ab 10 Jahren

Das Reich der Schmetterlinge ist nicht nur schillernd und bunt, sondern auch sehr vielfältig, denn es gibt über 200 000 Arten, die auf der ganzen Welt verteilt sind. Vom Autor wird aufgezeigt, wie Schmetterlinge durch ihre Anpassungsfähigkeit auf sich verändernde Umstände zum Vorbild für viele technische Erfindungen wurden. Kleine Experimente, Beobachtungsaufgaben und Arbeitsblätter helfen dabei hinter das Geheimnis dieser beeindruckenden Spezies zu gelangen und regen gleichzeitig zu eigenem kreativen Handeln an.



Im August 2015 erhält den *LesePeter* das Bilderbuch:

**María Julia Díaz Garrido**  
**(Text), David Daniel Álvarez Hernández** (Bild)

**Als die Vögel vergaßen, Vögel zu sein**

Reihe: *Kleine philosophische Bibliothek*

Aus dem Spanischen von Lydia Thiesen

Aracari Verlag Zürich 2015

ISBN 978-3-905945-51-5

28 Seiten - 14,90 € - ab 5 Jahren

Wer bin ich und was? Eine kleine kritische Geschichte der Menschheit in wenigen Bildern, die ausgesprochen akkurate, ausschließlich mit Bleistift gezeichnete Vögel in menschlicher Kleidung zeigen. Die sehr nachdenklich machende Geschichte kommt ohne Farbe und mit nur wenigen Wörtern aus, obwohl sie die drei Grundsatzfragen der Philosophie „auch“ für Kinder auf den Punkt bringt.



Der *LesePeter* ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter [www.ajum.de](http://www.ajum.de) (*LesePeter*) abrufbar.

# Notwendigkeit Zivilcourage

Gründer des Bertini-Preises vom Bundespräsidenten ausgezeichnet

Fotos: Bernhard Nette



**Michael Magunna**

Am 26. Mai 2015 erhielt der pensionierte Lehrer der Gesamtschule Bergdorf, Michael Magunna, in Gegenwart zahlreicher Ehrengäste aus der Hand des Hamburger Bildungssenators Ties Rabe eine hohe Auszeichnung. Der Bundespräsident hatte dem engagierten Lehrer und Gründer des Bertini-Preises, benannt nach dem großen Roman von Ralf Giordano über die NS-Verfolgung jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Hamburg, das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Michael Magunna hat einmal gesagt: „Ich wollte beteiligt sein an der guten Sache der Aufklärung.“ Er betrachtet Aufklärung und Zivilcourage als Grundgerüst der Demokratie. Und er hat vor über

20 Jahren mit der Gründung des Bertini-Preises Schülerinnen und Schüler aufgefordert, zu jeder Form von Rassismus und chauvinistischem Nationalismus in Hamburg tätig Stellung zu nehmen.

Damit hat er seit 1996 die Zukunft der Hansestadt Hamburg verändert. „Beispiele für aktive Toleranz zu geben und diese zu fördern“, nannte er es. „Beispiele für aktive Integration von Ausländern und Minderheiten zu geben und zu fördern; innovativ und aktiv zu werden bei der Hilfe und Schutz bei Verfolgung und Diskriminierung in ihrem Gemeinwesen oder Hilfe und Schutz organisieren.“

Gleichzeitig steht der Bertini-Preis seit seiner Gründung 1996 immer auch für die Erinnerung an den Holocaust. „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ (Theodor Adorno) – dies wurde zur Richtschnur von

Michael Magunna als Lehrer.

Er erinnerte die Stadt Hamburg daran, dass ihr der Glücksfall zuteil geworden sei, „einen Roman geliefert zu bekommen, in dem Hamburg zur Zeit des Nationalsozialismus so erschütternd lebendig dargestellt ist, dass ich nicht zögere, ihn Hamburgs 'Nationalepos' oder sein 'patriotisches Epos' aus dunkelster Zeit zu nennen.“

Magunna betonte in seiner Dankesrede im Rathaus, die Erinnerung an den Holocaust sei keineswegs ein Instrument zum Erlernen der Zivilcourage. Es gehe darum, „Gegenbilder als Räume der Erinnerung“ zu schaffen und den Mut zur Zivilcourage als freiwillige Notwendigkeit zu begreifen. Er forderte im Umgang mit dem Holocaust „Wahrhaftigkeit“ im Sinne der aufrichtigen Mühe, um hinter die Wahrheit zu kommen.

Michael Magunna erinnerte an Schülerinnen und Schüler, die den Bertini-Preis erhalten haben und nannte sie „nur eine kleine Auswahl an Taten, die durch den Bertini-Preis entstanden oder bekannt geworden sind.“

Die Anwesenden waren sich einig: Der ehemalige Lehrer der Gesamtschule Bergedorf, Michael Magunna, hat sich um Hamburg und Deutschland verdient gemacht. Er wurde zu Recht ausgezeichnet.

BERNHARD NETTE  
Ruheständler



**Senator Rabe ehrt den Gründer des Bertini-Preises**

# Nachruf

## Wir trauern um die Kollegin Helga Hirsch von der Vereinigung Elbkinder

Die Mitglieder der GEW Betriebsgruppe Elbkinder sind bewegt und traurig, denn unsere langjährige Kollegin und Betriebsratsvorsitzende Helga Hirsch ist am Samstag, den 06.06.2015 gestorben. Helga wurde am 25.07.1944 in Bielefeld in ein sozialdemokratisches Elternhaus geboren. Sie hat eine Ausbildung zur Friseurin absolviert und sich früh bei den „Falken“ engagiert. Nach ihren Erzählungen ist sie als Minderjährige wegen einer Aktion verhaftet worden und bereits vom Verfassungsschutz beobachtet worden.

Nachdem sie nach Hamburg gekommen ist, hat sie zunächst als Arbeiterin bei Valvo am Band gearbeitet. Sie ist Mitglied der KPD geworden und hat unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität in der Adenauer Ära für eine bessere Gesellschaft gekämpft. Im Betrieb hat sie, zunächst für die ÖTV, Gewerkschaftsarbeit geleistet.

Sie hat sich als Hausarbeiterin bei der Vereinigung beworben, um die Interessenvertretung der Arbeiterinnen in der Vereinigung zu stärken, und ist auch schnell dafür in den Betriebsrat gewählt worden. Wer sie kannte, weiß es noch sehr genau: es gab keine Betriebsversammlung, in der Helga nicht Ungerechtigkeiten anprangerte. Die Ausgliederung der Hausarbeiterinnen in eine Tochtergesellschaft konnte sie leider nicht verhindern.

Später hat sie die Ausbildung zur Erzieherin gemacht und im Schulkinderclub Martinstraße gearbeitet. Gleichzeitig war sie die ganze Zeit Mitglied im Betriebsrat und lange auch freigestellte Betriebsratsvorsitzende.

Helga ist Mitglied der GEW geworden und war weiterhin politisch engagiert. Leider ist Helga kurz nach Eintritt in den Ruhestand schwer erkrankt, trotzdem hat sie die Arbeit der Offenen Liste im Betriebsrat der Elbkinder und die GEW Betriebsgruppe auch als Rentnerin noch tatkräftig unterstützt und uns als Delegierte zum Gewerkschaftstag vertreten. Da ihr die Kinderrechte und die Verbesserung der Situation von Kindern am Herzen lagen, hat sie sich bei Fair Childhood beteiligt. Das Elend der Hartz IV Kinder in Hamburg hat sie besonders berührt.

Helga hat sich immer für andere eingesetzt und wollte sich nie unterkriegen lassen. Nun hat sie ihren „Kampf“ leider verloren. Wir werden sie vermissen.

Im Namen der GEW Betriebsgruppe Elbkinder  
SABINE LAFRENTZ



# Einladung



Kulturforum Hamburg e.V.

## Willkommenskultur – beim Wort genommen

am 7. Juli 2015 um 19.30 Uhr, im Ernst Deutsch Theater, Friedrich-Schütter-Platz 1

Auf dem Podium:

**Hendrikje Blandow-Schlegel**, MdHB (SPD), Flüchtlingshilfe Harvestehude

e.V. – **Ali Hakim**, Autor und Filmproduzent afghanischer Herkunft – **Rupert Neudeck**, Journalist, Gründer von „Cap Anamur“ – **Ursula Neumann**, Professorin für interkulturelle Bildung.

Vorgestellt wird außerdem das geplante Integrationsprojekt der „**Rock Kids St. Pauli**“ unter der Leitung von **Peter Achner**.

Moderation: **Cornelie Sonntag-Wolgast**, Kulturforum Hamburg.

Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Ihre rege Beteiligung an der anschließenden Aussprache mit dem Publikum. Bringen Sie gern Freunde mit! Der Eintritt ist frei.

DR. CORNELIE SONNTAG-WOLGAST

gb@-SEMINARE  
JULI BIS AUGUST 2015

## Professionalität

Weitere Infos und Seminarangebote unter  
[gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung](http://gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung)

### Multiprofessionelle Teams an Schulen

Der Ausbau von Ganztagschulen und die Umsetzung von Inklusion erfordert die Kooperation einerseits zwischen allgemeinen und sonderpädagogischen Lehrkräften sowie andererseits weiteren (nicht immer) pädagogisch ausgebildeten Fachkräften. Sollen Schüler\_innen individuell gefördert werden, erfordert das differenzierte Unterrichtsformen, einen offenen Umgang mit Vielfalt und insbesondere multiprofessionelle Teamarbeit. In der Praxis ist die Kooperation allerdings nicht selten mit Schwierigkeiten verbunden und stellt neue Anforderungen an alle Beteiligten. Wie ist es zu schaffen, dass die Arbeit in multiprofessionellen Teams für alle als Bereicherung empfunden wird?

Im Seminar untersuchen wir zunächst ausgehend von eigenen Erfahrungen, was Stolpersteine und Gelingensbedingungen für multiprofessionelle Teams sind. Anschließend diskutieren wir folgende Fragen:

Wie lässt sich Kooperation effektiv gestalten? Wie lassen sich kooperative Strukturen implementieren? Wie sollten Teambesprechungen strukturiert werden? Was muss bei der Koordination von Aufgaben beachtet werden? Welche kommunikativen Kompetenzen brauche ich? Wie lassen sich Kooperationsprobleme auf einer individuellen bzw. Beziehungsebene von vornherein vermeiden? Wie kann ich im Team die Rollen

klären und Teamentwicklungsprozesse aktiv fördern?

Dazu stellen wir Erfahrungen vor, die an anderen Schulen gemacht wurden. Schließlich diskutieren wir, durch welche Forderungen und Kampagnen die GEW Arbeit in multiprofessionellen Teams unterstützen kann.

**Fr. 25.09.2015, 11 Uhr**

**Sa. 26.09.2015, 15 Uhr**

**Bad Malente, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte**

*Leitung: Frank Hasenbein,*

*Martina Schmerr*

*Kostenanteil: 40 € incl. Unterkunft / Verpflegung. (ermäßigt 20 €)*

### Überzeugend auftreten und zielwirksam argumentieren

Wer im beruflichen Alltag und bei der gewerkschaftlichen Arbeit Arbeitsergebnisse, Lösungsvorschläge und Ideen präsentiert, will überzeugen – mit seiner Person und mit der Darstellung seiner Inhalte. In diesem Seminar wird in einem rhetorischen Spiel trainiert, wie Argumente und Überzeugungsstrategien wirksam entfaltet werden können. Anschließend werden die produzierten Ideen gemeinsam für die eigene Alltagspraxis maßgeschneidert und schließlich erprobt.

**Samstag 03.10.2015, 10-17 Uhr**

**Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15**

*Leitung: Wolf-Peter Szepansky*

*Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)*

### Yoga und Achtsamkeit

In diesem Seminar lernen wir



durch Körper-, Atem-, Entspannungs- und Achtsamkeitsübungen, Yoga und Achtsamkeit als Kraftquelle für unseren Arbeitsalltag zu nutzen, um Belastungen besser zu begegnen, unsere Leistungsfähigkeit zu erhalten und uns insgesamt gesünder zu fühlen.

In einem Theorie teil beschäftigen wir uns damit, was Stress und Belastung bedeuten, welche Folgen dies für Körper und Psyche hat und wie man speziell mit Yoga etwas zum Ausgleich tun kann.

**Samstag 10.10.2015, 10-17 Uhr**

**Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15**

*Leitung: Kerstin Seide*

*Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)*

### Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail ([meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)), telef. (040-41 46 33 22), online ([gew-hamburg.de/seminare](http://gew-hamburg.de/seminare)), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher\_innen, Referendar\_innen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

# bereit für morgen

150 Jahre staatliche berufsbildende Schulen in Harnburg – eine Fachtagung von GEW und DGB zu diesem Anlass am 10. September ab 8.30 Uhr

Mit einer szenischen Lesung ausgewählter Zeitepochen startet die Tagung. Dieser spezielle Rückblick weist aus gewerkschaftlicher Sicht auf unterschiedliche Facetten beruflicher Bildung in Harnburg hin.

Im Rahmen der Veranstaltung wird der Blick in die Zukunft gerichtet. Mit einem Fachvortrag und in fünf Foren werden sich die Teilnehmenden intensiv mit den Zukunftsproblemen und Herausforderungen der Berufsbildung auseinandersetzen können. Folgende Annahmen liegen hierfür zugrunde:

Das duale Ausbildungssystem wird weltweit als Erfolgsmodell angepriesen. Seine Stärke liegt darin, jungen Menschen eine realitätsnahe Qualifikation und dadurch (theoretisch) die Chance zu einem nahtlosen Übergang auf den Arbeitsmarkt zu bieten. Aber es zeigen sich Risse. Verstärkt durch den demographischen Wandel wird ein „Attraktivitätsproblem“ des Systems sichtbar. Das Bildungsverhalten von Jugendlichen hat sich verändert: So erreicht in Hamburg rund die Hälfte der Schulabgänger\_innen die Hochschulberechtigung, 2013 gab es erstmals ungefähr ebenso viele Studienanfänger\_innen wie Einsteiger\_innen in die duale Berufsausbildung. Vor diesem Hintergrund macht die Parole, „Deutschland leidet am Akademisierungswahn, die duale Berufsausbildung wird ausgehöhlt, es droht ein Fachkräftemangel“ in der Öffentlichkeit die Runde. Gleichzeitig bekommt nur ein gutes Drittel der Schulabgänger\_innen aus Klasse 10 in Harnburg einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Die Betriebe

haben sich überwiegend aus der Ausbildung zurück gezogen.

## Forum 1

**Demographischer Wandel – Fachkräftenachwuchs. Neue Chancen für schwächere Jugendliche?** Ausbildungsinteressierte Jugendliche brauchen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen. Leider ist dies seit einigen Jahren nicht mehr gegeben. Dabei bleiben die vermeintlich schwächeren Schülerinnen und Schüler immer häufiger ohne Ausbildungsplatz. Bisher haben gerade sie nicht vom „demographischen Wandel“ profitiert. Gleichzeitig wird der Mythos vom Fachkräftemangel gepflegt. Liegt hier eine Chance für sie? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Schule, Unterricht, Didaktik und Methodik? Welche Verantwortung haben Betriebe bei der Unterstützung dieser Jugendlichen?

Impulsgeber:

Dr. Gerd Zika, wissenschaftlicher Mitarbeiter für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, / AB, Nürnberg

## Forum 2

**Gemeinsame Oberstufen. Sind Berufliche Gymnasien noch zeitgemäß? Neben dem Abitur auch berufliche Kompetenzen erwerben – wie gelingt dies am besten?**

In Harnburg können die Schülerinnen und Schüler zurzeit auf drei Wegen die allgemeine Hochschulreife erlangen: auf dem Gymnasium, der Stadtteilschule und dem beruflichen Gymnasium. Immer wichtiger wird dabei die berufliche Orientierung in der Oberstufe.

Sind daher berufliche Gymnasien noch zeitgemäß oder sollten nicht vielmehr generell Gymnasien und Stadtteilschulen mit beruflichen Schulen kooperieren und so berufliche Kompetenz noch stärker in den Oberstufen der allgemeinbildenden Schulen fördern?

Impulsgeber:

Ansgar Klinger, Referatsleiter beruf./Bildung/Weiterbildung beim GEW Bundesvorstand

## Forum 3

**Auf die Haltung kommt es an! – Wo bleiben die Ressourcen? Inklusion in der Berufsbildung** Welchen Herausforderungen müssen sich die berufsbildenden Schulen stellen, um Inklusion – das Recht auf Bildung für Alle – zu verwirklichen? Es sollen Gestaltungsspielräume bei der Umsetzung von Inklusion in den berufsbildenden Schulen näher beleuchtet werden. Dies betrifft z.B. die Diskussion um notwendige Ressourcen wie zusätzliches sonderpädagogisches Personal oder Fragen zur Gestaltung von besonderen Ausbildungsberufen (gemäß § 66 BBIG I §42m HwO).

Impulsgeber:

- Dr. Ursula Bylinski, Bundesinstitut für Berufsbildung;  
- Hartmut Sturm, HIBB

## Forum 4

**Wie ausbildungsreif sind die Betriebe? Betriebliche Qualitätsstandards in der beruflichen Bildung. Faktencheck - Ausbildungsqualität im dualen System**

Jugend- und Auszubildendenvertreter\_innen werden über

die Ausbildungssituation in den Betrieben und der Berufsschule berichten.

Auf Grundlage der validen Datenbasis und der Erfahrungsberichte wird anschließend die Frage nach Ansatzpunkten für eine Verbesserung der Ausbildungsqualität im dualen System und die Rolle der daran Beteiligten (Ausbildungsbetriebe, Kammern, staatl. Berufsschulen usw.) erörtert.

Impulsgeber:

- Jeanine Weigel, DGB Jugend Nord;

- Christian Kroencke, DGB Jugend Hamburg

#### Forum 5

**Wie wirkt sich Weiterbildung auf die Beschäftigungsbe-**

**dingungen und die Bedeutung dualer Ausbildungsabschlüsse aus?**

Die Zahl der Weiterbildungs-Tarifverträge steigt. In der Metall- und Elektroindustrie wurden nun konkrete tarifliche Vereinbarungen zur Bildungszeit getroffen. Dennoch setzen die meisten Unternehmen in Deutschland im Gegensatz dazu auf kurze Anpassungsmaßnahmen. Es fehlen damit innovative und systematische Ansätze. Welche gewerkschaftlichen Strategien gibt es zur Stärkung der Weiterbildung? Welche gesetzlichen Rahmenbedingungen brauchen wir? Wie sieht es mit der sozialen Schieflage im System aus? Welche Rolle haben berufsbildende Schulen in der Weiterbil-

dung? Dies sind Fragen, die in diesem Forum diskutiert werden.

Impulsgeber: Matthias Anbuhl, DGB Bundesvorstand, Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit

#### Anmeldungen:

per E-Mail: [fachtag-bb@gew-hamburg.de](mailto:fachtag-bb@gew-hamburg.de) per Telefon: 040 1 4146 33-0

per Internet: [www.gew-hamburg.delfachtag-bb](http://www.gew-hamburg.delfachtag-bb). Bei der Anmeldung bitte den Namen, Kontaktdaten, die Beschäftigungsschule oder die entsendende Institution und das gewünschte Forum angeben.

Der Fachtag "Bereit für morgen" ist vom HIBB als fachliche Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

## Unterrichten im Ausland?

Informationsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer

**Zeit: Dienstag, 6.10.2015, 17:00 bis ca. 20:00 Uhr. Ort: GEW Hamburg, Curio-Haus Rothenbaumchaussee 15, HH**  
**Anmeldung bitte an [info@gew-hamburg.de](mailto:info@gew-hamburg.de)**

Sie tragen sich mit dem Gedanken, für einige Zeit im Ausland zu arbeiten? Es gibt viele Gründe dafür, als Lehrerin oder Lehrer eine Arbeit an einer deutschen Schule im Ausland, ein europäischer Schule oder auch an einer ausländischen Sprachdiplomschule zu suchen, die Deutsch als Fremdsprache anbietet.

#### Zweitausend Lehrkräfte im Ausland

Rund 2.000 deutsche Lehrerinnen und Lehrer nutzen die Möglichkeit, sich einmal in einem ganz anderen Arbeitsfeld auszuprobieren und ihren Erfahrungsschatz zu erweitern. Die GEW unterstützt den Einsatz deutscher Lehrkräfte in

Auslandsschulen, warnt aber gleichzeitig vor falschen Erwartungen. Denn die Wirklichkeit im Gastland sieht oft anders aus, als man es sich in Deutschland vorstellt.

Aus diesem Grund bietet die GEW Hamburg in Kooperation mit der GEW-Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer (AGAL) eine Informationsveranstaltung zum Auslandschuldienst an. Eingeladen sind Kolleginnen und Kollegen, die an einer Arbeit im Ausland interessiert sind oder bereits im Ausland waren und ihre Erfahrungen weitergeben möchten.

Eingeladen ist auch Herr Burghard Ahnfeldt von der BSB Hamburg, Vertreter Hamburgs im Bund-Länderausschuss für schulische Arbeit im Ausland (BLASchA).

#### Themen:

• Auslandsschuldienst als Teil der deutschen auswärtigen Kul-

tur- und Bildungspolitik

- Einsatzbereiche von Lehrerinnen und Lehrer im Ausland
- Wege in einen Auslandseinsatz
- Bewerbungsverfahren und Vermittlungschancen
- Finanzielle Regelungen und rechtliche Fragen
- Wer unterstützt vor, während und nach dem Auslandsaufenthalt

#### Leitung

Wilfried Auel, Beauftragter der GEW Hamburg in der AGAL, mail: [agal@gew-hamburg.de](mailto:agal@gew-hamburg.de)  
Mehr Infos unter: [www.gew.de/AGAL.html](http://www.gew.de/AGAL.html)

Die Teilnahme ist für GEW-Mitglieder kostenlos, von Nichtmitgliedern wird eine Spende erbeten.

  
**AGAL**  
Arbeitsgruppe  
Auslandslehrerinnen

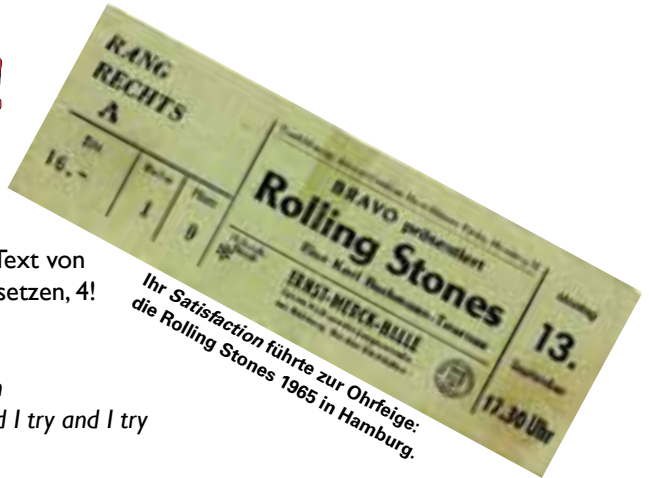


# Das HLZ-Rätzel

## Oh no, no, no!

Schule vor 50 Jahren. Klasse 4, Vorsingen in Musik beim stellvertretenden Direktor. Ich nehme ein kurzes Lied aus dem Musikbuch mit Text von Goethe – bis zum ersten Fehler: Hinsetzen, 4! Dann kommt Jörg:

*I can't get no satisfaction  
'Cause I try and I try and I try and I try  
I can't get no,  
Oh no, no, no*



Weiter kommt Jörg nicht. Herr Pohlenz verpasst ihm eine Ohrfeige. Züchtigungen waren noch nicht allgemein verboten, und nicht nur Stones- und Beatles-Fans bekamen Ohrfeigen

### Welche zwei Bundesländer erließen zuerst ein Züchtigungsverbot an Schulen?

A) Bayern B) Berlin C) Hamburg D) Hessen

Einsendungen bitte mit zwei richtigen Buchstaben unter Angabe der Postanschrift bis zum 15.9.2015 an die hlz, am besten an [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de). Als Gewinn winkt diesmal das neue 2-CD-Deluxe-Set *Sticky Fingers* von den Rolling Stones.



### Des letzten Rätsels Lösung...



Pep Guardiola

... war Bild B. Die anderen Fotos zeigen nicht Pep Guardiola, sondern den griechischen Finanzminister Gianis Varoufakis, den Fußballtrainer Thomas Schaaf und einen Hamburger Berufsschulkollegen.

Als Gewinnerin ermittelten wir Gesa Müller. Sie bekommt das neue Buch *Herr Guardiola* vom Journalisten Martí Perarnau, der den Bayern-Trainer ein Jahr lang begleiten durfte. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK



# Aus der Spannung...

Ja, es gibt sie manchmal, die Austritte, weil die hlz sich inhaltlich zu sehr in eine Richtung positioniert hat. Vielleicht sind es auch mehr, als man denkt, weil natürlich nicht alle die Gründe für ihren Austritt nennen. Auf jeden Fall ist es jedes Mal schmerzhaft und um den Schmerz abzumildern versuchen wir dafür Argumente zu finden wie: Sie wären wohl sowieso ausgetreten und suchten nur einen Grund. Na ja, man wird wohl nie dahinterkommen, was die wahren Gründe sind. Umgekehrt sagen wir uns dann, dass vielleicht schon viel mehr ausgetreten wären, wenn wir die Zeitung nicht in dieser Weise machten. Also eine, die auf Kontroverse baut, die die heiklen Themen nicht ausspart und die versucht, die politischen Auseinandersetzungen abzubilden, um damit vor allem eines zu bewirken: jenes Denken zu bestärken, dass wir nicht

nur Spielball der Mächte und Kräfte dieser Gesellschaft sind, sondern, um im Bild zu bleiben, dem Ball selber Beschleunigung und Richtung geben können. Diese Freiheit nehmen wir uns. Und deswegen klopfen wir uns manchmal selbst auf die Schulter in der Hoffnung, dass uns dabei nicht die Hybris hat blind werden lassen.

Das ist ja alles nicht neu, aber es spukt mir mal wieder aus aktuellem Anlass durch den Kopf. ‚Olympiade in Hamburg‘ ist so ein Thema, bei dem man ganz schnell die Gemüter vieler Mitglieder erhitzen kann. Insofern

bin ich froh, dass es im Landesvorstand keine Mehrheit für die radikale Ablehnung gab, sondern die moderat kritische Linie sich durchsetzte, erst einmal die ganze Sache nach bestimmten Krite-

rien hin zu untersuchen, um dann zu einem Urteil zu gelangen. Denn ganz unabhängig von der eigenen Position empfinde ich ganz besonders bei diesem Thema so etwas wie eine Gesamtverantwortung. Auch wenn ich selbst eher mit Churchills - no sports - sympathisiere, bin ich doch immer wieder davon angehtan, wie so Viele enthusiastisch dem Sport frönen. Da möchte ich auf jeden Fall kein Spielverderber sein. Aber generell kann das natürlich auch nicht der Maßstab sein, nach dem man seine Entscheidung trifft. Folglich muss man von Fall zu Fall abwägen. Als wir 2006 bei der hierzulande ausgetragenen Fußballweltmeisterschaft diesen nationalen Hype erlebten, der für mich schon nationalistische Züge trug, hab' ich dies trotz der Gefahr, dass es Austritte geben könnte, deutlich zum Ausdruck gebracht. Es gab dann welche, meiner Erinnerung nach aber nur zwei, die damit begründet wurden. Aber das ist eben der Preis, den man zahlen muss, wenn man keine Zeitung machen will, die alles, was irgendwie nach Konflikt riecht, ausblendet.

Das betrifft aktuell auch die Reaktionen, die wir in Bezug auf die Schulnamensgebung und den Abdruck von Israel/Palästina-Berichten von Mitgliedern erfahren. Andreas Hamm hat für sich einen Weg gefunden (s. seinen Leserbrief auf Seite 6). Für uns als Redaktion ist das nicht so einfach, da wir – ganz unabhängig von unserer eigenen Position – gegen unseren Anspruch verstießen, eine Zeitung von und für Mitglieder zu machen, wenn wir alle Berichte mit Konfliktpotenzial unterschlugen.

Was ich mir in diesem Zusammenhang wünsche? - Dass jene, die sich hier und da mal auf die Füße getreten fühlen, dies nicht mit einer Austrittsdrohung verbinden, sondern die jeweilige Debatte inhaltlich befeuern. Denn Reibung erzeugt Spannung und ohne Spannung entsteht Langeweile. Das provoziert vor allem eines – den Wurf in den Papierkorb.

JOACHIM GEFFERS



Na, wenn 's denn so einfach wäre

Folglich muss man von Fall zu

<b>Referat F</b>	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de
<b>Referat D</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>GEW Studies</b>	09.07.2015, 18.00-21.00 Uhr, GBW 16.07.2015, 18.00-21.00 Uhr, GBW 30.07.2015, 18.00-21.00 Uhr, GBW
<b>Junge GEW</b>	06.07.2015, 18.00-22.00 Uhr, Raum B
<b>FG Grundschule/Vorschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AG Vorschule</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Stadtteilschulen</b>	28.09.2015, 19.00-21.00 Uhr, Raum A
<b>FG Berufliche Schulen</b>	09.09.2015, 16.30-21.00 Uhr, GBW
<b>FG Gymnasien</b>	01.06.2015, 19.00-21.00 Uhr, Raum A
<b>FG Kinder- und Jugendhilfe</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Kita Netzwerk</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Primarschulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>FG Sonderpädagogik</b>	24.09.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
<b>FG Hochschule u. Forschung</b>	06.07.2015, 18.00-22.00 Uhr, Raum C
<b>AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.</b>	07.07.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
<b>FG Bleiberecht</b>	25.08.2015, 18.30-20.00 Uhr, Raum C
<b>AK Inklusion</b>	06.07.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
<b>AG soziale Arbeit an Schulen</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>AK Friedenserziehung</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>BG Ruheständler</b>	02.09.2015, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
<b>Mittelamerikagruppe</b>	02.09.2015, 19.00-21.00 Uhr, GBW
<b>AG PTF soz.-päd. Personal an Schulen</b>	02.07.2015, 17.00-18.30 Uhr, Raum C
<b>AG Bildung gegen Kinderarbeit</b>	14.07.2015, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
<b>AG Kindheitspädagogik</b>	26.08.2015, 18.30-22.00 Uhr, Raum C
<b>AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien</b>	In der Geschäftsstelle nachfragen
<b>Bildungsclub</b>	07.09.2015, 19.00-21.00 Uhr, GBW

**Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage [www.gew-hamburg.de](http://www.gew-hamburg.de), E-Mail: [meents@gew-hamburg.de](mailto:meents@gew-hamburg.de)

**Redaktionsleitung:** Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: [j.geffers@freenet.de](mailto:j.geffers@freenet.de)

**Redaktion:** Stefan Gierlich, Manni Heede, Wolfgang Svensson

**Redaktionsassistent:** Max Lill

**Endredaktion:** Susanne Berg

**Titel:** Angelos Mihas

**Rückseite:** GEW

**Anschrift der Redaktion:** Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: [hlz@gew-hamburg.de](mailto:hlz@gew-hamburg.de)

**Druck:** drucktechnik-altona

**Anzeigen:** Max Lill, [hlz-anzeigen@gew-hamburg.de](mailto:hlz-anzeigen@gew-hamburg.de)

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

**Red.-Schluss hlz 9-10/2015:** 16.9.2015



# Coaching für Hamburger Lehrkräfte

in schwierigen Situationen

durch Diplom-Psychologin mit 25 jähriger Erfahrung

Kontakt: auli.czycholl@gmail.com · mobilfon: 0178 165 3848.



 terre des hommes

Hilfe für Kinder in Not

terre des hommes setzt sich für den Schutz von Flüchtlingskindern ein – weltweit.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit – mit Ihrer Spende!  
Telefon 0541/7101-128 · www.tdh.de

# Kinder auf der Flucht

© Balf Geheer mit freundlicher Unterstützung von LOOK



## HAMBURGER LEHRER-FEUREKASSE

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
gegründet 1897



**Die preisgünstige Hausratversicherung  
im Großraum Hamburg und Lübeck  
für Angehörige aller pädagogischen Berufe**

Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme  
(inkl. Versicherungssteuer) und das unverändert seit 1996.

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Diebstahl aus Krankenzimmern, Diebstahl von Hausrat aus Kraftfahrzeugen, Hotelkosten bis zu 100 Tagen (jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höhrversicherung gegen Zuschlag z. T. möglich).

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)

040 796 128 25 (Georg Plicht)

040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

**info@h-l-f.de - www.h-l-f.de** (mit Prämienrechner)



# Fachtag

der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen  
**10. September 2015**

bereit *für*  
**morgen**

***Berufliche Bildung im Spannungsfeld  
von Akademisierung und demografi-  
schem Wandel.***

*Szenische Lesung, Fachvortrag  
von Prof. Dr. Stefan Sell und fünf  
Fachforen. Weitere Informationen  
zu Ort, Zeit und den Foren unter  
040/414633-0 oder [www.gew-hamburg.de/fachtag-bb](http://www.gew-hamburg.de/fachtag-bb)*



**Sonderurlaub beantragen**